02/2012

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

LOST IN TRANSLATION? VON SIEGELN, LABELS UND ZERTIFIKATEN

ISSN 1864-0982

RUNDBRIEF 02/2012 : LOST IN TRANSLATION? VON SIEGELN, LABELS UND ZERTIFIKATEN

SCHWERPUNKT

Grenzen der Zertifizierung 2
Bilanz und Ausblick
Carolin Callenius und Francisco Mari

Billiges Palmöl, teuer erkauft 6
Warum eine Teilnahme am Runden Tisch für Palmöl aus der Sicht des WWF Sinn macht.
Ilka Petersen

RSPO – Zertifikat für's Desaster 8
Antje Wagner

FSC – das Mindeste für Wald! 10
Elmar Seizinger

Glaubwürdigkeit verspielt 12
FSC-Zertifizierung – ein Lösungsansatz mit großen Schwächen
Hermann Edelmann

Öko mit Haken – und ohne Fairen Handel 14
Zertifzierung von Fisch
Billo Heinzpeter Studer

Fairtrade: Zertifizierung und Entwicklung 16
Rüdiger Meyer und Claudia Brück

AKTUELL / RIO+20

Rio+20 18
The show must go on
Jürgen Maier

Vom Tiger zum Bettvorleger? 20
Die Green Economy bei Rio+20
Michael Frein

Diskussionen zur Agrartransformation in Rio 22
Ein Überblick
Benjamin Luig

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz 24
So nah und doch so fern
Eva Maria Filzmoser

Towards Zero Net Land Degradation 25
Sustainable Development Goals und die Forderung der UNCCD nach nachhaltiger Landnutzung
Claudia Kabel

THEMEN UND AGs

Energiewende – alles klar? 26
Impulse vom 3. Alternativen Energiegipfel der klima-allianz deutschland
Julia Junge

Neues Instrument gegen Landraub 27
Ausschuss für Welternährungssicherung beschließt Leitlinien für die Verwaltung von Zugangsrechten zu natürlichen Ressourcen
Philip Seufert

Der Lack ist ab 29
Das Herbizid Glyphosat bedroht Gesundheit, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität
Ursula Gröhn-Wittern

Auf zum Good Food March nach Brüssel! 30
Kampagne »Meine Landwirtschaft« goes Europe
Iris Kiefer

Wald bedeutet Leben 31
Den Hunger besiegen mit neuen Methoden der Landwirtschaft
Silvia Holten

McPlanet.com 2012 – Ein Rückblick 33
Konkrete Alternativen und Kritik am Rio-Prozess bestimmten den Kongress
Thomas Gastmann

Weltwasserforen: Zeit für Lösungen oder Zeit für Probleme? 34
Laura Valentukeviciute und Dorothea Härlin

Globale Biodiversitätsfinanzierung 36
Harte Verhandlungen auf dem Biodiversitätsgipfel in Indien zu erwarten
Günter Mitlacher

Publikationen 38

Veranstaltungen 39

Impressum:
Herausgeber: Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 030/678 17 75 93
Fax: 030/678 17 75 80
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Alessa Hartmann
Layout: studio114.de | Michael Chudoba
Titelbild: Gerd Altmann /pixelio.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2012.

Liebe Leserinnen und Leser,

Was ist Nachhaltigkeit? Der Begriff ist nicht objektiv, sondern stark von subjektiven Werten geprägt. Seine Definition ist ungefähr genauso klar wie Freiheit, Demokratie oder Wohlstand. Man mag in der Politik damit leben, dass bestimmte Schlüsselbegriffe politisch umstritten sind und daher die Definitionsmacht über sie ein wesentlicher Teil des politischen Wettstreits ist. Aber wer »nachhaltig« hergestellte Produkte verkaufen will, der muss schon genau sagen, was darunter zu verstehen ist, und das auch unabhängig zertifizieren lassen. Spätestens hier fängt dann wieder die politische Auseinandersetzung an.

In den letzten Jahren waren eine Reihe von Nachhaltigkeits-Zertifikaten hoch umstritten. Bei jahrzehntelang funktionierenden Systemen wie der Ökolandwirtschaft oder dem FSC führt das zunehmende Mengenvolumen zwar ebenfalls zu zahlreichen Problemen, aber der Vorrat an gemeinsamen Werten der beteiligten Akteure ist immer noch sehr hoch. Anders sieht es aus, wenn ein Nachhaltigkeitszertifikat staatlich vorgeschrieben wird, wie bei Biokraftstoffen, oder wenn Akteure sich an Nachhaltigkeitszertifikaten beteiligen, die bisher eher als Hauptprotagonisten einer nicht-nachhaltigen Produktionsweise aufgefallen sind, wie sie bei Soja, Palmöl oder anderen Cash Crops die Regel sind.

In den Medien und unter den NGOs sind diese Zertifizierungssysteme mittlerweile immer schärferer Kritik ausgesetzt. Wenn etwa südamerikanisches Gensoja, dessen Anbau in der EU schlicht illegal ist, ein Nachhaltigkeitszertifikat bekommt, liegt der Greenwashing-Vorwurf nahe. Ob das ein Grundsatzargument gegen solche Zertifikate ist, oder ob lediglich das konkrete RTRS-Soja-System unzureichend ist, ist dagegen eine andere Frage. Im vorliegenden Heft lassen wir eine ganze Reihe von Pro- und Contra-Stimmen zu diesem Thema zu Wort kommen. Dabei geht es nicht nur um die Frage, was von Nachhaltigkeitszertifikaten zu halten ist, sondern auch darum, welche anderen Politikinstrumente letztlich zu einer Regulierung von Weltmärkten wie Soja, Palmöl oder zahlreichen anderen Agrar- und Forstprodukten führen können.

Der Rio+20-Gipfel endete erwartungsgemäß mit wenig greifbaren Ergebnissen, aber immerhin hatte er überhaupt Ergebnisse. Das ist bei anderen derartigen internationalen Veranstaltungen keineswegs selbstverständlich. Die Realisten sagen, mehr konnte sowieso nicht herauskommen. Dennoch stellt sich einmal mehr die Frage, was internationale Politik realistischerweise leisten kann bei der Jahrhundertaufgabe, Umweltschutz und Entwicklung unter einen Hut zu bekommen. Die multipolare Welt von 2012 ist kaum noch in der Lage, zu irgendeiner relevanten Frage einen Konsens zu finden. Andererseits können globale Fragen auch nicht mit ausschließlich nationaler oder regionaler Politik gelöst werden. Es geht nun darum, einen realistischen Mittelweg zu finden und weder überzogenen und unrealistischen Erwartungen an internationale Politik nachzulaufen noch die politische Gestaltung einer globalisierten Welt aufzugeben. Diese Debatte wird in nächster Zeit ein zentrales Thema dieses Rundbriefs sein.

Jürgen Maier

© Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

GRENZEN DER ZERTIFIZIERUNG

Bilanz und Ausblick

EXPLOSIONSARTIG ERLEBEN wir, wie immer mehr Nachhaltigkeits-Siegel Teil unseres Alltags werden. Von Bio, Fair Trade, den Runden Tischen, diversen Biospritplaketten bis zu Pro Planet und MSC (Marine Stewardship Council) hinter den Begriff Nachhaltigkeit verbergen sich die unterschiedlichsten Ziele, Kriterien, Systeme und Akteure. Allen gemein ist, dass sie bei den Importen von Agrarprodukten ansetzen. Diese sollen – je nach selbst gesetztem Ziel- unterschiedlich – aus einer Produktion kommen, die auf Raubbau am Regenwald verzichtet, in der keine Kinder arbeiten müssen, die Arbeiter gerecht behandelt werden, besonders wenig Treibhausgase verursacht oder/und die Artenvielfalt geschützt wird. Zu Recht wird kritisiert, dass dieses Schildermeer nicht mehr überschaubar ist. Es ist auch zunehmend unklar, welchem Siegel man Glauben schenken kann; da sich bei den meisten Siegeln höchstens eine Hand voll Experten noch auskennen.

In den Expertenzirkeln wird eifrig diskutiert, wie man diese Siegel noch weiter verbessern kann, wie man sie zusammenfassen kann und in ihrer Reichweite umfassender machen könnte und wie unabhängig eine Kontrolle der Zertifizierung sein muss. Zeitgleich wachsen aber auch die Zweifel, ob angesichts der immensen globalen Probleme diese kleinen Reformen am Agrarhandel ausreichen. Reicht das Plus für Menschen und Umwelt im Süden aus, um die Nachhaltigkeitsziele von Umwelt und Entwicklung zu erreichen? Oder dient nicht gar das Ganze nur als Beruhigungspille gegen das schlechte Gewissen? Denn der übermäßige und wachsende Konsum – auch von besiegelten Produkten – hat Folgen für die Menschen und die Umwelt im Süden.

Es besteht kein Zweifel, dass einzelne Produkte – inklusive ihrer Herstellungsprozesse und Folgewirkungen – durch eine Zertifizierung verbessert werden können. Wir aber wollen in diesem Artikel ein paar Fragen aus entwicklungspolitischer Perspektive aufwerfen, die die Grenzen des Instruments thematisieren, und welche Probleme wir wahrnehmen, die mittels der Zertifizierung selbst nicht behoben werden können:

- Ist eine exportorientierte Landwirtschaft oder Landnutzung mit zertifizierten Produkten grundsätzlich ein besserer Entwicklungsweg für die Länder des Südens als die nicht-zertifizierten Exporte?

- Wer profitiert von der Zertifizierung und wer hat das Nachsehen?
- Welche ökologischen oder »fairen« Grenzen hat das Instrument der Zertifizierung?

Alle drei Fragen werden von vielen Bauernverbänden und Nichtregierungsorganisationen im Süden zunehmend kontrovers diskutiert.

Exporte von Rohstoffen als richtiger Entwicklungsweg?

Zunächst will die Zertifizierung nichts weiter, als bestehende Agrarhandelsströme qualitativ verbessern. Dabei geht es immer um unsere Ansprüche als KonsumentInnen im Norden. Egal ob für Biosprit, Schokolade, Tropenholz, Palmöl oder Shrimps, gleichgültig ob öko oder fair oder beides – die Standards werden in den Industrieländern gesetzt. Für die lokalen Märkte im Süden spielen diese Zertifizierungen, ja meist auch die Produkte selber, keine Rolle. Keine Verbraucherin in Costa Rica fragt nach öko-fairen Bananen oder in Dakar nach einer MSC-Sardine. Konsequenterweise heißt das, dass aus Sicht der KonsumentInnen im Süden niemand Zertifizierungen oder private Standards braucht.

In den Ländern selbst aber beobachten wir, dass diese Nachfrage häufig zusätzlich erfolgt; während gleichzeitig die natürlichen Ressourcen immer knapper werden. Während also einerseits die durchschnittlichen Ackerflächen pro Betrieb immer kleiner werden, beansprucht der Exportanbau immer größere Flächen und greift meist auf die besten Böden und Wasserressourcen zurück. Diese Knappheit an Land, Wasser, Biodiversität, etc. führt dazu, dass die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln in den letzten Jahren drastisch abnimmt. Viele Entwicklungsländer sind zunehmend von Nahrungsmittelimporten abhängig.

Eine Entwicklungsstrategie durch »Rohstoff- oder Agrarexporte« wurde in den letzten Jahrzehnten als der Königsweg propagiert. Sie versprach die gesteigerten Kostenvorteile in der Landwirtschaft und hohe Rohstoffpreise auszunutzen, um mit den Einnahmen Infrastruktur, Energie, Gesundheit und Bildung zu finanzieren. Niedrige Weltmarktpreise für Nahrungsmittel förderten die Illusion man könne mit diesen Einnahmen auch die Ernährung der Bevölkerung sichern. Doch seit 2008 ist dieser Traum ausgeträumt. Die hohen und sehr stark schwankenden Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise führten den Ländern ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt und die Unsicherheit der Budgetplanung vor Augen. Weder die Armen in den Städten und noch weniger die große Mehrheit der Landbevölkerung haben davon profitiert.

Im Hinblick auf die Bekämpfung von Armut und Hunger muss hinterfragt werden, ob eine Export-Expansion, auch wenn sie als nachhaltig zertifiziert ist, im Sinne einer ernährungssichernden, landwirtschaftlichen Produktion für die arme ländliche Bevölkerung in den Ländern des Südens zu wünschen und zu unterstützen ist. Letztendlich dient auch sie nur dazu, unsere Versorgung im Norden mit natürlichen Ressourcen abzusichern. Den meisten Zertifizierungen, wie FSC (Forest Stewardship Council) und den Runden Tischen fehlt bereits im Ansatz das Ziel der Armuts- und Hungerbekämpfung. Sie gehen in ihrem Anspruch oft nicht über eine Verringerung der schlimmsten (ökologischen und teilweise sozialen) Probleme hinaus. Auch die wachsende Ernährungsunsicherheit kann durch Zertifizierung nicht erfasst und nicht vermieden werden.

Sind denn die Mengen an zertifizierter Ware überhaupt nachhaltig verfügbar?

Es sind die gleichen Äcker, die gleichen Flüsse und Wälder, die, bisher von bäuerlichen Familien genutzt werden, nun aber von den Investoren in nachhaltige Produktion benötigt werden. Der Zugriff auf das Ackerland aber führt zu neuen ernst zu nehmenden Konkurrenzen, die in Folge auch zu Nahrungsmittelengpässen auf den lokalen Märkten führen können. Nämlich dann, wenn Menschen der Zugang zu den natürlichen Ressourcen geraubt wird oder wenn auf den lokalen Märkten nicht mehr ausreichend Lebensmittel zur Verfügung stehen oder nur zu Preisen, die für die Ärmsten schlicht nicht mehr bezahlbar sind. Zwar lässt sich überprüfen, ob bei der Anlage einer zertifizierten Plantage das Ackerland legal erworben wurde, ob Landkonflikte anhängig sind, oder Regenwald zerstört wurde und damit ausschließen, dass Menschen von ihrem Acker vertrieben, oder ohne ihre Einwilligung umgesiedelt wurden. Doch wird die wachsende Nachfrage nach Agrarimporten aus dem Süden – mit oder ohne Zertifizierung – zu weiteren indirekten Folgen führen. Denn die ursprünglichen Nutzer des Landes werden nun an anderen Orten beginnen zu produzieren, wo sie unter Umständen einen Raubbau an Primärwäldern vornehmen. Im Zuge des Wettlaufs um die natürlichen Ressourcen, wie Land und Wasser haben die besonders Benachteiligten oft das Nachsehen. Nomaden, Hirten, Fischer und Indigene werden in ihren Nutzungsrechten eingeschränkt und sind dann auch Opfer von »politisch korrekten« und zertifizierten Investitionen von landbesitzenden Kleinbauern.

»Die Dosis macht das Gift.« Dies wird in den Diskussionen um Agrotreibstoffe immer wieder deutlich: Denn ob mit oder ohne Zertifizierung, es wird nicht gelingen die steigende Nachfrage nach Agrarprodukten auf nachhaltige Weise zu befriedigen. Bei immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen sind vielerorts die Grenzen für eine Produktionserweiterung bereits erreicht oder gar überschritten. Insbesondere dann, wenn immer mehr Energie und Grundstoffe aus Biomasse, Rohstoffe auf Erdölbasis ersetzen sollen. Bioethanol und Biodiesel benötigen jetzt schon zwei Prozent der weltweit verfügbaren Ackerflächen. Die neuen Hoffnungsträger einer »Grünen Technologie« aus nachwachsenden Rohstoffen, wie Biokerosin, Biokunststoff, Baufasern- und Schmierstoffe werden diesen Trend fortsetzen.

Partizipation für wen?

Nachhaltigkeitsstandards funktionieren in gewisser Weise wie alle privatwirtschaftlichen Standards, die von Handels- und Industrieverbänden angewendet werden (beispielsweise Standards des Codex Alimentarius, der für die Einhaltung von Hygienestandards sorgt und private Standardnormen wie EUROGAP). Sie führen zu einer dem Agrobusiness genehmen Uniformität der Produkte, der sich alle Produzenten unterwerfen müssen. Da der Vormarsch der Supermärkte auch im Süden voranschreitet, verlieren

© Doozi / pixelio.de

Straßenmarkt in Indien

Kleinproduzenten ihre lokalen Märkte und nur wenige, die in die Standarderfüllung der meist internationalen Handelsketten investieren können, beliefern sie. Alle Anderen müssen auch noch zusehen, wie Billigreste die den Standard nicht erfüllen, sie auch noch von den Straßenmärkten der Armen vertreiben.

Kleinproduzenten können sich die Kosten, die mit der Zertifizierung verbunden sind, oft nicht leisten. Aber auch Landwirte mittelgroßer Betriebe gehen ein hohes Risiko ein. Denn je höher ihre Investition, desto größer die Gefahr durch Markteinbrüche bei nur geringfügigen Nichtstandarderfüllungen. Kurzfristige Erfolgs- und Gewinnbestrebungen aller Beteiligten lassen auch im Geschäft mit zertifizierten Produkten keine Zeit, um die Umwelt der Produzenten langsam und nachhaltig an neue Markterfordernisse anzupassen. Dieses Anliegen wird allein von den Standards des fairen Handels aufgegriffen, die langfristig mit Beratung die Partner unterstützen und die Produzenten an eine soziale, manchmal auch an eine ökologische, Nachhaltigkeit heranführen.

Die Produktionsstrukturen sind mit Ausnahme des fairen Handels meist nicht berücksichtigt. Es werden immer nur das Produkt und die Herstellungsweise zertifiziert; aber nicht ob es von mechanisierten Großbetrieben hergestellt wurde oder in kleinen Strukturen vor Ort. Dagegen wehrt sich beispielsweise die brasilianische Landlosen-Organisation MST. Diese meint, dass Nachhaltigkeit unbedingt die Verteilung der Ressourcen beinhalten müsse, denn sonst gefährde der Anbau in immer größer werdenden Strukturen die Lebensgrundlage der Menschen.

Zertifizierung – nur ein grüner Anstrich?

Seit dem Beginn von Zertifizierungen wird heftig darüber gestritten, was denn unter Nachhaltigkeit verstanden wird. Während die Einen jeden Schritt, den die Industrie sich bewegt, als einen Gewinn ansehen (Statt der Nische soll der Mainstream erobert werden), kritisieren die Anderen, dass dies nur ein grünes Deckmäntelchen sei. Für letztere steht außer Frage, dass man gentechnisch verändertes Soja nicht als »verantwortungsvoll« zertifizieren kann; dass auch Monokulturen, die sich über zehntausende von Hektar erstrecken und große Mengen Pflanzenschutzmittel einsetzen, alles andere als nachhaltig sind. Viele Fragen sind offen: Ist nicht auch eine öko-faire Shrimps-Mast ein Widerspruch in sich? Kann es angesichts der überfischten Meere eine Öko-Aquakultur geben? Schützen Biotreibstoffe zwar das Klima, erzeugen sie aber gleichzeitig Probleme im Bereich des Erhalts von Umwelt und Menschenrechtschutz? Nachhaltigkeitszertifizierungen sind immer nur partiell. Das Wissen um die komplexen Zusammenhänge von Sozial- und Ökosystemen ist begrenzt, und die Wirkungen, die massive Eingriffe haben, sind in Öko- oder Sozialstandards nicht wirklich erfassbar und vorherzusehen.

Was wäre ein Ausweg?

Grundsätzlich muss sich jedes Land, jede Region fragen, in welchem Ausmaß Infrastruktur, Land, Wasser, Energie und Arbeitskraft in die Exportproduktion gehen soll, oder eben in die eigene Nahrungsversorgung und verarbeitende Kleinindustrien einge-

bracht werden. Den Landwirten, die die Mehrzahl der Hungernden ausmachen, wäre mehr gedient, wenn sie die knappen Ressourcen für die Produktion lokaler Nahrung nutzen würden. Eine größere Binnenorientierung in der Agrarproduktion würde die lokale Wertschöpfung steigern. Zum Beispiel auch, wenn die sich entfaltenden Mittelschichten in Entwicklungsländern mit Kaffee aus lokalen Kleinröstereien versorgt werden können, statt den reimportierten Kaffee aus im Norden gerösteten Kaffeebohnen zu trinken. Das Konzept der Ernährungssouveränität weist den Weg für eine nachhaltige, lokale Produktion, für lokale Märkte aber auch den Ausstieg aus einer Importabhängigkeit, sei es fair, ökologisch oder konventionell.

Während die Zivilgesellschaft hier klare Forderungen aufstellt, sollte sie gleichfalls diskutieren, welche anderen Instrumente notwendig sind, um eine ökologische, faire und nachhaltige Ressourcen- und Landnutzung in den Ländern zu fördern. Wichtig wäre es, dass Betroffene die eigentlichen Standardsetzer werden. Sie müssen definieren, was für sie nachhaltig bedeutet – öko, fair oder ihren Interessen entsprechend – und wesentliche Mitentscheidungsmöglichkeiten in den Zertifizierungssystemen haben.

Zertifizierungen sind ganz bestimmt keine Allheilmittel, die politisches Handeln und politische Prioritäten ersetzen. Auf viele der oben aufgeworfenen Fragen zu Landnutzungsänderungen, Strukturpolitik, Hungerbekämpfung und Ernährungssicherheit, muss mit anderen Maßnahmen reagiert werden. Daher muss die Politik der staatlichen Nichteinmischung in den Standardisierungs- und Zertifizierungsdiskursen hinterfragt werden. Es gibt einen Trend, dass Staaten sich immer mehr aus ihrer gesetzlichen Verantwortung für die Standardsetzung von Produktion und Beschaffenheit von Lebensmitteln herauszuziehen und dies Handels- und Industrieverbänden zu überlassen. Die Folge ist, dass Kosten und Aufwand bei den Produzenten abgeladen wird. Auch deutsche Landwirte sehen die Gefahr, dass in Europa überzertifiziert wird. Statt alles den Produzenten aufzubürden, muss geprüft werden, wo die Politik in die Verantwortung genommen werden kann, für alle geltende Rahmenbedingungen festzulegen. Es reicht aber nicht zu zertifizieren, eine nachhaltige Landwirtschaft kann nur durch eine klare Neuorientierung geschaffen werden.

Es wäre daher auch zu begrüßen, dass die FAO im Rahmen der Verhandlungen des Codex Alimentarius einen internationalen runden Tisch einrichtet, der sich dieser Problematik der Privatisierung von Standards im Nahrungsbereich widmet. Hier soll erörtert werden, was an Standardisierung, Ökologisierung und Fairness nicht nur freiwillige Zertifizierung ist, sondern international gewollte und rechtsverbindliche Produktionsstandards und -bedingungen sein sollten.

Während wir in einer Zeit leben, in der täglich neue Labels auftauchen, müssen Nichtregierungsorganisationen schon einen Schritt weiter sein. Sie müssen überlegen, wie die zertifizierten Standards, die gemeinsam mit den ProduzentInnen entwickelt werden, allgemein verbindliches nationales Recht werden können.

Es liegt aber auch an uns VerbraucherInnen im Norden. Wir sollten genau hinsehen, ob das gute Gewissen nicht am ehesten durch eine Verringerung der Konsummenge und eine Konzentration auf lokale Produkte erreicht werden kann. Eine Nachhaltigkeit des Lebensstils ist immer eine ganzheitliche Angelegenheit.

Carolin Callenius und Francisco Mari

Carolin Callenius ist bei Brot für die Welt in der Abteilung Politik und Kampagnen zuständig für die Kampagne für Ernährungssicherheit »niemand isst für sich allein«. Francisco Mari ist beim Evangelischen Entwicklungsdienst Referent für Agrarhandel und Fischerei.

© Viktor Mildenberger / pixelio.de

Kleinbauer aus Sumatra

© James Morgan / WWF International

BILLIGES PALMÖL, TEUER ERKAUFT

Warum eine Teilnahme am Runden Tisch für Palmöl aus der Sicht des WWF Sinn macht.

Palmöl ist in deutschen Supermärkten allgegenwärtig, aber doch fast unsichtbar. Das Pflanzenöl steckt in jedem zweiten Supermarktprodukt, in Tiefkühlpizzen ebenso wie in Shampoo, Waschmitteln und Schokoriegeln. Über 70 Prozent der weltweiten jährlichen Palmöl-Produktion von rund 50 Millionen Tonnen wird aktuell für Lebensmittel verwendet.

PALMÖL HAT zahlreiche positive Eigenschaften. Mit ihm kann auf vergleichsweise geringer Fläche ein großer Teil des weltweiten Bedarfs an Pflanzenölen gedeckt werden – ein wichtiger Aspekt, bedenkt man den steigenden Rohstoffverbrauch und das rasante Bevölkerungswachstum. In vielen Ländern ist Palmöl ein wichtiges Nahrungsmittel und bildet die Lebensgrundlage vieler Kleinbauern. In Indonesien werden rund 45 Prozent der Plantagenflächen von Kleinbauern bewirtschaftet. Wenn soziale Standards eingehalten werden, kann der Anbau auch zur Armutsbekämpfung beitragen.

Die stetig wachsende Nachfrage auf dem Weltmarkt führt jedoch seit Jahren dazu, dass für Palmölplantagen in großem Stil tropische Wälder gerodet oder andere Anbaupflanzen verdrängt werden. Seit 1990 hat sich die Anbaufläche für Ölpalmen weltweit verdoppelt, in Indonesien im selben Zeitraum sogar verzehnfacht. Palmölplantagen bedecken weltweit inzwischen rund 14 Millionen Hektar, das ist etwa ein Drittel der Fläche Deutschlands.

Die Liste der Naturschäden ist lang: Riesige Monokulturen zerstören die biologische Vielfalt, oft verbunden mit illegaler Landnahme und der Vertreibung der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund hat der WWF 2004 den Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) ins Leben gerufen und ist heute eines der mittlerweile rund 500 Mitglieder. Der RSPO ist eine freiwillige Initiative, deren Mitglieder auf verschiedene Weise in die Palmölproduktion involviert oder von ihr betroffen sind: Palmöl-Anbauer, Händler, Konsumgüterhersteller, Banken oder Nichtregierungsorganisationen wie der WWF und Oxfam. Der Runde Tisch ist eine Not-for-profit Organisation, mit dem Ziel, möglichst viele Akteure entlang der Palmöl-Lieferkette zur Einhaltung von Mindeststandards zu bewegen. Der WWF setzt auf den kritischen Dialog mit Unternehmen aus der Palmölindustrie. Der Gedanke dahinter: Die am Problem Beteiligten müssen mithelfen, Lösungen zu entwickeln.

Wie funktioniert der Runde Tisch für Palmöl

Operativ wird der RSPO vom Executive Board gelenkt, dem Vorstand, der aus 16 Mitgliedern besteht. Die Sitze sind so aufgeteilt, dass eine Beteiligung der Interessensvertreter aus allen Bereichen gewährleistet ist. Ent-

scheidungen müssen im Vorstand im Konsens getroffen werden. Das heißt, ein mengenmäßiges Überstimmen wird verhindert, stattdessen muss nach einem Kompromiss gesucht werden. Der ist nicht immer perfekt, aber alle tragen ihn – wenn auch häufig mit Zähneknirschen – mit.

Gleichzeitig möchte natürlich jedes Mitglied seine eigenen Interessen im RSPO durchsetzen. Der WWF versucht, möglichst viel für den Natur- und Umweltschutz zu erreichen – und vertritt dabei oft eine konträre Meinung zu den Produzenten. Zähes Ringen und viel Überzeugungsarbeit prägen somit die Verhandlungen am Runden Tisch. Bei der Suche nach Kompromissen gibt es Kernthemen, die der WWF als essentiell für die Mitarbeit am RSPO erachtet. Dazu gehört zum Beispiel die New Planting Procedure, die festlegt, dass soziale und ökologische Kriterien vor der Anlage einer neuen Plantage berücksichtigt werden müssen.

Wer gemeinsam am Verhandlungstisch sitzt, macht noch lange keine gemeinsame Sache. So hat der WWF erst vor einigen Wochen eine Beschwerde gegen die RSPO-Mitglieder Herakles Farms und SGSOC eingereicht, die in einer unserer Ansicht nach ökologisch wertvollen Gegend in Kamerun eine fast 80.000 Hektar große Plantage errichten wollen und dabei gegen die Kriterien des RSPO verstoßen.

Kein Öko-Label, sondern Mindestanforderung

Der RSPO ist kein Öko-Label. Er steht dafür, dass auf den Plantagen freiwillig mehr für Naturschutz und Menschenrechte getan wird, als gesetzlich vorgeschrieben. Der RSPO allein kann die Ausweitung von Palmölplantagen nicht stoppen, aber wenn seine sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien eingehalten werden, kann sie zumindest in bessere Bahnen gelenkt werden. Da vor der Errichtung neuer Plantagen eine unabhängige Bewertung der Fläche nach sozialen und ökologischen Kriterien vorgenommen werden muss, werden beispielsweise ökologisch wertvolle Gebiete vor der Rodung bewahrt, denn für neue Plantagen ist seit 2005 die Umwandlung von Primärwäldern und schützenswerten Lebensräumen (sogenannte High Conservation Value Areas, kurz HCV) ebenso verboten wie die Anlage auf indigenem Gebiet ohne vorherige Zustimmung. Außerdem sind ein verantwortungsvoller Umgang mit Angestellten, eine angemessene Bezahlung sowie die Beachtung von Landnutzungsrechten vorgeschrieben. Die Einhaltung der Kriterien wird durch unabhängige Auditoren auf der jeweiligen Plantage geprüft.

Der WWF engagiert sich am Runden Tisch, um den »Massenmarkt« zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen. Kleine Verbesserungen auf großer Fläche können viel bewirken – auch, wenn das viel Zeit und Kraft benötigt. Es gibt zertifizierte Plantagen, die 20 oder 30 Prozent ihrer Konzession als HCV-Fläche erhalten und die darin lebenden Arten schützen. Die ihre Arbeiter gut bezahlen, ihnen Wohnungen stellen und ihren Kindern den Schulbesuch ermöglichen. Einige wenige Unternehmen gehen weiter und erzeugen ihr Palmöl nach Biostandard in Kombination mit den RSPO-Kriterien.

Das Palmöl-Problem lässt sich nicht einfach auf das Schlagwort Biokraftstoff reduzieren, denn bisher werden weltweit nur rund fünf Prozent der Palmöl-Ernte für die energetische Nutzung verwendet, wenn auch mit stark steigender Tendenz. Darum engagiert sich der WWF auch dafür, dass vor allem die Nahrungsmittelwirtschaft zunehmend RSPO zertifiziertes Palmöl einkauft.

Chancen und Grenzen des RSPO

Der Runde Tisch hat natürlich seine Schwächen. Er wird von verschiedenen Umweltorganisationen kritisiert. Er sei zu schwach, um Regenwaldrodungen zu verhindern. Mitgliedern wird vorgeworfen, nur einzelne Vorzeigeplantagen nach den Standards zu zertifizieren, während sie an anderen Orten gegen RSPO-Kriterien verstoßen. Der RSPO hat als freiwillige Initiative klare Grenzen. So steht es jedem Unternehmen frei, sich gegen die Teilnahme am Runden Tisch zu entscheiden. Aber in diesem Fall haben sowohl der RSPO als auch der WWF nur noch wenig bis gar keinen Einfluss auf die Produktionsweise.

Unbestritten ist, dass die Kriterien des RSPO verschärft werden müssen. Der WWF setzt sich an vielen Stellen, wie dem Verbot von Pestiziden, der Kontrolle der Mitglieder oder den Bestimmungen zum Schutz von Torfmooren für strengere Kriterien ein. Wir verhandeln mit den Akteuren am Runden Tisch, um an diesen Punkten weiter nachzubessern. Dabei werfen wir auch unsere Erfahrung und Ausdauer in die Waagschale, stets mit dem Ziel, einen möglichst großen Anteil der weltweiten Palmölindustrie zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen.

Der Runde Tisch ist für den WWF ein Teil der Lösung, aber kein Allheilmittel. Er ist ein Teil eines Maßnahmenpaketes, zu dem auch die Errichtung von Schutzgebieten, die Erstellung von Landnutzungsplänen, die richtige Gesetzgebung und ein maßvoller Konsum gehören.

Wäre ein Palmöl-Boykott die bessere Lösung? Oder der Ersatz von Palmöl durch andere Öle? Aber welche sozialen und ökologischen Probleme bringen diese mit sich? Während wir noch über den richtigen Weg streiten, werden weitere Flächen gerodet. Die Herstellung von Palmöl muss ohne Zweifel anders werden, als sie heute größtenteils ist – ökologisch, ökonomisch und sozial verträglicher. Davon sind die meisten Produzenten von Palmöl noch weit entfernt. Die Arbeit des RSPO geht aus Sicht des WWF und im Hinblick auf den Natur- und Umweltschutz in vielen Bereichen noch nicht weit genug. Aber es ist ein Weg von vielen, den der WWF geht, um Verbesserungen für die Natur zu erreichen.

Ilka Petersen

Die Autorin ist seit 2009 beim WWF Deutschland mit dem Thema Palmöl und RSPO beschäftigt.

© Nordin

Palmplantage

RSPO – ZERTIFIKAT FÜR'S DESASTER

Der Round Table on Sustainable Palm Oil (RSPO) wird sowohl von Umwelt- als auch von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert. Wichtigste Kritikpunkte sind die Expansion von Palmöl-Monokulturen, die viel zu geringen Anforderungen des Zertifizierungssystems sowie fehlende Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.

Palmöl – Segen für die Wirtschaft ...

Palmöl ist das weltweit meist genutzte Pflanzenöl. 2010 wurden rund 45 Millionen Tonnen produziert, 2015 sind es 63 Millionen Tonnen, das bedeutet eine Steigerung um 30 Prozent in nur fünf Jahren!

Die Gründe für den Boom: Palmöl ist billig und vielseitig einsetzbar. Die enorme Verbrauchssteigerung liegt zum einen an steigenden Einkommen in Schwellenländern wie Indien und Pakistan, wo Palmöl fast ausschließlich als Nahrungsmittel verwendet wird. Zum anderen trägt auch die Verwendung von Agrarkraftstoffen, die mittlerweile für rund fünf Prozent des weltweiten Palmölverbrauchs verantwortlich sind, zum steigenden Palmölkonsum bei.

... Fluch für Mensch und Umwelt

Für die Industrie ist Palmöl ein sehr begehrenswertes Produkt. Für Umweltschützer und Menschenrechtler ist es ein Desaster: Riesige Naturwälder werden für Palm-Monokulturen gerodet, die Menschenrechte werden dabei geflissentlich missachtet. Die starke wirtschaftliche Position der Plantagenbesitzer führt zu einem korrupten Geflecht von Industrie, Polizei und Politik. Vertreibungen, Morde, Folter und Entführungen sind vielfach dokumentiert.

Aufgrund der Kampagnen von Umweltorganisationen wurde diese Problematik einem breiten Publikum bekannt. Die Nutzung von Palmöl war plötzlich stark negativ besetzt.

Daher rief der World Wildlife Fund for Nature (WWF) den Round Table on Sustainable Palm Oil (RSPO) ins Leben. Im RSPO sind Vertreter von Industrie, Handel, Banken und Nichtregierungsorganisationen vertreten. Ziel ist es, »nachhaltige« Anbaumethoden für Palmöl durchzusetzen.

RSPO im Aufwärtstrend

Der Handel mit RSPO-zertifiziertem Palmöl nimmt stetig zu. Die ersten Zertifizierungen wurden 2008 durchgeführt. Von 2009 bis 2011 steigerte sich die Menge zertifizierten Palmöls von 1,3 Millionen Tonnen auf 5,6 Millionen Tonnen. Rund ein Zehntel der weltweiten Palmöl-Produktion sind bereits RSPO zertifiziert.

Allein dieses Wachstum macht stutzig: Können innerhalb weniger Jahre große Teile der Weltproduktion hohe ökologische und soziale Standards erfüllen? Und dies in Ländern, in denen Korruption weit verbreitet ist?

Nachhaltigkeit – das Gummi-Wort

Grundproblem des RSPO ist, dass sich kaum ein Unternehmen auf harte Zertifizierungsstandards einlassen will. Dementsprechend sind die Zertifizierungskriterien des RSPO-Labels äußerst weich und schwammig formuliert.

So gibt es zum Beispiel kein Verbot hochgiftiger Agrarchemikalien. Stattdessen heißt es in den Zertifizierungsstandards: »Wo Agrochemikalien benutzt werden, die von der Weltgesundheitsorganisation [als hochgefährliche Pestizide] kategorisiert wurden, [...] sollen die Palmölproduzenten aktiv Alternativen suchen [...]«. Solche und ähnliche Formulierungen ziehen sich durch alle RSPO-Kriterien. Es gibt kaum eine verbindliche Anforderung, die über die staatliche Gesetzgebung hinausgeht.

RSPO – ein zahnloser Tiger

Zu den schwachen Standards kommen fehlende Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten. Einzige Sanktionierung ist der Ausschluss aus dem RSPO. Dieser kam, trotz massiver Verstöße gegen die an sich schon schwachen Kriterien, bisher nicht vor.

Seit seiner Gründung ist der RSPO daher mit grober Missachtung der Standards durch seine Mitglieder konfrontiert. Unternehmen wie United Plantations, Sinar Mas, Wilmar oder Herakles wurden schwerer Menschen-

rechtsverletzungen und/oder großflächiger Naturwaldrodungen überführt. Diese Missstände brachte jedoch nicht der RSPO ans Licht der Öffentlichkeit, auch Konsequenzen wurden nicht gezogen.

Es scheint den Mitgliedern weitgehend selbst überlassen, ob sie die Regeln des RSPO beachten. »Kontrolle« üben dagegen NGOs wie Rettet den Regenwald oder Greenpeace aus, die nicht zu den Mitgliedern des RSPO zählen.

Dazu kommt, dass RSPO Mitglieder auch einzelne Plantagen oder Teile ihrer Produktion zertifizieren können. Ein Unternehmen kann also auf einer Fläche Naturwälder abholzen und die Bevölkerung terrorisieren, auf einer anderen »nachhaltiges« Palmöl produzieren.

Wälder zu Ölfeldern

Wichtigstes Kriterium für eine nachhaltige Palmölproduktion wäre das Verbot jeglicher Neuanlage von Plantagen. Denn die extreme Expansion riesiger Monokulturen kann niemals nachhaltig sein. Im Gegenteil: Der Ausbau der Ölpalmplantagen ist eines der größten Umweltprobleme weltweit. Indonesien ist nach China und den USA drittgrößter Emittent von Kohlenstoff.

Dennoch plant Indonesien, seine Ölpalmplantagen weiter auszubauen: von heute rund fünf auf bis zu 20 Millionen Hektar. Wenn diese Pläne auch nur zum Teil umgesetzt werden, wird ein großer Teil der Wälder Indonesiens verschwinden, Millionen Tonnen Kohlendioxid werden in die Atmosphäre gelangen, Menschen und Tiere verlieren ihre Heimat.

Auch Amazonien droht die Palmöl-Plage: Gemäß dem brasilianischen Agrarforschungsinstitut EMBRAPA eignen sich 29 Millionen Hektar des Amazonasgebiets für den Anbau von Ölpalmen (zum Vergleich: die Fläche Deutschlands beträgt rund 35 Millionen Hektar).

Doch der RSPO wendet sich mit keinem Wort gegen den Ausbau der Palmplantagen, welche das eigentliche Nachhaltigkeitsproblem darstellen. Der RSPO verbietet lediglich, Primärwälder oder »Gebiete mit hohem Schutzwert« in Plantagen umzuwandeln. Wie diese »Gebiete mit hohem Schutzwert« definiert sind, bleibt offen.

De facto werden immer wieder Naturwälder für neue Palmplantagen gerodet. Aktuell wird der Konzern Herakles Farms angeklagt, eine 70.000 Hektar große Plantage im Regenwald Kameruns anzulegen. Dabei ist Herakles Mitglied im RSPO und wollte die Plantage sogar zertifizieren lassen: Im ursprünglichen Umweltgutachten hieß es, das geplante Plantagengebiet sei ökologisch nicht bedeutend.

Das fehlende Verbot des RSPO, neue Plantagen anzulegen, erinnert an die ISO-140001-Umweltzertifizierung von Atomkraftwerken: Auch diese sind nicht weniger gefährlich, wenn Orchideen auf dem Werksgelände geschützt werden.

Was ist faire Repräsentanz?

Wäre dem RSPO an Nachhaltigkeit gelegen, müsste er als erstes gegen den weiteren Ausbau der Palmölproduktion aktiv werden. Doch dies ist nicht vorstellbar, da der RSPO vor allem eine Vereinigung der Palmölindustrie ist. Von den insgesamt 617 Mitgliedern gehören 52 Prozent der Palmölindustrie an, 44 dem Handel und Finanzsektor. Nur vier Prozent der Mitglieder sind ökologisch oder sozial orientierte NGOs. Unter diesen ist der WWF als Initiator des RSPO gleich viermal, lokale Initiativen und die von Plantagen betroffene Bevölkerung sind dagegen überhaupt nicht vertreten.

Der geschäftsführende Vorstand besteht aus 16 Mitgliedern: sechs vertreten die Palmölindustrie, sechs die Hersteller, Handel und Banken und vier die NGOs. Auf der Webseite des RSPO wird diese Kräfte- und Stimmverteilung als »faire Repräsentanz der einzelnen Sektoren« gedeutet.

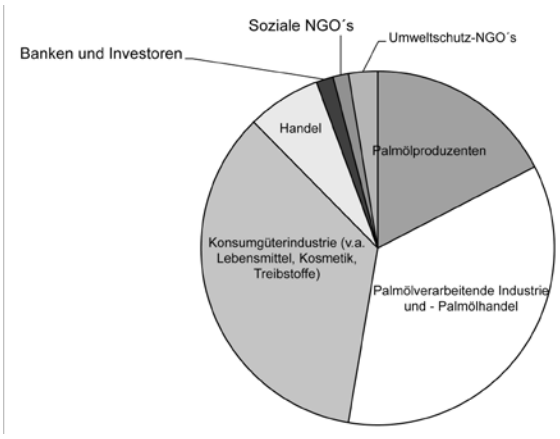
Was tun?

Der Ölpalmenanbau liefert zwar im Vergleich zu Soja oder Raps deutlich mehr Ertrag pro Hektar Anbaufläche. Doch aufgrund des billigen Rohstoffs, der in agroindustriellen Strukturen erzeugt wird, steigt auch der weltweite Verbrauch. Billiges Palmöl fördert so fetthaltige Ernährung und die Nutzung von Agrarkraftstoffen.

Anstatt den ungebremsten Ausbau der Palmölplantagen durch dubiose »Nachhaltigkeitszertifikate« zu unterstützen, müssen Umweltschutzorganisationen über die furchtbaren Auswirkungen der Palmölindustrie aufklären und politische Lösungen auf staatlicher Ebene anstreben. So sollte jegliche Förderung für Agrartreibstoffe abgeschafft werden, für die mittlerweile 15 Prozent der weltweit produzierten pflanzlichen Öle verwendet werden. Die Nutzung von Biomasse muss weltweit reduziert, Waldschutz muss intensiviert und finanziert werden. Ab 2015 muss die Verwendung von Palmöl in Lebensmitteln gekennzeichnet werden, so dass Verbraucher dann palmfetthaltige Produkte meiden können. Bis dahin gilt: möglichst wenig fetthaltige Fertigprodukte, Kosmetika und Waschmittel konsumieren.

Antje Wagner

Die Autorin arbeitete als Forstwirtin in Argentinien, Bolivien, Costa Rica und Chile und ist heute Referentin für Energie und Klima im Umweltinstitut München.



Mitglieder des RSPO nach Branchen

© Antje Wagner

© Elmar Seizinger

FSC-Waldwirtschaft im Vergleich zu konventioneller Forstwirtschaft in Schweden: Altholzinseln, Überhälter und Laubholz bleiben auf der Fläche.

FSC – DAS MINDESTE FÜR WALD!

Um globaler Waldzerstörung zu begegnen gibt es verschiedene Ansätze. Einer davon ist, sich mit Hilfe von Totalreservaten für den Schutz von Waldflächen einzusetzen. Einen anderen Weg geht das Forest Stewardship Council (FSC), indem er sich für eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung von Wald einsetzt.

MINIMALZIEL MUSS dabei sein, dass der Wald mit seinen Grundfunktionen erhalten bleibt. Das Anliegen des FSC, dieses Ziel im Konsens mit den Interessengruppen eines Landes zu erreichen, ist sehr komplex. Mit Hilfe eines demokratischen Prinzips – der FSC nennt dies »Dreikammersystem« – werden Ansprüche von Verbänden, Unternehmen, Waldbesitzern und Gewerkschaften zusammengeführt. In der Wirtschaftskammer finden sich Unternehmen und Waldbesitzer, in der Sozialkammer Arbeitnehmervertreter und Vertreter indigener Völker, in der Umweltkammer Naturschutzverbände. Diese drei Kammern haben gleiches Gewicht innerhalb des FSC, unabhängig davon, wie viele Mitglieder eine einzelne Kammer hat. Entscheidungen werden mit Zweidrittelmehrheit getroffen, jede Kammer hat ein Vetorecht. Sowohl der internationale Vorstand als auch die nationalen Vorstände setzen sich zu gleichen Teilen aus den besagten Kammern zusammen. »Der FSC« ist die Summe seiner Mitglieder. Umgekehrt steht jedes FSC Mitglied für ein »Stück FSC«.

Der Zwang zum Konsens

Alle großen Umweltverbände sind international und/oder national Mitglied des FSC. Greenpeace, BUND, NABU, Robin Wood, Oro Verde und andere spielen im Dreikammersystem eine bedeutende Rolle, sorgen sie doch für das naturschutzfachliche Know-How auf allen Ebenen. Schwierig für alle Beteiligten ist dabei immer wieder der systemimmanente Zwang zum Konsens. Von allen Akteuren innerhalb des FSC ist Kompromissbereitschaft gefordert, die große Koalition »FSC« funktioniert nicht, wenn einzelne Mitglieder auf Extrempositionen beharren. Was aus Sicht eines Umweltverbands zwingend notwendig und richtig ist, mag aus Sicht eines Forstbetriebs nicht notwendig oder sogar falsch sein. Wo unterschiedliche Interessen aufeinander treffen, ist »Recht haben« eine Frage der Perspektive. Umweltverbände sorgen durch ihr Engagement im FSC aber auch für systemare Besonderheiten innerhalb des FSC, so zum Beispiel für die Veröffentlichung der Zertifizierungsberichte oder für die Forderung nach aktiver Einbindung von Interessensvertretern durch Forstbetriebe vor Ort im Rahmen der Zertifizierung.

Manche Naturschutzorganisationen stellen das Instrument der Waldzertifizierung und die Nutzung von Primärwäldern grundsätzlich in Frage. Durch Schutzmechanismen soll die Zerstörung von tropischem Regenwald aufgehalten werden. Aus FSC-Sicht ist dies ein sinnvoller Weg, der allein aber nicht ausreicht. Die Tropenholzboykotte der neunziger Jahre hatten den Effekt, dass Nachfrage und damit auch Holzpreise gesunken sind und dementsprechend der Einschlag erhöht werden musste, um Akteuren vor Ort, die vom Holzeinschlag leben, das Einkommen zu sichern. Natürlich sind auch heute noch die Margen beim Verkauf von illegalem Holz deutlich höher als bei legalem Holz. Die FSC-Zertifizierung sorgt aber nicht nur für Legalität, gesetzliche Grundlagen sind nahezu weltweit zu schwach um verantwortungsvolle Waldbewirtschaftung umzusetzen, sondern liegt immer über den jeweiligen gesetzlichen Anforderungen.

In der Vergangenheit sorgten immer wieder dieselben Themen für Unmut bei Verbänden und in der Öffentlichkeit, wenn über FSC gesprochen wurde. Beispielsweise lässt der FSC die Nutzung von Primärwäldern zu. In vielen waldreichen Erdteilen ist Wald fast vollständig Primärwald. Würde der FSC die Nutzung von Primärwäldern verbieten, wäre beispielsweise in weiten Teilen Russlands keine Waldnutzung zulässig. Mit oder ohne FSC werden Primärwälder genutzt. Der entscheidende Unterschied ist aber, dass der FSC für den Walderhalt sorgt und konventionelle Nutzung häufig großflächige Waldvernichtung bedeutet. Vor dem Hintergrund einer rasanten Zunahme des weltweiten Holzbedarfs scheint die Forderung nach

einer grundsätzlichen, großflächigen Nicht-Nutzung von Primärwäldern nicht durchsetzbar.

Zusammenarbeit vor Ort

Ein spezieller Ansatz des FSC ist die Zusammenarbeit mit örtlichen Stakeholdern zur Ausweisung besonders schützenswerter Wälder (»high conservation value forests«, HCVF) und zur Definition von Maßnahmen zu deren Erhaltung. Schützenswert sind dabei Wälder, die besondere ökologische oder auch soziale Werte haben. Um eine Balance zwischen Schutz und Nutzung zu finden, müssen Bewirtschaftungsformen so angepasst werden, dass ein minimaler Einfluss auf die Umwelt entsteht, beziehungsweise dass die Integrität des Waldökosystems durch die Bewirtschaftung nicht verschlechtert, sondern diese erhalten oder sogar verbessert wird. Vergleichbar ist der Gedanke, der dahinter steckt, mit den Natura 2000 Gebieten innerhalb der EU. Auch diese Flächen können bei Einhaltung des »Verschlechterungsverbots« bewirtschaftet werden. Es gibt aber auch durchaus HCVF´s, die nur durch Stilllegung erhalten werden können.

Seit jeher zertifiziert der FSC auch Plantagen. Derzeit sind etwa sechs Prozent der weltweiten FSC-Flächen (ca. 150 Mio ha) Plantagen. Diese Plantagen können nur dann FSC-zertifiziert werden, wenn diese nicht aus einer Rodung entstanden sind, die nach 1994 erfolgt ist. In der Praxis bedeutet dies, dass bereits seit langem etablierte Plantagen oder Plantagen aus Aufforstungsprojekten zu FSC-Plantagen werden können. Hier kommt es zu einer deutlichen, ökologischen und sozialen Verbesserung der Bewirtschaftungsart, auch wenn diese Art der intensiven Bewirtschaftung wenig gemein hat mit einem nach mitteleuropäischem Vorbild bewirtschafteten Wald.

Nationale FSC-Standards werden alle fünf Jahre überarbeitet. Zuletzt wurden auch die zehn Prinzipien und 56 Kriterien überarbeitet, die Grundlage eines jeden nationalen Standards sind. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse halten Einzug, wenig praktikable Forderungen werden angepasst und die Diskussion zur nationalen Waldbewirtschaftung wird stetig am Laufen gehalten. Im Rahmen der Überarbeitung der Prinzipien und Kriterien, die im Übrigen das Ergebnis einer Forderung einer Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Plantagenzertifizierung unter Leitung von Jutta Kill (FERN) sind, wurde die weltweite Basis für nationale Standards verbreitert. Es gibt zusätzliche und klarer formulierte Kriterien und damit einen deutlich engeren Interpretationsspielraum für nationale Stakeholder. Ausführliche Informationen zu dem Prozess finden sich hier: www.vote.fsc.org

Die FSC-Zertifizierung folgt einem Marktmechanismus: Nachfrage nach FSC-zertifizierten Produkten soll zu mehr FSC-zertifizierter Fläche führen. Sorgt der FSC also für mehr Tropenwaldnutzung und zusätzliche Plantagen? Plantagenflächen entstehen beim FSC weder durch Umwandlung, noch kommt es zu einer Intensivierung der Bewirtschaftung tropischer Wälder. Die Bewirtschaftung verändert sich aber, von einer im Vergleich zur konventionellen, häufig auch illegalen Bewirtschaftung hin zu einer sanfteren Bewirtschaftung, egal ob es sich um Holz aus Plantagen oder Wald handelt. Mit der bewussten Entscheidung für ein FSC-Produkt schließen Verbraucher also nicht nur Illegalität aus, sondern fördern auch eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung von Wald im Ursprungsland. Aus Verbrauchersicht gibt es schlicht keine Alternative. Unzertifizierte Produkte, andere Label – beides keine Alternativen! Greifen Verbraucher zu Holz- und Papierprodukten ohne FSC-Zertifikate, können sie Menschenrechtsverletzungen und Waldvernichtung nicht ausschließen. »Heimisches Holz« vielleicht? Die Krux dabei ist aber, dass »heimisches Holz« häufig mit »lokaler Herkunft« verwechselt wird. Holzprodukten aus zum Beispiel Fichte, einer »heimischen Baumart«, kann man nicht ansehen, ob sie aus dem regionalen Wald oder aus Urwaldzerstörung in Russland stammen. Und selbst wenn man wüsste, dass die entsprechende Fichte aus Mitteleuropa stammte, kann man durchaus die Frage stellen, ob denn die nationale/mitteleuropäische Art der Waldbewirtschaftung immer hohen naturschutzfachlichen und sozialen Anforderungen genügt. Es stellt sich also nicht die Frage »Tropenholz mit FSC oder einheimisches Holz ohne FSC«. Die Forderung nach einer FSC-Zertifizierung muss immer die Mindestanforderung sein. Darauf aufbauend kann »lokale Herkunft« ein wichtiger zusätzlicher Wert sein.

FSC macht den Unterschied

FSC macht immer einen Unterschied zu der konventionellen Forst- oder Plantagenwirtschaft vor Ort. Entscheidend für die Bewertung von FSC-Standards ist dabei der lokale Bezug und nicht der Vergleich von zum Beispiel FSC in Karelien mit FSC in Deutschland. Die FSC-Waldwirtschaft in Karelien muss einen Unterschied machen, zu der konventionellen Bewirtschaftung vor Ort. Auch wenn es schwer fällt gilt es die nationalen Stakeholderinteressen, das Ergebnis der Verhandlungen in der Mitgliedschaft der jeweiligen Länder zu respektieren und nicht von Deutschland oder Mitteleuropa aus über diese zu urteilen. Um für die Qualität nationaler Standardsetzungsprozesse zu sorgen, sollten alle am FSC Interessierten sich dafür einsetzen nationale Stakeholder zu stärken. Im Übrigen ist auch dies ein zentrales Anliegen des FSC; ohne entsprechende Beteiligung der relevanten, nationalen Stakeholder werden FSC-Standards nicht akkreditiert. Die Anforderungen von Waldstandards stellen dementsprechend den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, auf den sich die nationalen/regionalen Akteure einigen können. Aus Sicht von Umweltverbänden werden die hier erzielten Kompromisse nie der Weisheit letzter Schluss sein können und es liegt in der Natur eines Kompromisses, dass weitergehende Forderungen bestehen. Schlussendlich sollte aber konstruktive Mitarbeit bei FSC, ob international oder national, stets ein Baustein einer Waldnaturschutzstrategie sein. Immer vor dem Hintergrund: »mehr als FSC« geht immer, aber nicht »weniger«.

Elmar Seizinger

Der Autor arbeitet als Leiter Waldbereich beim FSC Deutschland.

© László Máraz

Regenwald

GLAUBWÜRDIGKEIT VERSPIELT

FSC-Zertifizierung – ein Lösungsansatz mit großen Schwächen

Im Unterschied zum ökologischen Landbau wurden Zertifizierungssysteme, die wie der FSC (Forest Stewardship Council) eine »verantwortungsvolle« Bewirtschaftung von Wald oder die umwelt- und sozialverträglichere Produktion von Soja oder Palmöl zum Inhalt haben, unter anderen Voraussetzungen gegründet: Hier fanden sich Akteure unter dem Dach der Nachhaltigkeitsförderung zusammen, die bis dahin keine gemeinsamen Werte teilen. Inzwischen macht sich Ernüchterung breit.

DIESER GEBURTSFEHLER ist ein Grund für das Scheitern der FSC-Zertifizierung, ebenso wie die Sinnentleerung des Nachhaltigkeitsbegriffs, den 20 Jahre nach der Rio-Konferenz jeder nach seinem Gutdünken interpretiert. Die Glaubwürdigkeit – das wichtigste Kapital jeder Zertifizierung – wurde unter anderem durch den laxen Umgang vieler Zertifikatsinhaber mit den Regeln in Frage gestellt. Befördert wurde der Niedergang durch die Zertifizier, die ihre Machtposition nutzten um gemeinsam mit den nahezu fahrlässig handelnden FSC-Verantwortlichen das System immer industriefreundlicher zu machen. Über Jahre wird auf www.fsc-watch.org eindrücklich dokumentiert, wie das Label zunehmend zu einer Marketingmaßnahme der Unternehmen verkommt.

Vorwurf der Verbrauchertäuschung

Schon die fahrlässige Verwendung des Begriffs »Öko-Label« für das FSC-Zertifikat durch einige Akteure ist Verbrauchertäuschung, weil dem Holz- oder Papierkäufer damit eine naturnahe Produktionsweise suggeriert wird. FSC-Produkte stammen aber auch von 30.000 Hektar großen Monokultur-Plantagen oder aus Primärwäldern. Dabei kann Chemie eingesetzt werden, die Artenvielfalt leidet ebenso wie der Wasserhaushalt. Keine Spur von öko. Darum bezeichnet der FSC selbst seine Produkte nicht als »öko«, sie stammen lediglich aus »verantwortlicher« Waldbewirtschaftung. Da der FSC aber nicht gegen die Akteure vorgeht, die öko sagen/schreiben und auf diese Art die FSC-Produkte aufwerten und für sie werben, ist er für die Fehlinformation mitverantwortlich.

Verbraucher werden aber auch direkt vom FSC getäuscht: bei den sogenannten FSC-Mix-Produkten. FSC erlaubt der Industrie FSC-zertifizierte Rohstoffe mit nicht zertifizierten Materialien zu mischen, wobei das zugemischte Material »kontrolliert« beziehungsweise konfliktfrei sein soll. Die Kontrolle übt das Unternehmen selbst aus. FSC-Mix-Papier kann somit einen Großteil nicht zertifizierter Fasern enthalten und wenn das Unternehmen schlecht kontrolliert, kann sogar illegales Material beigemischt sein.

Vom falschen Geist beseelt

Der FSC will nach eigenen Angaben zur Verbesserung der Waldbewirtschaftung weltweit beitragen. Er versteht sich als Zusammenkunft von unterschiedlichen Interessen, die einen Konsens über verantwortungsvolle Waldwirtschaft finden wollen – wobei festzuhalten ist, dass die Interessen der Holz- und Faserindustrie überwiegen.

Wie aber lassen sich Unternehmen vom Konsens überzeugen, solange sie nahezu ungestört immer wieder Primärwälder erschließen oder ganze Regionen mit Plantagen bepflanzen konnten? Ein Druckmittel waren Verbraucherkampagnen, die zuletzt in Boykottaufrufe mündeten, sowie das Versprechen auf höhere Erlöse für nachhaltig zertifizierte Produkte. Die Konvertierung der gesamten Holz- und Papierbranche ist der Zertifizierung bisher aber nicht gelungen, obwohl der FSC zum Ärger vieler Beteiligter viel zu unternehmerfreundlich geworden ist.

Anstatt bei Missständen zum Schutz der Glaubwürdigkeit selbst energisch einzugreifen, verlässt sich der FSC auf die Zuarbeit von sogenannten »Stakeholdern«. NGOs müssen auf eigene Kosten recherchieren und einen sehr aufwändigen Beschwerdeweg gehen. Der FSC scheint eher bemüht, formelle Beschwerden zu vermeiden.

In der Vergangenheit war zudem die Wachstumsstrategie des FSC Anlass für interne Auseinandersetzungen und den Austritt mehrerer Umweltorganisationen. Das Ziel, möglichst viele Unternehmen für die Teilnahme an der Zertifizierung zu gewinnen, fördert ein Unterwürfigkeitsverhältnis, das auch die beteiligten Umweltorganisationen korrumpiert. So müssen Organisationen wie Greenpeace oder das amerikanische Rainforest Action Network (RAN) im FSC bezüglich der Bewirtschaftung von Primärwald im FSC durchaus Zustände im Kompromiss mittragen, die man vorher bekämpft hat.

Diese Strategie fördert die Primärwaldnutzung, die Zertifizierung von Plantagen sowie die FSC-Mix-Produkte-Entscheidung und die »Controlled Wood-Policy«. So sah sich im Juni 2011 die in Brüssel arbeitende NGO FERN zum Austritt gezwungen. Die unzureichende Verbesserung des FSC und das Vorhaben, gegen den Widerstand in der Umweltkammer künftig auch Carbon Offset Projekte zu zertifizieren, bildeten einen zu großen Widerspruch zur sonstigen Arbeit der NGO.

Die anhaltend schlechte Unternehmensführung im FSC sowie der daraus resultierende Vertrauensverlust zwangen unter anderem sogar Greenpeace 2008 zu einer öffentlichen Distanzierung von der in Insiderkreisen längst kritisierten Praxis. In »Holding the Line with FSC« listet die Organisation die Hauptfehler auf und fordert deren unverzügliche Behebung als Voraussetzung für eine weitere Mitgliedschaft. Zwei Jahre später, im November 2010, beklagt Greenpeace in einer überarbeiteten Version die zögerlichen Verbesserungsschritte und mangelnden Aktivitäten zur Wiederherstellung einer Vertrauensbasis für die KonsumentInnen, das Beschaffungswesen – und nicht zuletzt die Mitgliedsorganisationen der Umweltkammer.

Expansion und No-Go-Areas

Ungeachtet intern und extern geäußerter Kritik scheinen die Macher den FSC und seine Geschäfte weiterentwickeln zu wollen, und das immer öfter auch auf Kosten der Glaubwürdigkeit. Neue Primärwaldkonzessionen, weitere Plantagen und künftig auch Carbon Offset Projekte – vermutlich eine Goldgrube für die Zertifizierer – sollen das Portfolio vergrößern. Nicht immer finden sich Projekte in Regionen mit den richtigen Rahmenbedingungen. Wer glaubt noch an eine transparente Zertifizierung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, beispielsweise in Russland, wo neuerdings demonstrierende NGO mit empfindlichen Geldstrafen von der freien Meinungsäußerung abgehalten werden und Waldschützer um ihr Leben fürchten müssen? Oder im Kongo mit seinen unermesslich großen Primärwaldgebieten, wo es noch keine gut organisierte Zivilgesellschaft mit den uns bekannten Aktionsmöglichkeiten gibt?

Am Fall Kongo drohte der FSC-Kompromiss zu brechen. Sowohl FSC-intern als auch extern wurde auf unzureichende Rahmenbedingungen und somit fehlende Voraussetzungen für eine solide Zertifizierung im Kongobecken hingewiesen. Wiederum Greenpeace sah sich angesichts der Unbelehrbarkeit der FSC-Akteure beraten, mit einem Moratoriumsvorschlag etwas Tempo aus der FSC-Expansion zu nehmen, um »weiteren Schaden an seiner weltweiten Glaubwürdigkeit abzuwenden«.

Demokratische Struktur nur auf dem Papier

FSC-Befürworter loben den FSC für seine demokratische Dreikammerstruktur, in der Wirtschaft, Umwelt und Soziales gleichberechtigt abstimmen können. Trotzdem hat sich der FSC massiv zugunsten der Wirtschaftsinteressen entwickelt. Über Jahre haben sich kritischere Verbände über das Abstimmungsverhalten der WWF-VertreterInnen in der Umweltkammer beschwert und die in Hamburg ansässige Umweltorganisation Rettet den Regenwald hat deshalb schon einmal die Verbannung der WWF-RepräsentantInnen in die Wirtschaftskammer gefordert. Angesichts der neueren Vorwürfe, dass der WWF viel zu eng mit Umweltzerstörern kooperiere, muss man die Entwicklung des FSC neu bewerten.

Eine demokratische Struktur auf dem Papier garantiert kein demokratisches und transparentes Tagesgeschäft. Eine Möglichkeit zur Manipulation durch das FSC-Sekretariat besteht in der Bevorzugung oder Zurückstellung der Bearbeitung von Beschlüssen der Generalversammlung, wie es Chris Lang in »FSC misleading consumers« darlegt. Demnach sollte nach Beschluss der Generalversammlung 2002 innerhalb von 18 Monaten die Plantation Policy neu diskutiert und formuliert werden. Sechs Jahre später war dies immer noch nicht zum Abschluss gebracht – angeblich, weil keine Mittel dafür mobilisiert werden konnten. Für einen anderen Beschluss, dessen Umsetzung ähnlich aufwändig war und der innerhalb der anvisierten 18 Monate zur industriefreundlichen Einführung des neuen FSC-Mix-Labels führte, gab es ausreichend Mittel.

Vision für die Zukunft

Die FSC-Zertifizierung ist ein Marktinstrument, es soll den Verkauf der zertifizierten Produkte fördern. Das macht aus Umweltsicht nicht immer Sinn: der jährliche Pro-Kopf-Papierverbrauch in Deutschland ist mit rund 250 Kilogramm viel zu hoch. Wer würde da für eine Absatzsteigerung werben? Der FSC macht es. Schlimmer noch: FSC-Mix-Papier, hergestellt aus Monokultur-Eukalyptus-Fasern verdrängt bei uns mittlerweile das viel umweltfreundlichere Recyclingpapier. Den VerbraucherInnen wird mit dem FSC-Logo die »Unbedenklichkeit« des Produktes vermittelt.

Die Zertifizierung als Nachweis für die Herkunft von Produkten aus nachhaltiger Produktion ist als Hilfskonstruktion entstanden, weil weder Wirtschaft noch Gesetzgeber es angehen wollten, umweltbelastende und menschenrechtsverletzende Produktionsweisen aus der Welt zu schaffen. Angesichts knapper Ressourcen, dem Klimawandel und wachsender Weltbevölkerung ist zu hinterfragen, ob man die Verbesserung der Produktion in den Händen eines freiwilligen Instruments lassen will – zumal der FSC in seiner fast zwanzigjährigen Geschichte das bemühte Scheitern dokumentiert. Die für Waldnutzung Verantwortlichen dürfen sich nicht länger hinter der Zertifizierung verstecken. Strenge Waldgesetze und Bewirtschaftungsregeln sind unabdingbar!

Hermann Edelmann

Der Autor ist Mitbegründer und Projektkoordinator von Pro Regenwald.

Eine ausführlichere Version des Artikels steht auf ***www.pro-regenwald.de/zertifizierung***

Literatur & Links:

www.fsc-watch.org

Trading in Credibility, The myth and reality of the Forest Stewardship Council, Rainforest Foundation, 2002.

Crisis for FSC in the Congo Basin? Problem certificates risk global credibility, Greenpeace, 2011.

Holding the Line with FSC [reloaded 2010], Greenpeace, 2011.

© Billo Studer / fair-fish

Fischer im Senegal

ÖKO MIT HAKEN – UND OHNE FAIREN HANDEL

Zertifizierung von Fisch

Die Zertifzierung von Produkten und Produktionsprozessen ist ein Ersatz für die zunehmend verloren gegangene Nähe zwischen Produzent/innen und KonsumentInnen. Paradoxerweise kann dabei die Distanz noch grösser werden, zum Schaden der Umwelt und vor allem der kleinen Fischer.

ZUERST SCHUF DIE Industrialisierung Distanz zwischen Stadt und Land. Dann distanzierte die Globalisierung das Produktionsland X vom Vermarktungsland Y. Gleichzeitig treffen einst lokal begrenzte Nahrungsmittelskandale heute ganze Länder.

Dies ist einer der Gründe für die Zertifizierung von Nahrungsmitteln: Pflichtenhefte und Kontrollen sollen sicherstellen, dass Hygienestandards mit definierten Grenzwerten eingehalten werden. Um die Quelle von Mängeln entdecken zu können, gilt die Rückverfolgbarkeit vom Ladenregal bis zum Ursprung des Produkts (Chain of custody, zu deutsch: Wertschöpfungskette) heute als Standard.

Ein zweiter Grund für die Zertifizierung ist der Täuschungsschutz. Zunächst wollten Kunden sicher sein, dass sie die bestellte und verrechnete Menge erhielten. Zunehmend kam die Kontrolle von Produktions- und Qualitätsstandards hinzu. »Wo Bio draufsteht, ist Bio drin« ist nur so zuverlässig wie die Kontrolle dahinter.

Distanz fördert Zertifizierungsindustrie

Am Beispiel der Bio-Siegel lässt sich die Entwicklung gut zeigen: Ursprünglich kontrollierten die Bioverbände die Einhaltung ihrer Richtlinien auf den Höfen selber. Richtliniengeber, Berater und Kontrolleure waren oft identisch: Fachpersonen, die sich à fond und en détail in diesen Aufgaben und auf den Höfen auskannten. Dann kamen staatliche Förderungen und damit ein Problem für die Politik: Wenn nur Betriebe Direktzahlungen kriegen sollen, welche die Richtlinien erfüllen, dann dürfen nicht mehr die Bioverbände kontrollieren, denn die stehen ihren Bauern zu nahe.

Die Distanz zwischen Politik, Produktion und Verbrauch bringt der Zertifizierungsindustrie neue Kundschaft. Ein besonders lukratives Feld für sie sind Güter der Allmende: Holz, Fisch – Rechte an, Zugang zur und Nutzung der Ressource sind komplex.

Typisches Beispiel sind die Zertifizierungsprogramme für nachhaltige Holzgewinnung (FSC) beziehungsweise Fischerei (MSC), die der WWF lancierte und die ohne dessen permanente Propaganda nie groß geworden wären. Sie sind in ihrer wissenschaftsbasierten Anlage ambitiös, doch ihr Ziel ist nicht die Strenge im Elfenbeinturm, sondern Einflussnahme auf die Praxis der Industrie. Der Spagat zwischen hohem Anspruch und Praktikabilität führt zu aufwendigen Verfahren mit langer Entscheidungsdauer und hohen Kosten.

MSC-Zertifizierung: lange Dauer, hohe Kosten

Die Zertifizierung einer Fischerei für den 1999 vom WWF lancierten Marine Stewardship Council (»Meeresschutzrat«, MSC)[1] dauert mindestens ein Jahr und kostet von 100.000 Euro an aufwärts. Dahinter steht ein Ansatz, der im Prinzip alle einbeziehen will, die mit dem Fang der Fischart X im Meeresgebiet Y zu tun haben: alle Fischereiunternehmen, Fischereibehörden, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, und so weiter. Der MSC will nicht nur die Praxis von ein paar Fischereiunternehmen verbessern, während alle anderen in derselben Region weiterhin Raubbau betreiben.

Was sich in der Theorie gut anhört, läuft in der Praxis auf einen Kompromiss hinaus, der den geweckten Verbrauchererwartungen nicht gerecht wird. So ist es möglich, dass der MSC Fischereien zertifiziert, welche auf bereits überfischte Bestände Jagd macht und/oder dies mit zerstörerischen Fangmethoden tut (Grundschleppnetz)[2]. Möglich wird dies, weil das MSC-Zertifikat vergeben wird, wenn

die Fischerei eine bestimmte Mindestpunktzahl erreicht. Punkte gutmachen kann eine Fischerei, wenn sie ein ausgeklügeltes Managementsystem vorlegt, welches die negativen Folgen ihrer Fangtätigkeit überwacht und – wo nötig – korrigiert. Motto: Schützen beim Nützen.

Ob dies in der Praxis zu einer Erholung überfischter Bestände führt, ist offen. Eine Studie[3] des renommierten Kieler Fischereibiologen Rainer Froese kritisierte unlängst, dass 39 Prozent der MSC-zertifizierten Fischbestände überfischt sind und/oder nicht nachhaltig bewirtschaftet werden. Im Vergleich dazu schnitt das Label »Friend of the Sea« (FOS)[4] mit nur zwölf Prozent roten Beständen deutlich weniger schlecht ab, obschon eine FOS-Zertifizerung nur etwa drei Monate dauert und etwa ein Hundertstel so viel kostet wie beim MSC.[5]

Handel mit Fisch noch immer unfair

Ökologisch Fragwürdiges kann sich bei einem Label für Nachhaltigkeit vor allem deshalb einschleichen, weil zwischen VerbraucherInnen und Fischereibetrieben kaum mehr Kontakt besteht. Dies hat vor allem auch sozial üble Folgen. In kaum einer Nahrungsmittelbranche ist Fairer Handel so fern wie beim Fisch. Der Verein fair-fish hat seit 2005 zusammen mit senegalesischen Kleinfischern einen Standard für Fairen Handel, Nachhaltigkeit und Tierschutz entwickelt und in der Praxis erprobt[6]. Der europäische Markt ist aber bis heute nicht reif[7] für einen Fairen Handel mit Fisch aus dem Süden (woher der Fisch mehr und mehr kommt, nachdem der Norden seine Gewässer schon leergefischt hat). Und die Fairtrade-Bewegung macht noch immer einen großen Bogen um die Fische, obschon die als Exportprodukt für den Süden wichtiger sind als alle Nahrungs- und Genussmittel, die wir heute mit einem Fairtrade-Label kaufen können, zusammen. Der im europäischen Markt maßgebliche Verband der Fairtrade Labelling Organizations (FLO) bastelt seit 2008 an einem Fisch-Standard, ist aber über einen Entwurf für Zuchtgarnelen[8] nicht hinausgekommen. Traditionelle Fairtrader tun sich nicht nur mit dem besonders heiklen Produkt Fisch schwer, sondern auch damit, dass viele Kleinfischer im Süden partout nicht ins bequeme Denkschema »Genossenschaft« passen wollen.

Warnung vor hirnrissigen Forderungen

Distanz zur Quelle kann dazu verleiten, die Realität in ein sachfremdes Schema zu pressen. Natürlich sollen KonsumentInnen erfahren, woher ein Fisch kommt: Fanggebiet, aber auch Fangmethode gehören deklariert. Dagegen ist die nun von EU-Bürokraten vorgeschlagene Pflicht zur Angabe des Fangdatums hirnrissig: sie trägt zur Lösung realer Probleme nichts bei und schafft neue. Wer den Frischefimmel beim Fisch bedient, darf sich nicht wundern, wenn vor fünf Tagen gefangener Fisch in der Frischtheke liegen bleibt, oder vor ein paar Monaten gefangener Tiefkühl-Fisch in der Kühltruhe – nachdem bisher klaglos wesentlich älterer Frischfisch gekauft wird und Tiefkühlfisch bei Sorgfalt bis zu 18 Monaten haltbar ist.

Richtig schlimm wird es, wenn sachfremde Vorstellungen über ferne Fischerdörfer im Süden gestülpt werden. Während der Verein fair-fish im Senegal den weltersten Standard für faire Fischerei entwickelte, war eine der größten Sorgen des damaligen Projektpartners Migros, die Mitwirkung von Kindern absolut auszuschließen. Nach senegalesischem Gesetz besteht Schulpflicht für Sechs- bis Sechzehnjährige, zudem gilt jede Arbeit mit Fischen (auch die an Land) als sehr gefährlich, weshalb sie erst ab 18 Jahren erlaubt ist. Derlei Gesetze wurden nach der Unabhängigkeit geschrieben, um das Gewissen der Geldgeber in Europa zu beruhigen; die reale Politik hat ihnen kaum je nachgelebt.

In den abgelegenen Fischerdörfern gibt es oft nur Primarschulen, und Arbeit außerhalb der Fischerei zu finden ist kaum möglich, geschweige denn eine andere Ausbildung. Die traditionelle Teilnahme von Kindern beim Fang, Verarbeiten und Handeln von Fischen ist eine Mischung aus erwerbsfreier Beschäftigung, Freizeit und sozialer Kontrolle. Die Alternative dazu wäre das Herumlungern unbeschäftigter Jugendlicher im Dorf. Der von fair-fish in die Richtlinien[9] gesetzte Kompromiss: Alle Kinder der beteiligten Fischer/frauen besuchen die Schule und sind bei Fängen für fair-fish nicht bei den Pirogen anzutreffen. Doch was machen die Jungen nach ihrem Schulabschluss? Einem lokalen Erwerb nachgehen, der mit Fairtrade-Prämien aus dem Fischhandel entwickelt wird – wenn es denn diesen Fairen Fischhandel endlich gäbe!

Billo Heinzpeter Studer

Der Autor ist Präsident von fair-fish.net.

1 www.fair-fish.ch/wissen/richtlinien/index3.html
2 www.fair-fish.ch/blog/archive/2010/09/06/meereswissenschafter-kritisieren-msc.html
3 www.fair-fish.ch/wissen/fang/ueberfischt2.html
4 www.fair-fish.ch/wissen/richtlinien/index4.html
5 www.fair-fish.ch/files/pdf/wissen/fair-fish_froese_msc_fos-20120508.pdf
6 www.fair-fish.ch/was-wer-wo/wo/senegal/
7 www.fair-fish.ch/wissen/handel/
8 www.fair-fish.ch/files/pdf/english/comments_fairtrade_shrimps_draft1_f-f.pdf
9 www.fair-fish.ch/wissen/richtlinien (rechte Spalte: Links zu allen Detailregeln)

Wann ist ein Fischlabel fair?

In der Fischerei:
- wenn es nur gesunde Bestände befischen lässt;
- und dies nur mit tier- und umweltschonenden Methoden;
- wenn es Meeresschutzgebiete schafft;
- die Fischer/innen und die Arbeiter/innen fair bezahlt;
- den größten Teil der Wertschöpfung im Fischereigebiet belässt;
- und über eine zusätzliche Fair-Trade-Prämie lokale Entwicklung außerhalb der Fischerei unterstützt.

In der Aquakultur:
- wenn es die Verfütterung von Wildfisch auf einen Bruchteil des geernteten Zuchtfischs begrenzt;
- wenn es eine artgerechte Haltung verlangt;
- die Züchter/innen und Arbeiter/innen fair bezahlt.
- den größten Teil der Wertschöpfung im Gebiet belässt;
- und über eine zusätzliche Fair-Trade-Prämie lokale Entwicklung außerhalb der Aquakultur unterstützt.

Beurteilung der wichtigsten Label: ***www.fair-fish.ch/wissen/richtlinien/index9.html***

© S. Hofschlaeger / pixelio.de

FAIRTRADE: ZERTIFIZIERUNG UND ENTWICKLUNG

FAIRTRADE BIETET kleinbäuerlichen Familien die Chance, ihre Produkte zu gerechten Konditionen zu vermarkten. Arbeiterinnen und Arbeitern bietet Fairtrade auf größeren Farmen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Dies bringt den Familien zum einen ein höheres Einkommen, von dem sie sich Lebensmittel auch bei steigenden Preisen leisten können. Unabhängige Studien belegen zum anderen weitere positive Wirkungen des Fairen Handels, wie Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität und Verbesserung der Qualität, die ebenfalls zur Ernährungssicherung beitragen.

Ein Siegel für verantwortlichen Konsum

Fairtrade Labelling wurde vor rund 20 Jahren in verschiedenen Ländern und von unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als Ergänzung zur klassischen Entwicklungshilfe gegründet. Heute ist es ein weltumspannendes Netzwerk, das ein unabhängig kontrolliertes Produktsiegel für Fairen Handel etabliert hat. Hier stehen die Menschen im Süden im Mittelpunkt, daher werden gezielt Kleinbauern und Arbeiter in den Entwicklungsländern gefördert und ihre Position auf dem Weltmarkt verbessert. Fairtrade hat ein klares entwicklungspolitisches Ziel, nämlich unseren Konsum verantwortlicher zu gestalten und so die Armut im Süden abzubauen.

Glaubwürdige Zertifizierung

Damit Produkte mit dem Fairtrade-Siegel überall auf der Welt genau festgelegten Fairtrade-Standards entsprechen, werden die beteiligten Akteure regelmäßig kontrolliert. Mit dieser Aufgabe ist FLO-CERT GMBH mit Sitz in Bonn beauftragt. Sie befindet sich im Besitz von Fairtrade International e. V. (FLO) und verfolgt deren satzungsgemäße Ziele, jedoch arbeitet FLO-CERT als völlig eigenständige und separate Organisation. Das globale Zertifizierungssystem mit Niederlassungen in Deutschland, Indien, Südafrika und Costa Rica zertifiziert Firmen und Organisationen in über 70 Ländern. 2011 wurden weltweit Fairtrade zertifizierte Waren im geschätzten Wert von 4,5 Milliarden Euro verkauft.

FLO-CERT GmbH arbeitet mit einem unabhängigen, transparenten und weltweit konsistenten Zertifizierungssystem, das den Anforderungen der DIN ISO Norm 65 folgt, der weltweit akzeptierten Akkreditierungs-

norm für Zertifizierungsorganisationen. Die Fairtrade-Standards bieten Kooperativen und Plantagen einen Rahmen für ihre soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung. Die Fairtrade Zertifizierung identifiziert bei den Kooperativen Abweichungen von diesem Entwicklungsrahmen, spiegelt ihnen diese Abweichungen und stellt sicher, dass Korrekturen vorgenommen werden. Fairtrade ist gegenwärtig das weltweit einzige auf nachhaltige Entwicklung abzielende Zertifizierungssystem, das durch den Deutschen Akkreditierungsrat staatlich akkreditiert ist.

Aber jede Kooperative ist anders! Und kein Entwicklungsprozess ist gleich. Wie kann ein global gültiger Standard an alle individuellen Gegebenheiten zeitlich und sachlich angepasst werden? Fairtrade unterscheidet Kernkriterien, die jederzeit erfüllt sein müssen (keine Kinderarbeit, Demokratische Organisation, Zahlung einer Fairtrade-Prämie, Einhaltung von Arbeitnehmerrechten, etc.) von Entwicklungskriterien. Diese Entwicklungsanforderungen erfüllen die Kooperativen über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Sie erarbeiten zu Beginn der Zertifizierung einen Entwicklungsplan, der festlegt, wann welche Fairtrade-Entwicklungskriterien erfüllt werden sollen. FLO-CERT prüft regelmäßig die Einhaltung dieses individuellen Plans.

Qualität der Zertifizierung

Die Kontrollen werden von über 100 hoch qualifizierten FLO-CERT-Inspektoren durchgeführt. Alle Inspektoren sind verpflichtet, regelmäßig an einem Lehrgang teilzunehmen und die Qualität ihrer Arbeit wird kontinuierlich überprüft. Die Inspektoren befinden sich vor Ort und sind mit der lokalen Kultur, Gesetzgebung und Sprache vertraut. Die Zeit, die ein Inspektor bei den Produzenten verbringt, hängt von der Größe und Komplexität der Produzentenorganisation ab sowie von der Anzahl der zertifizierten Produkte, die über den Fairen Handel verkauft werden sollen. Eine umfassende Fairtrade-Kontrolle kann im Fall einer kleinen Produzentenorganisation zwischen zwei und drei Tagen dauern und bis zu sechs bis sieben Wochen bei den größten Kooperativen. Ohne vorherige Kontrolle vor Ort können Produzentenorganisationen nicht zertifiziert werden. Die Erneuerung der Zertifizierung basiert auf einer jährlich stattfindenden Kontrolle vor Ort.

Quo Vadis?

Die Bedeutung von Zertifizierungen wird sowohl für Konsumenten als auch für die Nahrungsmittelindustrie weiter zunehmen, und sie muss sich weiter entwickeln.

Angesichts immer komplexer werdender Produkte und Produktionsketten werden Konsumenten bei ihrem Einkauf verstärkt dem Urteil unabhängiger Dritter vertrauen. Darum werden Produktsiegel, als Ausweis unabhängiger Zertifizierung, zunehmend ein wichtiger Faktor für den Kaufentscheid sein. Die Bewahrung der Glaubwürdigkeit der Zertifizierung (Unabhängigkeit, Transparenz, Gleichbehandlung) ist die wichtige Verpflichtung gegenüber den Konsumenten.

Steigende Nachfrage nach Rohstoffen und die Folgen des Klimawandels bringen die Frage der Liefersicherheit immer stärker in den Fokus großer Nahrungsmittelhersteller. In den nächsten zehn Jahren wird nur genügend Kaffee, Kakao etc. produziert werden können, wenn sich Qualität und Produktivität der Landwirtschaft deutlich verbessern; insbesondere in den Entwicklungsländern. Dies haben alle großen Nahrungsmittelhersteller erkannt und versuchen deshalb zunehmend im Dialog mit den Landwirten Qualität und Ertrag ihrer Produktion zu verbessern. Eine Zertifizierung kann hier eine wichtige Brückenfunktion übernehmen und Vertrauen zwischen den Handelspartnern herstellen, aber auch helfen Verbesserungen in den Anbaumethoden objektiv zu beobachten und zu dokumentieren.

Das Interesse der Konsumenten und Handelspartner an Zertifizierungen verlagert sich. Ging es früher vornehmlich um das »Was und Wie« wird zertifiziert, so rückt jetzt die Frage nach dem »Warum« in den Fokus des Interesses. Welche sozialen, ökonomischen und ökologischen Verbesserungen bewirkt die Einhaltung von Standards wie denen von Fairtrade? Die Zertifizierung muss sich an diese veränderte Fragestellung anpassen und ihre Systeme so verändern, dass in Zukunft nicht nur Statusberichte erstellt werden können, sondern Prozesse und Ergebnisse. Zertifizierung hat über Jahrzehnte Schnappschüsse gemacht, sie hat in den letzten Jahren gelernt einen Film zu drehen und muss in den nächsten Jahren lernen, auch die Wirkungen dieses Films glaubhaft zu beschreiben.

Who is Who bei Fairtrade

Als unabhängige Organisation handelt **TransFair e. V.** nicht selbst mit Waren, sondern vergibt das Fairtrade-Siegel für fair gehandelte Produkte und fördert das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Konsum. TransFair wird von 36 Mitgliedsorganisationen getragen. Derzeit bieten in Deutschland 200 Lizenznehmer rund 2.000 Fairtrade-Produkte an, die in über 36.000 Geschäften erhältlich sind. Rund 18.000 gastronomische Betriebe schenken fair gehandelten Kaffee aus. TransFair gründete 1997 die internationale Dachorganisation Fairtrade International (FLO e. V.), die mit der Standardsetzung und Betreuung der Partnerorganisationen betraut ist. Weltweit erhalten rund 1,2 Millionen Kleinbauern und Arbeiter durch den Fairen Handel bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mit der Kontrolle der Fairtrade-Standards ist die unabhängige Zertifizierungsorganisation FLO-CERT GmbH beauftragt, die der internationalen Akkreditierungsnorm für Zertifizierungsorganisationen ISO 65 entspricht

Rüdiger Meyer und Claudia Brück

Rüdiger Meyer ist Direktor von FLO-CERT GmbH, Claudia Brück ist stellvertretende Geschäftsführerin von TransFair e. V.

© Rainer Kaupil / pixelio.de

Rio de Janeiro, Brasilien

RIO+20

The show must go on

Für so ein mageres Ergebnis hätte man sicher keine 12.000 Regierungsdelegierte und 9.800 NGO-Vertreter nach Rio fliegen müssen. Konkret beschlossen wurde im Wesentlichen nur eine begrenzte Aufwertung des UN-Umweltprogramms UNEP, der Ersatz der dysfunktionalen Commission on Sustainable Development durch ein neues High Level Forum und der Start eines Verhandlungsprozesses zu Sustainable Development Goals. Das war's. Das hätte man auch auf einer normalen UN-Generalversammlung beschließen können. Das Abschlussdokument mit dem Titel »The future we want« (http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html) enthält ansonsten jede Menge »agreed language«, das heißt recycelte Bekräftigungen von allerlei Willensbekundungen der vergangenen 20 Jahre ohne jede neue Umsetzungsperspektive.

IST DIESES DÜNNE Resultat ein Fortschritt, ein Rückschritt, oder bedeutungslos? Oder war Rio+20 vielmehr eine Show, bei der das Ergebnis von vorneherein nur von zweitrangiger Bedeutung war? Gastgeber Brasilien hatte schon lange die Devise ausgegeben, es müsse unbedingt der größte Gipfel aller Zeiten werden. Lange fragte man sich, was denn die Gastgeber sonst noch für Ziele mit dem Rio+20-Gipfel verbinden würden, welche Inhalte gar – jetzt wissen wir es: gar keine. Inhalte waren für die brasilianische Präsidentschaft und auch für die große Mehrheit der anderen Regierungen völlig sekundär. Und so lautete das abschließende Fact Sheet des Konferenzsekretariats auch »Rio+20 in Numbers«, artig wird vermeldet »Rio+20 was the biggest UN conference ever held«, 45.381 Teilnehmer. Wenn man die Aufschlüsselung mit allen Putzfrauen und Sicherheitskräften zusammenzählt, kommt man zwar nur auf 37.000, aber welche Rolle spielt das schon. Die geplante Dilma-Roussef-Show sollte auf keinen Fall durch den üblichen Hickhack um ein Ergebnis bis in die frühen Morgenstunden getrübt werden. Roussef hatte Anweisung gegeben, dass die brasilianischen Diplomaten als Konferenzpräsidentschaft spätestens am Dienstagmorgen, einen Tag vor dem offiziellen Gipfelbeginn, einen fertigen Text notfalls erzwingen sollten. Die Resultate der monatelangen Vor-Verhandlungen wurden durch einen neuen brasilianischen Text ersetzt, den die Staaten nach der Devise »take it or leave it« vorgelegt bekamen. Darin stand nichts mehr, was die brasilianischen Diplomaten nicht für konsensfähig hielten. Damit konnten all diejenigen gut leben, die sowieso inhaltlich nicht viel erreichen wollten außer der Bewahrung des status quo, und das waren die allermeisten. Die Europäer widersetzten sich diesem eher unüblichen Ansinnen am längsten, und wurden schließlich mit ziemlich rabiater Erpressungspolitik weich gekocht. Brasiliens Außenminister erklärte kategorisch, wer blockiere lasse

den Gipfel platzen – es werde auf keinen Fall weiterverhandelt. Und so war der Gipfel eigentlich schon vorüber, bevor er überhaupt anfing.

Verhandeln um Inhalte – Fehlanzeige

Machtpolitisch spielte die Tatsache sicher auch eine Rolle, dass nur wenige europäische Regierungschefs überhaupt auftauchten. Die Arroganz der brasilianischen Präsidentschaft, mit dem jedes Verhandeln um Inhalte als Störfaktor in die Ecke gestellt wurde, ist ziemlich beispiellos und im Grunde ein Votum dafür, UN-Konferenzen künftig ohne Regierungschefs und Minister abzuhalten, damit wieder Inhalte im Vordergrund stehen und nicht sinnentleerte Rituale.

Bei knallharter machtpolitischer Betrachtung mag man Brasiliens Erpressungspolitik für nachvollziehbar halten – und im Gegensatz zu den ähnlich agierenden Dänen beim legendären Fiasko der Kopenhagener Klimakonferenz beherrschen sie offenbar die Kunst des Machiavellismus sehr gut. Aber eine wirklich gute Show braucht auch noch ein bisschen Inhalt, sonst wirkt sie nicht. Und hier beginnen die »multiplen Realitäten« dieses Gipfels. Derart eklatante »Wahrnehmungsdifferenzen« wie in Rio trifft man selten. Der Gipfel beschließt praktisch nichts, doch die Gipfeldeklaration stellt allen Ernstes fest »We are determined to reinvigorate political will and to raise the level of commitment by the international community to move the sustainable development agenda forward«. Brasilien ersetzt multilaterale Verhandlungen durch ein Präsidialdekret, und Algerien als Sprecher der G-77/China erklärt im Schlussplenum, das wichtigste Ergebnis der Konferenz sei »undoubtedly, the rehabilitation of multilateral diplomacy«. Bei kaum einer Rio-Folgekonferenz hatten NGOs und Zivilgesellschaft weniger Mitwirkungsmöglichkeiten, doch Präsidentin Roussef erklärt, keine Konferenz sei in der Geschichte so partizipatorisch gewesen wie Rio+20. Mehr als 2.000 NGO-Vertreter unterzeichneten eine Erklärung, das Gipfelergebnis sei »The future we don't want« und verlangten, dass die Behauptung im ersten Satz des Gipfeldokuments gestrichen wird, die Staatschefs hätten sich »with full participation of civil society« getroffen. Sha Zukang, Chef des Konferenzsekretariats, erklärte, bei diesem »Umsetzungs-Gipfel« seien Zusagen für 513 Milliarden US Dollar für Nachhaltige Entwicklung gemacht worden – Gelder in der Dimension eines Euro-Rettungsschirms, aber außer ihm scheint das bei der Konferenz niemanden aufgefallen zu sein.

Missverhältnis zwischen Anspruch und Realität

Ein derart krasses Missverhältnis zwischen Anspruch und Realität bleibt irgendwann auch dem gutgläubigsten Medienvertreter nicht mehr verborgen, und deshalb ging die Dilma-Roussef-Show auch nicht völlig ohne Kratzer über die Bühne. Exemplarisch dafür war die Titelseite von Brasiliens größter Tageszeitung »O Globo« am ersten Tag des Gipfels: Über dem großen Foto von Dilma und Ban Ki-Moon vor den versammelten Staatschefs der Welt prangte die Überschrift »NGOs lehnen das Gipfeldokument ab – UN-Gipfel beginnt«.

Auch die streckenweise geradezu karikaturenhaften Auftritte mancher Staatschefs oder Minister trugen nicht gerade positiv zur Show bei. Irans Ahmadinedschad las minutenlang aus dem Koran vor. Raul Castro schwärmte von den guten alten Zeiten von 1992, da gab es noch »wahre líders« wie natürlich vor allem Fidel Castro. Südsudan nutzte die Gelegenheit, dem Rest-Sudan mit Krieg zu drohen. Die mit teurem Gold- und Perlenschmuck behangene venezolanische Ministerin kämpfte für Benzinsubventionen als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung seien, weil sie den Armen zugute kämen, und wer das ablehne, sei ein elender Imperialist. Faktencheck: Venezuela hat 29 Millionen Einwohner und 5.6 Millionen Autos, man kann sich locker ausrechnen wer der Hauptprofiteur der Benzinsubventionen ist. Angesichts von derart geballter Inkompetenz in vielen Präsidialämtern der Welt braucht man sich über das Ergebnis von Rio eigentlich nicht mehr zu wundern.

Wie geht es nun weiter?

Die Details der UNEP-Aufwertung wird die Generalversammlung beschließen. Fest steht, dass der UNEP-Verwaltungsrat künftig alle UN-Mitgliedsstaaten und nicht mehr nur 53 umfassen wird, und dass UNEP künftig neben freiwilligen Beiträgen auch einen Anteil aus dem regulären Budget der UN bekommt. Das ist wichtig und gibt UNEP mehr Gewicht und auch mehr Unabhängigkeit gegenüber Partikularinteressen wichtiger Mitgliedsländer, auch wenn es noch nicht derselbe Status ist, den FAO oder WHO haben.

Die bisherige Commission on Sustainable Development (CSD) wird ersetzt durch ein High Level Forum im UN-Wirtschafts- und Sozialrat; Details soll ein Verhandlungsprozess im Rahmen der Generalversammlung klären. Allerdings: Das neue Forum »should avoid overlap with existing structures, bodies and entities in a cost-effective manner« und damit ist schon mal klar, dass es kein Mandat haben wird, die Querschnittsaufgabe »sustainable development« ernsthaft anzugehen; zudem dürften sich im wesentlichen dieselben Diplomaten unter neuem Namen wieder treffen, die schon bei der CSD nichts erreicht haben.

Ferner beginnt ein »inclusive and transparent intergovernmental process on Sustainable Development Goals that is open to all stakeholders with a view to developing global sustainable development goals to be agreed by the United Nations General Assembly«. Dafür wird eine 30köpfige Arbeitsgruppe gebildet, die zur 68. Generalversammlung (2013) einen Bericht vorlegen soll, natürlich wie immer unter »full involvement of relevant stakeholders and expertise from civil society«.

Das ist das konkret greifbare. Unabhängig davon dürften sich aber viele Teilnehmer des »größten Gipfels aller Zeiten«, der »most participatory conference in history« nun die Frage stellen, ob sie so etwas in 10 oder 20 Jahren noch einmal erleben wollen, oder die notwendigen Schritte für eine wie auch immer geartete »future that we really want« vielleicht nicht im UN-Konsens erhältlich sind, sondern im Konflikt lokal, regional und national durchgesetzt werden müssen. Man darf gespannt sein, wie die Antworten darauf ausfallen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

© Gerd Altmann / pixelio.de

VOM TIGER ZUM BETTVORLEGER?

Die Green Economy bei Rio+20

Die Green Economy hat bei den Rio+20-Verhandlungen mächtig Federn lassen müssen. Eigentlich gibt es sie gar nicht mehr – und das ist ein Verhandlungserfolg der Entwicklungsländer. Gleichwohl ist zu vermuten, dass sie die Nachhaltigkeitsdebatte weiter begleiten wird.

DIE KONTROVERSE IM Vorfeld der Rio+20-Konferenz war klar. Die einen priesen die Green Economy als den Schlüssel für nachhaltige Entwicklung. Es müsse darum gehen, durch ein Umlenken der Investitionsströme von der braunen, schmutzigen Ökonomie in saubere, grüne Bereiche weniger Ressourcen zu verbrauchen und den Planeten mit weniger Schadstoffen zu belasten. Über Effizienzgewinne durch neue Technologien sollten Wachstum und Naturverbrauch entkoppelt werden. Und die Natur, die »ecosystem services«, die man bislang quasi als kostenloses Ressourcen- und Senkenreservoir betrachtet hatte, müsse einen monetären Wert erhalten, der in die ökonomische Kalkulation eingehen müsse.

Auch in Rio, als er sich auf dem People's Summit der Kritik der Zivilgesellschaft stellte, verteidigte UNEP-Chef Achim Steiner die Green Economy. Man müsse akzeptieren, dass Politik und Wirtschaft auf Märkte und Wachstum setzten, so Steiner. Nun gehe es darum, die Märkte so zu regulieren, dass sie einer Green Economy entsprächen. Es gehe also tatsächlich auch um Regulierung und Steuerung, die Märkte allein würden die Probleme nicht lösen. Der Wert beispielsweise des Ökosystems Amazonas sollte nicht nur nach dem Wert des Holzes bemessen werden. Die Amazonas-Region sei eben nicht nur Holzlieferant, sondern auch ein riesiges Wasserreservoir und eine unverzichtbare CO_2-Senke.

Nicht nur auf dem People's Summit konnte Steiner die Kritiker nicht überzeugen. Sie sahen weiterhin die Gefahr der Kommodifizierung der Natur. Natur und Naturressourcen in der Hand von profitorientierten Unternehmen führten eben nicht zu mehr Naturschutz, sondern zu stärkerer Ausbeutung der Natur. Ohne einen wirklichen Bruch mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik transformiere die Green Economy die Natur in Naturkapital, was dann einer entsprechenden Verwertung zugeführt würde.

Die Verhandlungen

Den Regierungen der Entwicklungsländer bereitete die Green Economy in Rio ebenfalls Kopfschmerzen, jedoch anders geartete. Wenn, so fragten sie, die Green Economy auf Effizienzgewinne durch neue Technologien setze, wie sollten sie diese bezahlen? Und wie sollte ihr Zugang zu diesen Technologien garantiert oder zumindest erleichtert werden?

Der übliche Verhandlungsweg brachte die Gruppe G77/China nicht wirklich weiter. Neue und zusätzliche Mittel seien nicht vorhanden, so die Industrieländer mit Verweis auf ihre jeweiligen Schuldenkrisen. Auch der Hinweis, man würde hunderte Milliarden für die Rettung von Banken aufbringen, zeige jedoch seine leeren Taschen, wenn es um nachhaltige Entwicklung ginge, vermochte diese Haltung nicht zu erschüttern. Ähnlich im Bereich Technologietransfer: Weder wollte der Norden sich zu konkreten Maßnahmen verpflichten, noch stimmte er einem sehr vorsichtig formulierten Vorschlag zu, der darauf hinauslief

zu überprüfen, ob das Patentrecht dem Technologietransfer im Wege stehen könnte.

Insofern zogen die Entwicklungsländer am zweiten Tag der Vorbereitungskonferenz die Reißleine. Sie erklärten, nicht länger zu Green Economy (und Sustainable Development Goals) verhandeln zu wollen, solange die Fragen von Finanzierung und Technologietransfer nicht in ihrem Sinne geklärt seien.

Das machte die Sache für die EU und andere europäische Länder nicht eben einfacher. Die USA war ohnehin nicht darauf erpicht, dass die Ökonomie allzu grün würde, von dort war keine Unterstützung zu erwarten. Und die Europäer standen gegenüber der Gruppe G77/China mit leeren Händen da.

So erodierte die Green Economy zusehends. Als Brasilien nach der Vorbereitungskonferenz die Verhandlungsleitung übernahm, war der Text zu Green Economy in weiten Teilen bereits fertig. Und der Gastgeber war darauf aus, vor dem Beginn der eigentlichen Konferenz einen zustimmungsfähigen Text zu haben. Die brasilianische Strategie lief darauf hinaus, strittige Passagen weicher zu formulieren, bis sie konsensfähig wären oder, wo dies nicht gelang, sie einfach zu streichen. Damit war dann auch das Ende der Fahnenstange für die Green Economy erreicht.

Das Verhandlungsergebnis

Der wichtigste Schritt in den Verhandlungen war, dass der Text nicht mehr von EINER Green Economy spricht, sondern von »Green Economy policies. Diese wiederum sollen in Übereinstimmung stehen mit den nationalen Bedingungen und Prioritäten. Green Economy wird als EINES der wichtigen Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung betrachtet. Sie könne, so heißt es weiter, Optionen für politische Entscheidungen hervorbringen, sie stelle jedoch kein rigides Regelwerk dar.

Weiterhin einigte man sich auf eine Formulierung, derzufolge die Implementierung einer Green Economy ein gemeinsames Anliegen sei, um dies dann sofort auf solche Länder einzuschränken, die tatsächlich nach der Umsetzung einer Green Economy strebten. Dies impliziert, dass es auch Länder geben kann, die dies nicht tun. Und im Übrigen wird gleich darauf erneut anerkannt, dass jedes Land einen Ansatz wählen kann, der mit seinen nationalen Bedingungen, seinen Nachhaltigkeitsplänen, seinen Strategien und Prioritäten übereinstimmt.

Weiterhin wird ausgeführt, dass eine Green Economy auf den Rio-Prinzipien und dem Johannesburg Plan of Implementation (dem Ergebnis von Rio+10 aus 1992) aufbauen und dazu beitragen sollte, international vereinbarte Ziele, unter anderem die Millenniumsentwicklungsziele, zu erreichen.

Was eine Green Economy genau ist, sagt der Text hingegen nicht. Er erschöpft sich in eher vagen Hinweisen, etwa dass eine Mischung aus Maßnahmen, wozu regulatorische, freiwillige und andere gehören, eine Green Economy unterstützen könnten. Von daher beschreibt er eher, was eine Green Economy sein könnte – und was nicht. In Bezug auf letzteres etwa wird klar ausgeführt, dass eine Green Economy weder Konditionalitäten für die Entwicklungszusammenarbeit begründen noch zu willkürlichen oder ungerechtfertigten Handelsbeschränkungen führen dürfe.

Der insbesondere unter NGOs verbreiteten Sorge, wonach der Text direkt die Kommodifizierung der Natur unterstützen würde, wurde die Spitze genommen. Der Begriff »ecosystem services«, also ökosystemare Dienstleistungen ist im Abschlusstext nicht mehr zu finden.

In Sachen Technologietransfer ist den Entwicklungsländern kein Durchbruch, immerhin aber so etwas wie ein Teilerfolg gelungen. Zunächst einmal wird die Bedeutung des Technologietransfers anerkannt. Dann erneuern die Staaten ihre Verpflichtungen aus dem Johannesburg Plan of Implementation zu Finanzierung, Technologietransfer und Rechten an geistigem Eigentum. Allerdings waren auch die Forderungen von vor zehn Jahren eher zurückhaltend, und die Tatsache, dass man sich jetzt noch einmal auf sie beruft, spricht Bände hinsichtlich ihrer Umsetzung in der vergangenen Dekade.

Fazit

Für Nichtregierungsorganisationen und auch für Entwicklungsländer ist das Ergebnis von Rio+20 durchaus als Erfolg zu sehen. Es ist gelungen, das ungeliebte Konzept zurückzudrängen und ihm quasi die Spitze zu nehmen. Was als Tiger startete, scheint nun, zumindest zuerst einmal, als Bettvorleger gelandet.

Allerdings bietet dieser Erfolg keinen Anlass zu feiern. Denn einen Fortschritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung bedeutet das Ergebnis von Rio wiederum auch nicht. Die positive, nach vorne zeigende und den Problemen angemessene Vision, die man von einer Konferenz über nachhaltige Entwicklung zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel vielleicht hätte erwarten können, sucht man in der Abschlusserklärung von Rio 2012 ebenfalls vergeblich.

Ob der Begriff der Green Economy nun bereits an die Historiker übergeben werden kann, wird sich noch erweisen müssen. Auch wenn der Text der Abschlusserklärung von Rio+20 wenig Konkretes und schon gar keine Verpflichtungen enthält, so bleibt abzuwarten, ob interessierte Kreise aus Politik und Wirtschaft den Begriff der Green Economy nicht doch für die gesellschaftliche Debatte um eine nachhaltige Entwicklung nutzen werden. Erste Hinweise lieferte noch in Rio Bundesumweltminister Altmaier, demzufolge die Vorstellung einer Green Economy in Rio globale Anerkennung gefunden hat. Diese Interpretation mag etwas eigenwillig sein, sie mag auch nicht recht zu den Ereignissen und Diskussionen in Rio passen – aber das bedeutet nicht, dass sie sich in Deutschland nicht durchsetzen könnte. Insofern hat sich die Debatte auch für die NGOs vermutlich noch nicht erledigt.

Michael Frein

Der Autor ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

© Rainer Sturm / pixelio.de

DISKUSSIONEN ZUR AGRARTRANSFORMATION IN RIO

Ein Überblick

Auf dem Rio-Gipfel und auf dem Peoples Summit wurde eine Vielzahl konkreter Vorschläge zu einem grundlegenden Wandel der Agrarpolitik auf den Tisch gelegt. Zu konkreten, gemeinsamen Strategien aber konnten die Staaten sich nicht durchringen. Symptomatisch für diesen Mangel an Verbindlichkeit steht Ban Ki Moons »Zero Hunger Challenge« Initiative, die nur geringe Chancen auf Umsetzung hat.

VON ALLEN SEITEN ist eine tiefe Enttäuschung zu Rio+20 zu vernehmen. Nichts Verbindliches sei erreicht worden. Aber was hätte Rio+20 eigentlich leisten können? Das Hauptthema, die Green Economy, betrifft im Grunde eine Vielzahl von Sektoren, in denen ein Umbau dringend nötig wäre. Ein »großer Wurf« war schon vor Beginn der Verhandlungen unrealistisch. Möglich gewesen wären aber Verabredungen zu verbindlichen Schritten in einzelnen Sektoren – etwa bei dem Schutz der Ozeane oder dem Zugang zu Energie für arme Bevölkerungsgruppen. Ein Schlüsselbereich, über den viel diskutiert wurde, war auch die Agrarpolitik. Welche Optionen wurden dazu in Rio diskutiert, und was kam dabei heraus?

Die offiziellen Verhandlungen

Produktionswachstum durch immer höheren Einsatz von Kunstdünger und standardisierter Optimierung in der Pflanzenzüchtung führte im 19. und 20. Jahrhundert zu beeindruckenden Wachstumsraten. Jedoch auch zu einer einseitigen, kapitalintensiven Produktionsweise, die mit Arbeitsplatzverlusten, einer Konzentration von Boden und hohen ökologischen Kosten einherging: Die Landwirtschaft trägt heute zentral zu den menschlichen Treibhausgasemissionen, zu der Degradierung von Böden, zu der Zerstörung der Biodiversität und zum Süßwasserverbrauch bei. Seit Mitte der 1990er Jahre gelingt es nicht mehr, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Die Zahl hungernder Menschen ist seitdem deutlich angestiegen. Zugleich hat sich spätestens seit der Veröffentlichung des Weltagrarberichts (IAASTD) von 2008 in breiten Kreisen die Einsicht durchgesetzt, dass die Landwirtschaft zentraler Teil der Lösung von sozialer und ökologischer Krise sein kann, wenn es gelingt, mit der industriellen Logik der Landwirtschaft des 20. Jahrhunderts zu brechen. Eine Landwirtschaft, die Arbeitsplätze generiert, Bodenfruchtbarkeit fördert, eine positive Energiebilanz aufweist, Wasser ökonomisch nutzt und klimafreundlich ist, ist möglich.

Voraussetzung dafür wäre eine radikale Abkehr von der bisherigen Politik. Nicht nur eine Verstärkung der Investitionen in die Landwirtschaft ist notwendig, sondern eine Ausrichtung weg von der Agrarindustrie und hin zu bäuerlichen, lokal angepassten, ressourcenerhaltende Lösungen. Inwieweit waren die verhandelnden Staaten in Rio dazu bereit? Der EU schien in den achtzehn Verhandlungsmonaten im Vorlauf von Rio durchaus daran gelegen, Fragen des Zugangs zu natürlichen Ressourcen für Kleinproduzenten zu diskutieren. Zugleich aber setzte sie sich entschieden für eine Stärkung privatwirtschaftlicher Investitionen und öffentlich-privater Partnerschaften (PPPs) ein. Die USA machte sich ausschließlich für eine »nachhaltige Intensivierung« auf bestehenden Flächen und eine Ausweitung der Intensivbewirtschaftung auf Grünland, Savannen und Waldgebiete stark. Die G77 betonten, Landwirtschaft müsse mit Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit einher gehen, sträubten sich jedoch lange gegen die Stärkung grundlegender Menschenrechte wie des Rechts auf Nahrung. Die zivilgesellschaftliche Gruppe (»Major Group«) der Bäuerinnen und Bauern setzte sich in den Verhandlungen für einen rechte-basierten Ansatz ein und hob die Bedeutung von Ernährungssouveränität und von Partizipation in der Ausgestaltung von Agrarpolitiken hervor. Bemerkenswert ist dies deshalb, weil sich innerhalb der »Major Group Farmers« höchst unterschiedliche Gruppen von Bauernvertretern auf eine gemeinsame Positionierung einigten: Den einen Pol bildeten Vertreterinnen und Vertreter des Kleinbauernnetzwerkes La Via Campesina, die in ihrer Rio-Erklärung das industrielle Agrarmodell grundsätzlich ablehnen. Auf der anderen Seite standen Vertreter des

Bauernverbandes IFAP beziehungsweise der neu gegründeten World Farmers Organisation (WFO), die sich in erster Linie für die Belange von industriellen Großbauern, wie dem südafrikanischen Bauernverband Agri SA einsetzen.

Side Events und Peoples Summit

Offensiver als in den offiziellen Verhandlungen wurden Herausforderungen und Lösungen einer »nachhaltigen Landwirtschaft« auf einer Vielzahl von »Side Events« parallel zum Rio-Gipfel diskutiert. Staaten, vor allem aber Bauernorganisationen, NGOs und die Industrie, warben hier für ihre Ansätze. Sehr aktiv war beispielsweise SustainAGRO, eine Plattform, in der CropLife (BASF, Bayer Crop Science, Syngenta, Monsanto und andere) Veranstaltungen zu Ernährungssicherheit mit südamerikanischen Agribusiness-Verbänden organisiert.. Sie warb intensiv für den Einsatz von Gentechnik und Herbiziden in Kombination mit einer »pfluglosen« (no-tillage) Landwirtschaft als klimafreundliche Lösung. Auf einem von Misereor veranstalteten Side Event kritisierten Experten wie Miguel Altieri no-tillage als Scheinlösung, die eine Konzentration der Landwirtschaft weiter forciere und keine Lösung gegen den Verlust an Biodiversität anzubieten habe. Lösungen in eine ganz andere Richtung wurden auf einem Side Event der »More And Better Initiative« diskutiert. Hier wurden beeindruckende Beispiele vorgestellt, die zeigen, dass eine Transformation hin zu regenerativen Ansätzen in vielen Industrieländern Erträge und Einkommen nicht reduzieren und in Betrieben im Süden, die auf Regenfeldbau angewiesen sind, massiv erhöhen.

Viel grundsätzlicher wurde auf dem Parallelgipfel der Zivilgesellschaft (»Peoples Summit«) diskutiert. Eine Politik, die von oben die richtigen Lösungen fördert, und falsche Lösungen verhindert, wäre eine wichtige Voraussetzung, so Vertreter des Bauernnetzwerks ROPPA. Eine Agrartransformation aber könne nicht auf abstrakten UN-Gipfeln beschlossen werden, sondern liege in den Händen der 1,5 Milliarden ländlichen Kleinproduzentinnen und -produzenten, die konservativ geschätzt 70 Prozent der Nahrungsmittel weltweit produzieren. Aus der Perspektive nationaler und internationaler Politik blieben deren Investitionen »unsichtbar« und fänden sich in keinem Datensatz wieder. Ein Höhepunkt des Peoples Summit stellte ein zweitägiges Intensivseminar von brasilianischen Verbänden (unter anderen ANA, Contag, Fetraf) dar, das sich eingehend mit der Frage nach öffentlichen Investitionen in die Landwirtschaft beschäftigte. Hier wurde deutlich: Eine Agrartransformation wird es nur geben, wenn die sozioökomischen Bedingungen dafür gegeben sind. Erfolgsgeschichten aus dem Süden Brasiliens zeigen, dass regionale agroökologische Strukturen aufblühen können, wenn sich in den Städten breitere Bevölkerungsschichten gesunde Ernährung leisten können, wenn eine gewisse Politisierung des Konsums vorhanden ist, wenn bäuerliche Kooperativen über Verarbeitungskapazitäten von Nahrungsmitteln verfügen, wenn Forschung sich an den Bedürfnissen und Herausforderungen der lokalen Produzenten orientiert und wenn der Staat in die Infrastruktur regionaler Märkte investiert.

Ergebnisse

Was bleibt von den Agrardebatten in Rio? Vergleicht man die relevanten Paragraphen der Rio+20-Abschlusserklärung mit dem ersten Entwurf (»Zero Draft«) vom Januar dieses Jahres, so ist festzustellen, dass einige Forderungen der Zivilgesellschaft berücksichtigt wurden. Das Recht auf Nahrung wurde zwar durch die Intervention der USA in einer recht kryptischen Formulierung festgehalten, steht jedoch an zentraler Stelle. Die herausgehobene Rolle von Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten wurde deutlich benannt und die Bedeutung des Komitees für Ernährungssicherheit anerkannt. Bemerkenswert ist der Verweis auf die Bedeutung traditioneller Saatgutsysteme. Schwach ist das Ergebnisdokument dort, wo es nicht differenziert zwischen privaten und öffentlichen Investitionen, wo es eine Hervorhebung von agrarökologischen Ansätzen unterlässt, wo es zu dem Thema Preisvolatilität die schwachen Aussagen der G20 vom letzten Jahr fast wörtlich wiederholt und in der Handelsfrage bei dem Mantra, die Doha Runde müsse möglichst bald abgeschlossen werden, verharrt.

Zu Recht erklärte die Major Group Farmers in ihrer Abschlusserklärung, dass auch die schönsten Formulierungen im Abschlussdokument nicht helfen, wenn jegliche Verbindlichkeit zur Realisierung des universellen Zugangs zu angemessener Ernährung komplett fehle. Zwar lud Ban Ki Moon am letzten Tag der Konferenz gemeinsam mit UNICEF und den UN Agrarorganisationen (FAO, IFAD, WFP) zu der Initiative »Zero Hunger Challenge« ein. Die Initiative setzt sich zum Ziel, noch in dieser Generation den universellen Zugang zu angemessener Ernährung zu verwirklichen, Mangelernährung in der Schwangerschaft und in der frühen Kindheit abzuschaffen, die Landwirtschaft insgesamt nachhaltiger zu machen, die Produktivität von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu erhöhen und Lebensmittelverschwendung zu verhindern. Doch was dieser Proklamation folgt, bleibt abzuwarten, zeigt doch gerade die parallele Rio-Abschlusserklärung, dass es an jedem Commitment zu einer öffentlichen Finanzierung fehlt. Eine leidlich gute Absichtserklärung, jedoch keinerlei Verbindlichkeit – auch im Agrarbereich bot der Rio-Gipfel insgesamt zu wenig. Die regen Diskussionen auf dem Peoples Summit hingegen haben gezeigt, dass das Leitbild Ernährungssouveränität weiter an Kontur gewinnt.

Benjamin Luig

Der Autor ist Referent für Agrarpolitik bei MISEREOR.

Weiterlesen:
Webportal zur Agrartransformation: ***www.ag-transition.org***

Petition der Zivilgesellschaft zu Landwirtschaft in Rio : ***www.timetoactrio20.org***

Factsheetserie Misereors zu falschen Lösungen einer »klimasmarten« Landwirtschaft: ***http://www.misereor.de/themen/klimawandel/downloads.html***

Bei dem Peoples Summit, dem Gegengipfel zu Rio+20, trafen sich bis zu 40.000 TeilnehmerInnen von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsgruppen, um eine Alternative zu dem enttäuschenden Rio+20 Gipfel zu bieten. Die rund 500 Workshops boten eine Plattform zu Austausch und Diskussion. Mehr Informationen: ***http://cupuladospovos.org.br/en/***

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND KLIMASCHUTZ

So nah und doch so fern

Vor 20 Jahren, beim Weltgipfel in Rio 1992, wurden die Grundpfeiler für das Kyoto-Protokoll gelegt, das wiederum den sogenannten Sauberen Mechanismus zur nachhaltigen Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) geschaffen hat. Dieser Mechanismus ermöglicht gemeinsame Klimaschutz-Projekte von Industrie- und Entwicklungsländern mit dem Ziel Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Das Fazit des Weltgipfels nach 20 Jahren ist jedoch mager ausgefallen. Der einzige Lichtblick von Rio+20 ist der Beschluss Ziele zur nachhaltigen Entwicklung auszuarbeiten.

BIS JETZT WURDEN mehr als 4.000 Projekte registriert die insgesamt mehr als zwei Milliarden Tonnen CO_2 bis Ende des Jahres reduzieren sollen. Die Kritik an diesem Mechanismus hat sich bisweilen darauf konzentriert, dass viele der durch diese Projekte ausgestellten Zertifikate gar keine echten Emissionsreduktionen darstellen und somit die weltweiten Emissionen sogar erhöhen. Lokale Organisationen vor Ort kritisieren nun auch mehr und mehr, dass der CDM auch seinem Ziel der nachhaltigen Entwicklung nicht nachkommt.

Ein Großteil der Zertifkate kommt von industriellen Großprojekten, die keine sozialen oder ökologischen Vorteile und oft nachteilige Auswirkungen auf die Ärmsten haben. Erfahrungsberichte zeigen dass einige Projekte sogar zu schweren ökologischen, sozialen und menschlichen Schäden geführt haben oder gegen nationale und internationale Gesetze verstoßen. Im Blickpunkt stehen die schädlichen Auswirkungen von Projekten die das gefährliche Kühlmittelgas HFC-23 zerstören, aber auch Kohlekraftwerke die für herkömmliche Effizienzsteigerung zusätzliche Emissionszertifikate bekommen. Auch gegen Menschenrechtsverletzungen, die im direkten Zusammenhang mit CDM Projekten stehen, wurden bislang keine Schritte unternommen.

Mangel an internationalen Kriterien

Der Hauptgrund hierfür ist, dass es keine internationalen Kriterien zur nachhaltigen Entwicklung gibt. Beim CDM bestimmt jedes Land selbst, ob das jeweilige Projekt seiner Ansicht nach zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Natürlich liegt es im Interesse des jeweiligen Enticklungslandes so viele CDM-Projekte wie möglich zu sichern, denn diese bringen Investitionen mit sich. Die angewendeten Kriterien sind daher im besten Fall mickrig. Meistens genügt es schon, dass ein Projekt zu zusätzlichen Investitionen führt. Soziale Kriterien sind im Regelfall freiwillig und der Beurteilungsprozess, der durch das Gastland durchgeführt wird, ist meist oberflächlich. Der Anreiz für starke Nachhaltigkeitskriterien ist demnach äusserst gering. Dies hat dazu geführt, dass von den 4.000 registrierten Projekten kein einziges auf seinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geprüft, geschweige denn abgelehnt wurde.

Zivilgesellschaft fordert Überwachungssystem von CDM Projekten

CDM Projekte können bis zu 21 Jahre, oder im Fall von Waldprojekten sogar bis zu 60 Jahre Zertifikate erzeugen. Der CDM sieht jedoch keine Kontrolle vor, um zu überprüfen dass den vorab erklärten Vorteilen der Projekte, oder Kompensationsversprechen wie zum Beispiel Ausgleichszahlungen oder die Errichtung von Bildungsstätten, entsprochen werden. Dies führt dazu, dass wenig Anreiz besteht, Projekte den nachhaltigen Entwicklungskriterien entsprechend umzusetzen.

Zivilgesellschaftliche Gruppen in Entwicklungsländern fordern daher die Nachhaltigkeitskriterien von CDM Projekten zu stärken und ein Überwachungssystem zu schaffen, das sicherstellt dass die gegebenen Versprechen eingehalten werden und negativen Auswirkungen entgegengearbeitet wird. Vor allem sollen CDM Projekte dafür sorgen, dass die eigentlichen Vorteile der Projekte der lokalen Zivilgesellschaft zu Gute kommen und dass diese in den Prozessen und Überwachungssytemen während der Umsetzung von CDM Projekten einbezogen werden.

Fazit von Rio+20: Ziele zur nachhaltigen Entwicklung

Die Erfahrung des CDM wurde auf der Konferenz in Rio+20 jedoch nur mager dokumentiert. Obwohl einige Schilder darauf hinwiesen, dass die Emissionen für die Organisation der Konferenz mit brasilianischen CDM Zertifkaten reduziert wurden, gab es keine Angaben über die nachhaltige Entwicklung dieser Projekte. Brasilien ist für seine Mega-Wasserkraftwerke bekannt. Diese breiten sich zu Dutzenden auf dem Amazonas und umliegenden Gebieten aus und haben schwerwiegende Umweltfolgen und soziale Auswirkungen, und sind also ein schlechtes Beispiel für CDM Projekte mit nachhaltger Wirkung.

Obwohl es an vielen Ecken mangelte, wurde in Rio+20 beschlossen, dass Ziele zur nachhaltigen Entwicklung ausgearbeitet werden sollen. In der gegenwärtigen politischen Situation sind gut ausgearbeitete Ziele wohl die einzige Chance um den Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung von CDM Projekten zu erhöhen.

Eva Maria Filzmoser

Die Autorin ist Projektkoordinatorin von CDM Watch beim Forum Umwelt und Entwicklung.

TOWARDS ZERO NET LAND DEGRADATION

Sustainable Development Goals und die Forderung der UNCCD nach nachhaltiger Landnutzung

Ende April lud Luc Gnacadja, Generalsekretär der United Nations Convention to Combat Desertification (UNCCD) die Umwelt- und Entwicklungsverbände ein, über nachhaltige Landnutzung und die Erhaltung der Böden als unsere Lebensgrundlage (vgl. land degradation) sowie möglicher Ergebnisse des Rio+20-Gipfels zu diskutieren. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch Hoffnung, dass der Gipfel zumindest bei den globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) zu konkreten Ergebnissen kommen würde.

DIE WICHTIGSTE Forderung der UNCCD bestand und besteht weiterhin darin, dass im Rahmen der SDG die nachhaltige Landnutzung als Voraussetzung zur Sicherung unserer zukünftigen Lebensgrundlagen einschließlich Wasserversorgung, Lebensmittelproduktion und Energiegewinnung festgeschrieben wird. Verstärkter Flächenbedarf von Seiten der Land- und Forstwirtschaft, Energieproduktion sowie ein Anwachsen der Städte stellen eine wachsende Bedrohung der nutzbaren Bodenflächen dar. Einige Beispiele für von der UNCCD genannte Zahlen: Mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen, die zuvor als mäßig degradiert eingestuft wurden gelten nun als ernsthaft verschlechtert; pro Jahr verschwinden 75 Milliarden Tonnen fruchtbare Erde und etwa 27.000 Arten aufgrund zunehmender Degradierung der Böden.

Armutsbekämpfung mithilfe guter Böden

Insbesondere hinsichtlich des Ziels der Armutsbekämpfung ist die Erhaltung der Böden entscheidend: Die Mehrzahl der Armen leben in ländlichen Gebieten und ihre Haupteinnahmequelle ist die Landwirtschaft. So wie nachhaltige Landnutzung entscheidend für das Erreichen der Millenniumziele (Millennium Development Goals, MDGs) war und ist, muss aus Sicht der UNCCD nachhaltige Landnutzung auch ein zentraler Aspekt der SDGs werden, ohne den die Ziele in den Bereichen Klimawandel, Schutz der Biodiversität, Waldschutz und Armutsbekämpfung unerreichbar bleiben werden.

Das Ziel einer Zero Net Land Degradation für alle und durch alle bis 2030 soll für landwirtschaftliche Flächen und Wälder erreicht werden. Darüber hinaus sollen bis 2020 Maßnahmen zur Dürrebekämpfung beziehungsweise zur Versorgung in allen bedrohten Regionen umgesetzt werden.

Bodenlose Enttäuschung in Rio

Nach dem Gipfel in Rio ist nicht nur bei den NGOs Ernüchterung eingekehrt – und das trotz der niedrig gehängten Erwartungen der Experten im Vorfeld. Angekündigt als der größte Gipfel aller Zeiten wurde der Rio+20-Gipfel, zur Prestigeveranstaltung der brasilianischen Regierung. Wichtigen inhaltlichen Themen wie zum Beispiel der Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen (vgl. fuel subsidies) oder der Schutz der Ozeane (vgl. High Seas protection) gerieten dabei völlig in den Hintergrund. Alles entscheidend war, dass Brasilien im zuvor festgelegten Zeitplan ein abgestimmtes Ergebnis haben wollte – ob dieses Ergebnis das bestmögliche war, das in der gegenwärtigen politischen Gemengelage zu erzielen war oder gar den Herausforderungen der zuvor vielfach beschworenen Krisenlagen sowohl im Umwelt- oder Wirtschaftsbereich wie auch im Bereich Armutsbekämpfung entsprach, war völlig irrelevant.

Die UNCCD zeigt sich über die Bekundung der Gipfelteilnehmer, sich in Zukunft für eine »land-degradation neutral world« einzusetzen und der Bekräftigung der bereits unter der UNCCD beschlossenen koordinierten Aktionen gegen land degradation und zur Wiederherstellung von bereits degradierten Flächen einigermaßen zufrieden.

Einige der wenigen Ergebnisse des Gipfels neben einer Aufwertung der UNEP und der Einrichtung eines High Level Forums on Sustainable Development, die (noch) Anlass zur Hoffnung geben, ist die Tatsache, dass ein Prozess zur Aushandlung der SDGs im Text verblieben ist. So soll eine Arbeitsgruppe aus RegierungsvertreterInnen bis Herbst 2013 Vorschläge für künftige SDGs erarbeiten. Die EU konnte sich mit ihren Vorschlägen einer Benennung der Themenfelder für SDGs oder gar der konkreteren Ausgestaltung der SDGs nicht durchsetzen. Das heißt nicht nur an dieser Stelle bleibt noch viel zu tun.

Claudia Kabel

Die Autorin koordiniert das Projekt »Auf dem Weg nach Rio+20: eine zivilgesellschaftliche Begleitung mit besonderem Schwerpunkt auf Green Development, Low Carbon Development und biologische Vielfalt« beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Hintergrundinformationen:

Wagaki Mwangi, UNCCD, wmwangi@unccd.int
UNCCD Policy Brief »Zero Net Land Degradation«: ***http://www.unccd.int/Lists/SiteDocumentLibrary/Rio+20/UNCCD_PolicyBrief_ZeroNetLandDegradation.pdf***

und die Kurzzusammenfassung: ***http://www.unccd.int/Lists/SiteDocumentLibrary/Rio+20/ZNLD%20Summary%20final.pdf***

Die UNCCD zu den Ergebnissen des Rio-Gipfels: ***http://www.unccd.int/en/media-center/MediaNews/Pages/highlightdetail.aspx?HighlightID=108***

Das Abschlussdokument des Rio-Gipfels 2012: ***http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html***

ENERGIEWENDE – ALLES KLAR?

Impulse vom 3. Alternativen Energiegipfel der klima-allianz deutschland

Beim 3. Alternativen Energiegipfel am 24. April in Berlin zeigten Expertinnen und Experten aus Umweltorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaft, Politik, Kirchen und Gewerkschaften den Weg zu einer erfolgreichen Energiewende auf.

DER TERMIN HÄTTE passender nicht sein können: Einen Tag nach dem Energiegipfel der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten im Kanzleramt, wenige Tage nach der Ernennung eines neuen Umweltministers war die Energiewende wieder in aller Munde. Die Kanzlerin erklärt sie zur Chefsache, der neue Umweltminister zu seiner größten politischen Herausforderung und in den Medien steigt die Angst vor untragbaren Kosten.

Das Eingangsstatement klingt nach: Holger Bartels, IG Bauen – Agrar – Umwelt (BAU) fordert nicht nur das Zusammenbringen von sozialen und ökologischen Interessen, sondern: Dass wir Bilder und Geschichten brauchen von einer guten Energiewende. Geschichten, die überzeugen, mitnehmen, Lust machen – auf die Gestaltung dieser unzweifelhaft komplexen Zukunft.

Das Votum der Teilnehmenden beim Eingangspodium war eindeutig. So viel den Tag über die Detailfragen gerungen werden sollte: Ein großer Teil des Saales sah die Energiewende mehr als Lust, denn als Last.

Gute Geschichten leben nicht von der Einigkeit, sondern dem Konflikt. Einige waren schnell deutlich: Ulf Gehrckens vom Kupferhersteller Aurubis verteidigte mit Elan die Ausnahmeregelungen der Wirtschaft in Bezug auf die Kosten der Energiewende. Schlaflose Nächte bereite ihm allerdings die Angst vor Blackouts. Die bösen Buben der Energiewende waren damit klar skizziert: Hohe Kosten, Planungsunsicherheiten, Stromschwankungen und die Notwendigkeit im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Und dann ist da noch der unverständige Bürger, der für Erneuerbare Energien und gegen die Stromtrasse durch sein Dorf protestiere.

Wer sind die bösen Buben der Energiewende?

Dirk Jansen, BUND Nordrhein-Westfalen hielt dagegen: Diesen Bürger habe er noch nicht getroffen. Und das Gejammere der energieintensiven Unternehmen über die hohen Kosten sei unredlich, wo gerade diese doch auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger von den Umlagen befreit seien. Sind die bösen Buben der Energiewende also doch in der Wirtschaft zu suchen?

Konkreter, konstruktiver, aber nicht konfliktärmer wurde es dann in den Workshops zu Strom, Mobilität und Gebäudesanierung:

Wie gelingt der Weg zu den Erneuerbaren und welchen ergänzenden Kraftwerkspark braucht es? Wie kann es gelingen nach der Verbannung der Atomkraft auch die hässlichen Stiefschwestern, Stein- und Braunkohle aus dem in Grundrenovierung befindlichen Haus herauszuhalten?

Zugleich: Mit welchem Mobilitätskonzept stellen wir uns die Zukunft vor? Welche Rolle spielen individuelle und öffentliche Verkehrsmittel? Welche Ansätze gibt es für den Luftverkehr? Und kann die Elektromobilität zum rettenden Prinzen werden?

Und dann war da noch das hässliche Entlein, die Gebäudeeffizienz: Was oder wer steht der von allen erwünschten Entwicklung zu energiesparenden Häusern eigentlich im Weg? Welche Finanzierungsinstrumente können die kurzfristig höheren nötigen Investitionsmittel zur Verfügung stellen?

Die Abschlussdebatte mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern zeigte deutlich: Während einige gern noch länger am Masterplan basteln wollen (Frank Schwabe MdB, SPD), andere zwar für die Energiewende sind, aber keinesfalls auf die unökologische Dienstwagensubventionierung ihres Mercedes verzichten wollen (Georg Nüsslein MdB, CSU), bieten sich andere gleich als tatkräftige Energieministerin (Ingrid Nestle MdB, Bündnis 90/Die Grünen) an.

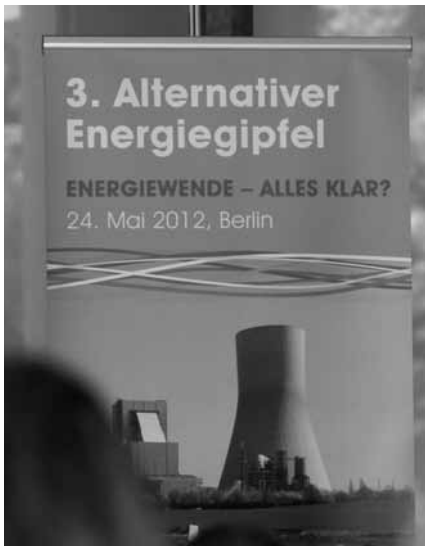
Statt einer Moral ein Fazit:

Trotz aller Debatten und Angstmacherei vor den Kosten: Die Energiewende findet bereits statt und sie wird breit, vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern, getragen. Sie wird sich mittelfristig auch ökonomisch auszahlen. Bis dahin müssen jedoch nicht nur die Privathaushalte, sondern auch die Unternehmen an den Kosten beteiligt werden. Und wir brauchen dringend verbindliche Ziele und Maßnahmen für Verkehr und Sanierung.

Noch ist die Energiewende eine Geschichte mit Open End, aber einem, das den meisten Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern offensichtlich Lust macht, an ihr mitzutun. Und, sie ist längst kein Märchen einiger Ökospinner mehr, sondern wird, quer zum politischem Hintergrund ernst genommen und angegangen. Das reicht nicht für ein gutes Ende, aber hoffentlich für einen guten Anfang.

Julia Junge

Die Autorin ist Leiterin der Geschäftsstelle der klima-allianz deutschland. In ihr engagieren sich mehr als 110 Organisationen aus Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit, Jugendarbeit und Bildung sowie Kirchen und Gewerkschaften für die Überwindung von Blockaden beim Klimaschutz.



© www.ideengruen.de / Markus Pichelmaier

NEUES INSTRUMENT GEGEN LANDRAUB

Ausschuss für Welternährungssicherung beschließt Leitlinien für die Verwaltung von Zugangsrechten zu natürlichen Ressourcen

ANFANG MAI NAHM der Ausschuss für Welternährungssicherung (CFS) einstimmig die »Freiwilligen Leitlinien für die Verantwortliche Verwaltung von Land- und Bodennutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern« an. Vor dem Hintergrund der aktuellen Tendenz der fortschreitenden Privatisierung von Land und anderer natürlichen Ressourcen sind die Leitlinien ein wichtiges Instrument zum Schutz der Rechte von Bauern, Fischern, Hirtenvölkern, indigener Gemeinden und anderer benachteiligter Gruppen.

Die Leitlinien für die Verwaltung von Land- und Bodennutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern enthalten Empfehlungen für Regierungen, wie sie den Zugang zu natürlichen Ressourcen ausgestalten sollten, um Ernährungssicherheit für benachteiligte Gruppen zu erreichen und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen. Das Dokument ist in sieben Teile gegliedert und enthält Empfehlungen zu allgemeinen Prinzipien verantwortlicher Verwaltung von Zugangsrechten, zu Rechten und rechtlichen Rahmenbedingungen im Kontext von natürlichen Ressourcen, zum Transfer von Rechten, der Verwaltung von Nutzungs- und Zugangsrechten, Antworten auf den Klimawandel und Konflikte sowie zur Umsetzung und zum Monitoring.

Ergebnis eines langen Konsultations- und Verhandlungsprozesses

Die Leitlinien sind das Ergebnis eines dreijährigen Prozesses unter Federführung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO). Neben Regierungen waren Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors an einem partizipativen Prozess beteiligt, der regionale Konsultationen auf allen Kontinenten und insgesamt vier Verhandlungsrunden von Juni 2011 bis März 2012 umfasste. Vertreter von Organisationen von Bauern, Fischern, Nomaden, indigener Gemeinden und anderer benachteiligter Gruppen nahmen über den gesamten Zeitraum an den Verhandlungen und Diskussionen teil und sorgten dafür, dass ihre Lebenswirklichkeit und Probleme in die Verhandlungen Eingang fanden.

© FIAN

Teil der Delegation der Zivilgesellschaft bei der letzten Verhandlungsrunde im März 2012

Für die Zivilgesellschaft war der Prozess der Erarbeitung der Leitlinien auch die Fortführung des seit zwanzig Jahren währenden Kampfes für einen sicheren und diskriminierungsfreien Zugang zu natürlichen Ressourcen. Er knüpfte dabei insbesondere an die Internationale Konferenz für Agrarreform und Ländliche Entwicklung (ICARRD) dar. Außerdem baute der Prozess auf der Erfahrung der Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung auf.

Ein wichtiger Schritt vorwärts

Es liegt in der Natur eines solchen Prozesses, dass das Ergebnis einen Kompromiss darstellt. Die Leitlinien sind daher der Ausdruck einer Dynamik der Verhandlungen, bei denen die Zivilgesellschaft vieles erreichen konnte, manches jedoch auch im Vagen blieb. So greifen die Leitlinien an manchen Stellen zu kurz: Der Zugang zu Wasser etwa wurde aus den Verhandlungen ausgeklammert, ebenso wie die Frage der Ressourcennutzung. Ein entscheidender Schwachpunkt ist außerdem die Tatsache, dass die Leitlinien kein Verbot großflächiger Landtransaktionen (sprich: Land Grabbing) enthalten.

Dennoch sind die Leitlinien ein wichtiger Schritt, um die Rechte an Ressourcen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten. Auch wenn das Kapitel zu Investitionen, wie gesagt, kein Verbot von Land Grabbing beinhaltet, sieht das Dokument eine ganze Zahl an Schutzmaßnahmen für die Rechte der lokalen Bevölkerung vor. Darüber hinaus werden die Regierungen angehalten Alternativen, die nicht einem massiven Transfer von Zugangs- und Nutzungsrechten nach sich ziehen, vorzuziehen und kleinbäuerliche Landwirtschaft und Kleinfischerei zu fördern.

Auch wenn das Prinzip der freien vorherigen informierten Zustimmung (FPIC) nicht über indigene Gemeinden hinaus auf weitere Gruppen ausgeweitet werden konnte, setzen die Leitlinien im Bezug auf Konsultationen und Partizipation einen internationalen Standard dafür, wie Betroffene in Entscheidungen eingebunden wer-

den müssen. Darüber hinaus stärken die Leitlinien die Zugangs- und Nutzungsrechte von Frauen und erkennen gewohnheitsmäßige und informelle Rechte an. Gerade im Kontext von Land Grabbing ist es wichtig, dass die Verpflichtung privater Investoren, die Menschenrechte der lokalen Bevölkerung zu achten unterstrichen wird, und die extraterritorialen Pflichten von Staaten anerkannt werden. Damit wird betont, dass nicht nur die Regierungen der Zielländer von Investitionsprojekten für die Achtung der Menschenrechte verantwortlich sind, sondern auch die Länder, in denen die Investoren ihren Sitz haben.

Umsetzung ist entscheidend

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme zur Annahme der Leitlinien unterstreichen die Organisationen der Zivilgesellschaft, die am gesamten Prozess beteiligt waren, dass diese trotz mancher Schwachpunkte ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem besseren Schutz der Rechte der Nahrungsmittelproduzenten sind. Die größte und wichtigste Herausforderung ist es nun, die Dinge vor Ort nachhaltig zum Besseren zu verändern. Verletzungen des Rechts auf Nahrung und anderer Menschenrechte durch den Verlust des Zugangs zu natürlichen Ressourcen nehmen in vielen Ländern dramatisch zu. Damit die Leitlinien hier ein starkes Instrument sein können, ist Druck und Koordination seitens der Zivilgesellschaft notwendig. Dafür ist es notwendig, dass sich mehr Organisationen mit den Leitlinien vertraut machen, sich für eine progressive Interpretation gemäß der anerkannten menschenrechtlichen Standards im Bezug auf natürliche Ressourcen einsetzen und eine konsequente Umsetzung der Länder einfordern. Regierungen in Nord und Süd, Investoren sowie nationale und internationale Geberinstitutionen müssen sich in Zukunft an den Leitlinien messen lassen.

In einem ersten Schritt haben Mitgliedsorganisationen der AG Landwirtschaft des Forums Umwelt und Entwicklung am 6. Juni einen Kongress zum Thema organisiert. Bei der sehr gut besuchten Veranstaltung wurde über die Bedeutung der Leitlinien informiert und außerdem nächste Schritte der Zivilgesellschaft diskutiert, damit die Leitlinien ihre Wirkung entfalten können. In Kürze wird zudem eine Publikation erscheinen, die sich mit den Leitlinien und deren Umsetzung beschäftigt. Diese finden Sie online auf der Website des Forums Umwelt und Entwicklung.

Die Leitlinien für die Verantwortliche Verwaltung von Land- und Bodennutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern sind auf der Homepage der FAO verfügbar: http://www.fao.org/nr/tenure/voluntary-guidelines/en/

Philip Seufert

Der Autor arbeitet bei FIAN International zum Thema Zugang zu natürlichen Ressourcen.

RICHARD RICKELMANN: TÖDLICHE ERNTE

Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet

RICHARD RICKELMANN schafft es in seinem Buch »Tödliche Ernte – Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet« den Bogen zu schlagen von den deutschen Milchbauern, die unter den Dumping-Milchpreisen der Großagrarier leiden, über Bananenbauern in Ecuador, die von der Chemie deutscher Konzerne vergiftet werden, zu der ungeheuerlichen Lebensmittelverschwendung, Tierquälerei in Mastbetrieben und steigenden Lebensmittelpreisen.

Der Autor schrieb lange Zeit für den Spiegel und den stern und deckte dort unter anderem die Lopez-Affäre bei VW auf.

In seinem aktuellen Werk hat er die mafiösen Strukturen in der Agrar- und Lebensmittelindustrie offengelegt und prangert die hohen Summen an, die aus den Staatskassen an sie gehen. Er rät dazu Subventionen künftig an ökologische und soziale sowie an Kriterien des Tierschutzes zu koppeln und in kleinbäuerliche Produktion zu investieren.

»Mehr Masse um jeden Preis« scheint der Leitspruch der beschriebenen Agrarindustrie zu sein. Als Antwort auf die im Buch aufgezeigten Probleme benennt Rickelmann die sogenannte Agrarwende«, eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft und der Hinwendung zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und damit auch unseren Lebensmitteln. Die Agrarindustrien des Nordens, so der Autor, haben die Hungerkrisen auf unserem Planeten wesentlich verursacht und verschlimmert. »Bauernhöfe statt Agrarindustrie« verlangt die Kampagne »Meine Landwirtschaft«, die von Organisationen und Initiativen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen getragen wird, die sich mit Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt, Naturschutz, Tierschutz, Verbraucherschutz, Gesundheit, regionaler und internationaler Entwicklung befassen. Dieser Forderung schließt sich Rickelmann in seinem Buch an.

Rezensiert von Alessa Hartmann, Forum Umwelt und Entwicklung.

Richard Rickelmann: Tödliche Ernte: Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet. Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2012. ISBN 978-3-430-20125-4. 320 Seiten, 18 €.

© Ursula Gröhn-Wittern

Unkraut

DER LACK IST AB

Das Herbizid Glyphosat bedroht Gesundheit, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität

DER WIRKSTOFF Glyphosat, vor allem bekannt als Round-Up, Clinic, Touchdown oder Vorox ist wohl doch nicht so ungefährlich wie lange angenommen oder behauptet. Die Hinweise mehren sich, dass der Wirkstoff und die Hilfsstoffe, so genannte Tallowamine, in vielerlei Hinsicht bedenklicher sind als bisher allgemein bekannt.

Bei der Beurteilung von Glyphosat gibt es verschiedene Indizien auf negative Effekte auf die Mikroorganismen im Boden und auf die Pflanzengesundheit, sowie auf die Fähigkeit von Pflanzen Mikronährstoffe aufzunehmen. Es finden sich bedenkliche Rückstände in Futtermitteln und Lebensmitteln.

Dass sich die Agrarchemieindustrie mit dem Argument kritische Studien seien nicht wissenschaftlich oder nicht übertragbar wehrt, überrascht nicht, denn Glyphosat ist das am häufigsten verwendete Herbizid der Welt. Es ist unschlagbar billig, einfach anzuwenden und hat einen weltweiten Markt. Alle großen Agrarchemiekonzerne stellen es her, allen voran Monsanto und Bayer. Große Mengen kommen inzwischen aus China.

5.000 Tonnen Wirkstoff werden allein in Deutschland jedes Jahr davon versprüht. In acht von zehn Rapsfeldern kommt es zum Einsatz, in 20 bis 65 Prozent aller Wintergetreide und 30 Prozent aller Körnermais- und Zuckerrübenfelder. Vor der Kartoffelernte wird das Kartoffelkraut häufig damit totgespritzt um die Ernte zu erleichtern, aber auch im Obstbau oder in der Forstwirtschaft kommt Glyphosat zum Einsatz. Langfristig ist der Verbrauch von Pestiziden in Deutschland konstant geblieben, nur das bequeme Totalherbizid legte in den vergangenen zehn Jahren um über ein Drittel zu. Bei diesen gigantischen Mengen sollte man sich schon sehr sicher sein, dass alles sicher ist. Sollte sich aber herausstellen, dass auch nur ein Bruchteil der Gefahren existiert, wäre ein komplettes Umdenken im weltweiten Ackerbau unerlässlich und zwar sehr schnell. Das käme einer Revolution gleich, schon deshalb ist der Widerstand gegen eine größere Einschränkung des Einsatzes sehr groß. Die wirtschaftlichen Interessen sind gewaltig.

Chemie auf dem Teller

Nicht nur die Anwender leiden, auch Menschen und Tiere in der Umgebung der riesigen Mais- und Sojafelder, die (teilweise aus dem Flugzeug) besprüht werden, sind betroffen. Sie können sich kaum wehren. Landwirte, die Spritzmittel handhaben, verlassen sich auf die Angaben der Zulassungsbehörden. Sie könnten noch als Erste anfangen kritische Fragen zu stellen, zumindest in Europa.

Ob in ihrem Körper Rückstände zu finden sind, werden sie in der Regel nicht erfahren. Auch wir KonsumentInnen sollten uns nicht in Sicherheit wiegen, denn das mit Glyphosat gespritzte Soja, Mais oder Raps fressen unsere Nutztiere und ihr Fleisch landet auf unseren Tellern.

Übrigens gibt es das Mittel in jedem Gartencenter zu kaufen.

Die Hauptmenge der Pestizide wird in der Erzeugung von Nahrung für Mensch und Tier verbraucht. Da ist die Agrar- und Verbraucherpolitik gefragt. Die Interessen der Agrarchemieunternehmen dürfen nicht vor den Interessen der Menschen und der Umwelt in Nord und Süd stehen.

Neubeurteilung durch das BVL

Bis Ende Mai besteht die Chance einer Neubeurteilung des Mittels durch das BVL (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit). Verbände und Einzelpersonen können Informationen, »hinsichtlich der möglicherweise gefährlichen Auswirkungen des Wirkstoffs oder seiner Rückstände auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder auf die Umwelt« mitteilen (200@bvl.bund.de). Rechtliche Grundlage hierfür ist die EU VERORDNUNG (EU) Nr. 1141/2010. Die Frist hierfür läuft Ende Mai ab. Die Verordnung schreibt nicht die Art der Information vor, das heißt es geht nicht nur um »peer-reviewed studies«.

Glyphosat steht exemplarisch für eine Landwirtschaft, die abhängig ist von fossilen Rohstoffen und nicht in Kreisläufen denkt. Dies kann nicht zukunftsfähig und nachhaltig sein. Das Ziel einer modernen Landwirtschaft muss es sein, eine Wirtschaftsweise zu entwickeln die Mittel wie Glyphosat nicht braucht. Sind doch Pestizide letztendlich zum Töten geschaffen.

Ursula Gröhn-Wittern

Die Autorin ist Diplom-Agraringenieurin und Referentin der Agrar Koordination.

Mehrere Artikel zum Thema erschienen als Agrar Info 181.

AUF ZUM GOOD FOOD MARCH NACH BRÜSSEL!

Kampagne »Meine Landwirtschaft« goes Europe

Gemeinsam mit zahlreichen europäischen PartnerInnen organisiert die Kampagne »Meine Landwirtschaft« diesen Sommer einen Good Food March quer durch Europa nach Brüssel: für faire Preise für Landwirte und Konsumenten, für umweltfreundliche Landwirtschaft, für Ernährungssouveränität, für bäuerliche Landwirtschaft und gutes Essen weltweit. Abschluss ist am 19. September 2012 vor dem EU-Parlament.

DIE KAMPAGNE »MEINE Landwirtschaft« blickt auf eine aktionsreiche erste Jahreshälfte zurück: den Anfang machte die große »Wir haben es satt!«-Demo im Januar bei der 23.000 Menschen eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik forderten, es folgten die »Bauernhöfe statt Agrarindustrie«-Demo in Kiel, eine Trecker-Demonstration mit über 170 Schleppern zur Agrarministerkonferenz in Konstanz und die Speakers Tour »Wachsen oder Weichen – Auslaufmodell industrielle Landwirtschaft?« mit Bäuerinnen und Bauern von drei verschiedenen Kontinenten.

Anlass war die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP), die in diesem Herbst in die nächste Phase geht und Anfang 2014 in Kraft treten soll. In den vergangenen 50 Jahren – solange gibt es die GAP bereits – wurden Steuergelder dafür genutzt, die industrielle Nahrungsmittelproduktion und die Agrarindustrie zu subventionieren. Diese Form der Landwirtschaft bedroht jedoch die Existenz der Bäuerinnen und Bauern in Nord und Süd. Sie verursacht Nahrungsmittelknappheit auf der einen und Berge von Nahrungsmüll auf der anderen Seite. Die Agrarindustrie benötigt ein Übermaß an Düngemitteln, Pestiziden und fossilen Brennstoffen und zerstört damit unsere Umwelt. Sie ist abhängig von importiertem Soja als Futtermittel, ignoriert die artgerechte Tierhaltung, verschärft den Klimawandel und führt zur Verödung des ländlichen Raums. Im Oktober 2011 legte die EU-Kommission unter Agrarkommissar Dacian Cioloş Vorschläge für eine ökologischere und sozialere Landwirtschaft vor. Diese Ansätze möchten wir unterstützen und unseren Protest gegen die Agrarindustrie weiter zum Ausdruck bringen – in Deutschland und europaweit!

Deswegen heißt es diesen Sommer: Auf zum Good Food March nach Brüssel!

Gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern aus zahlreichen europäischen Ländern fordern wir eine GAP, die gesunde Lebensmittel und eine faire und soziale Landwirtschaft sicherstellt.

Die deutsche Route startet am 25. August 2012 in München. BäuerInnen, BürgerInnen und Jugendliche machen sich auf den Weg nach Brüssel – zu Fuß, mit Fahrrädern und Traktoren. Unterwegs wird es Veranstaltungen und Aktionen geben, die Abschlusskundgebung findet am 19. September 2012 in Brüssel statt.

Gemeinsam setzen wir uns ein für eine GAP, die:

- sichere, stabile und kostendeckende Preise für unsere BäuerInnen und faire Preise für die VerbraucherInnen bietet;
- unser natürliches, kulturelles und kulinarisches Erbe schützt;
- bäuerliche Familienbetriebe, ob jung oder alt, unterstützt. Wir dürfen keinen Bauernhof mehr verlieren!
- Subventionen direkt an soziale, ökologische und Tierhaltungskriterien bindet. Öffentliche Gelder für öffentliche Güter!
- Eine nachhaltigere Landwirtschaft und agro-ökologische Anbaumethoden fördert;
- die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen stärkt;
- den Anbau von lokalen Eiweißfutterpflanzen garantiert anstatt Soja zu importieren;
- für mehr Gleichheit zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten sorgt;
- zu Ernährungssouveränität führt;
- internationale Verantwortung übernimmt und dafür sorgt, dass sowohl die Länder Europas als auch des Südens sich besser selbst versorgen können;
- die Nahrungsmittelspekulation ablehnt und den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse unter deren Herstellungskosten beendet.

Alle, die diese Ziele unterstützen wollen sind herzlich eingeladen sich dem Good Food March anzuschließen – für einen Tag oder einige Kilometer, für ein paar Etappen oder die ganze Strecke.

Macht Euch mit uns auf den Weg nach Brüssel für eine bessere Landwirtschaftspolitik!

Iris Kiefer

Die Autorin koordinierte die Demo »Wir haben es satt!« und ist nun für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne »Meine Landwirtschaft« verantwortlich.

Weitere Informationen zum Good Food March unter ***www.goodfoodmarch.eu*** und speziell zur deutschen Route unter ***www.meine-landwirtschaft.de*** oder bei Regine Holloh, Tel. 030 - 28 48 24 37.

© World Vision / Silvia Holten

Bauer Thomas beim Beschneiden von Bäumen

WALD BEDEUTET LEBEN

Den Hunger besiegen mit neuen Methoden der Landwirtschaft

DER KLIMAWANDEL WIRD in Afrika besonders hart zuschlagen, auch wenn die Menschen auf unserem Nachbarkontinent am wenigsten dazu beigetragen haben. Schon heute dreht sich der Zyklus aus Hunger- und Dürrekatastrophen immer schneller. Waren Hungernöte früher nach etwa zehn Jahren die Regel, so haben sich heute die Abstände auf zwei bis drei Jahre reduziert. Eine Regeneration von Mensch und Natur ist daher kaum möglich. Umso wichtiger wird Prävention. Ein Mittel sind neue Methoden der Agrarwirtschaft, wie zum Beispiel FMNR (farmer managed natural regeneration).

»Wald bedeutet Leben«, sagt Bauer Thomas Hera. Er lebt in der Region Humbo, etwa sechs Stunden Autofahrt südwestlich der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Vor sechs Jahren war Thomas noch anderer Meinung. Der nahe gelegene Wald wurde von ihm, seinen Nachbarn und den Generationen vor ihm bis auf den letzten Halm abgeholzt. Sobald auch nur der kleinste Trieb aus dem Boden ragte, kam jemand, um es für Feuerholz abzuschneiden. Irgendwann war der ganze Berg kahl und nur noch mit rotem Sand, Geröll und Felsen bedeckt. Die wilden Tiere und Vögel waren in andere, fruchtbarere Regionen geflüchtet. Wenn es in Strömen regnete, rutschten der Sand, das Geröll und sogar große Felsen auf die Äcker, die unten am Berg lagen und zerstörten oft die Ernte. Regelmäßige Hungersnöte waren die Folge.

Die internationale Kinderhilfsorganisation World Vision war bereits seit vielen Jahren in der Region tätig und die Mitarbeiter vor Ort waren zunehmend verzweifelt über die ständig wiederkehrenden Hungersnöte und baten Tony Rinaudo, Agrar- und Wiederaufforstungs-Experte bei World Vision um Hilfe.

Unterirdische Wälder als Grundstock für Wiederaufforstung

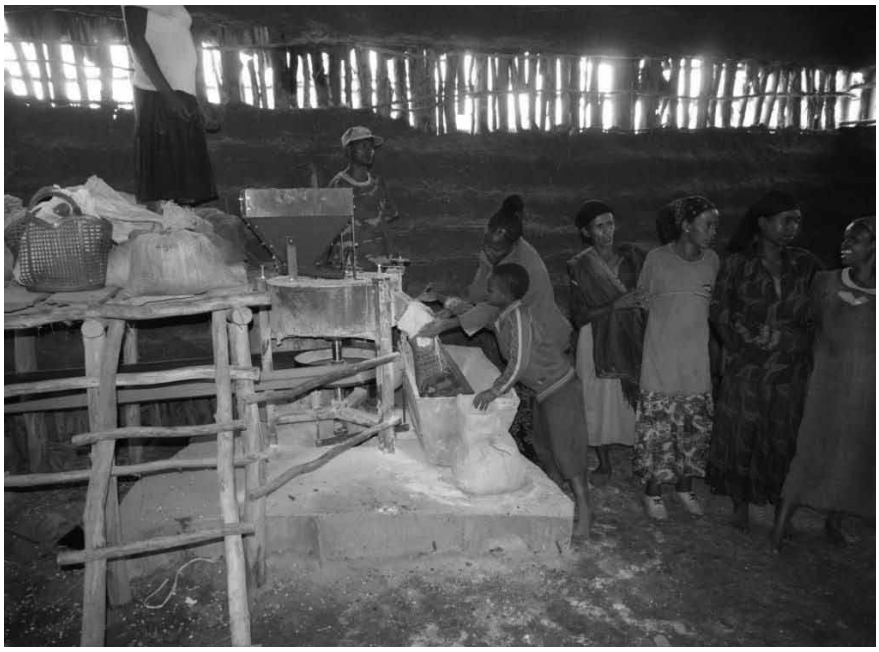
Tony war in den achtziger Jahren nach Niger geschickt worden, um dort Wiederaufforstung zu betreiben. Damals litt das Land in West-Afrika unter zunehmender Wüstenbildung und Tony war zutiefst erschrocken, als er Niger näher erforschte. Der kleinste Lufthauch verursachte einen Sandsturm. Tony wusste sich zunächst keinen Rat. Alles probierte er aus, Tausende Bäume wurden neu angepflanzt, aber 80 Prozent von ihnen vertrockneten. Als er eines Tages wieder mit seinem Auto unterwegs war, blieb er im Wüstensand stecken und bemerkte zufällig einige kleine Büsche in der Nähe. Er sah sich die Blätter näher an und stellte fest, dass es sich bei dem Strauch um einen kleinen Baum handelte. Er bemerkte, dass sich unter der Erde ein riesiges Wurzelwerk befand, dass offenbar noch intakt war. Was wäre, wenn sich unter der Erde ein ganzer Wald befände, überlegte Tony. Die Idee von FMNR (farmer managed natural regeneration) war geboren. Tony konnte einige wenige Bauern überzeugen, versuchsweise auf ihren Äckern einige Bäume stehen zu lassen und ein Gebiet abzusperren, um dort gezielt Triebe wachsen zu lassen. Schon nach einem Jahr waren erste Erfolge sichtbar. Nach weiteren zwei bis drei Jahren waren durch gezielte Pflege und Beschneidung der Büsche kleine Bäume geworden. Heute ernten Bauern, die die FMNR-Methode anwenden, manchmal bis zu 50 Prozent mehr als ihre Kollegen, die nach der alten Methode Landwirtschaft betreiben.

Misstrauische Bauern mussten überzeugt werden

Mit diesem Wissen reiste Tony ins Humbo-Tal nach Süd-Äthiopien und unterrichtete zunächst die World Vision Mitarbeiter in der FMNR-Methode. Auch die Regionalregierung wurde involviert. Nach anfänglicher Skepsis war man bereit, einen Versuch zu unternehmen. Doch die größte Hürde musste noch genommen werden. Die Bauern, die in den Dürreregionen lebten, mussten überzeugt werden. Hailu Teferu, der damals für Humbo

© Ursula Gröhn-Wittern

Frauen und Kinder holen Brennholz und Futter für die Tiere aus dem neuen Wald



© World Vision / Silvia Holten

Von den Geldern, die aus dem Emissionshandel gezahlt wurden, baute sich die Gemeinde eine Mühle

als World Vision Projektmanager verantwortlich war, ging von Dorf zu Dorf und erklärte die Methode. Überall stieß er auf großes Misstrauen. »Die Bauern beschimpften mich und jagten mich aus dem Dorf«, erklärt Hailu. »Niemand glaubte mir. Viele Bauern dachten, man wolle ihnen ihr Land abnehmen und an internationale Investoren verkaufen.« Hailu redete wieder und wieder mit Politikern, mit Ältesten und anderen einflussreichen Meinungsführern. Im Jahr 2007 sperrten die World Vision Mitarbeiter ein Gebiet ab und in einem »cash for work« (Geld für Arbeit)-Projekt bezahlte man Arbeiter, um die jungen Triebe, die immer wieder in dem Sperrgebiet den Boden durchbrachen, zu schützen, zu beschneiden und zu pflegen. Nach einem Jahr zeigten sich erste Erfolge. Die Bauern fragten bei World Vision nach, ob sie das Stroh ernten dürften, dass sich auf dem Boden befand. »Natürlich«, sagte Hailu, »es ist doch euer Land.« Erfreut zogen die Familien über das Gebiet und sammelten das Stroh ein. Etwas später kamen sie erneut zu World Vision und fragten, ob sie einige Äste für Feuerholz sammeln dürften. »Natürlich«, meinte Hailu, »es ist euer Land.«

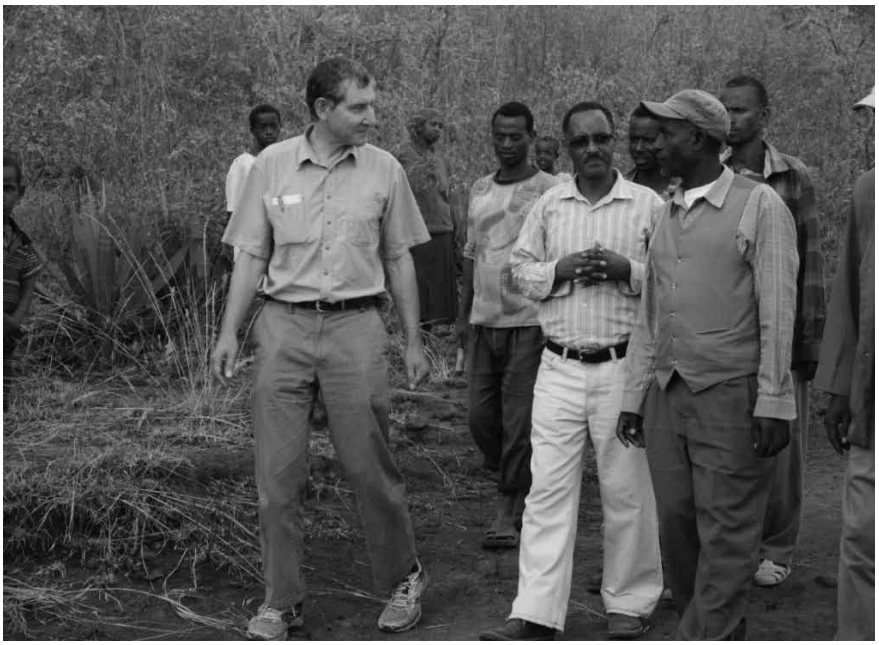
Ohne Ownership geht nichts

Langsam verstanden die Bauern. Die Überzeugungsarbeit dauerte fast zwei Jahre, doch sie hat sich gelohnt. Sieben Kooperativen kümmern sich heute um ein Gebiet, das etwa 866 Quadratkilometer umfasst und in dem fast 150.000 Menschen leben. Mehr als 90 Prozent des ehemaligen Waldgebietes wurden mit Hilfe der FMNR-Methode renaturiert. Neu Wälder sind entstanden. Die Wurzeln der Bäume halten die Erde und Felsen fest, wenn es regnet. Wilde Tiere und Vögel sind zurückgekehrt. Das Mikroklima hat sich geändert. Sieben Kooperativen kümmern sich um die Pflege und den Schutz der wiederbegrünten Regionen und Wälder. Es gibt feste Regeln, wer die neu gewachsenen Wälder betreten darf und es gibt Waldschützer, die darauf achten, dass niemand gegen die Regeln verstößt.

Bauer Thomas ist heute voll des Lobes. Ihm, seiner Frau und seinen acht Kindern geht es inzwischen viel besser. Er konnte ein neues, größeres Haus kaufen, sich Ochsen anschaffen und er kann alle seine Kinder zur Schule schicken. An der Schule lernen inzwischen auch die Kinder, wie wichtig der Wald für ihr Leben ist.

Silvia Holten

Die Autorin ist bei der Kinderhilfsorganisation World Vision für die Medienarbeit verantwortlich.



© World Vision / Silvia Holten

Tony Rinaudo im Gespräch mit Hailu Tefera (WV Mitarbeiter) und Mitgliedern der Kooperative

© Sascha Bachmann / echtfotografie Klaus Ihlau

MCPLANET.COM 2012 – EIN RÜCKBLICK

Konkrete Alternativen und Kritik am Rio-Prozess bestimmten den Kongress

Der fünfte McPlanet.com Kongress »Too Big To Fail – Es gibt keinen Planeten B« war mit rund 2.000 TeilnehmerInnen, fast einhundert vielschichtigen, interessanten und gut besuchten Veranstaltungen sowie zahlreichen spannenden und kritischen Diskussionen ein großer Erfolg für alle Beteiligte!

DEUTSCHLANDS größter internationaler Bewegungskongress an der Schnittstelle von Globalisierungskritik, Umweltbewegung und globaler Gerechtigkeit fand vom 20. bis 22. April an der Technischen Universität Berlin statt. Die sehr gute Resonanz auf den diesjährigen Kongress hat gezeigt, dass McPlanet.com auch in seiner fünften Auflage nichts von seiner Attraktivität und Aktualität verloren hat. Ganz im Gegenteil! Angesichts Klima-, Finanz-, Rohstoff- und Ernährungskrisen nutzten die rund 2.000 überwiegend jungen TeilnehmerInnen die Gelegenheit, sich in den diesjährigen Themenschwerpunkten Green Economy, Landwirtschaft, Gemeingüter (Commons), Energie und Lebensstile weiterzubilden und intensiv auszutauschen. Im Mittelpunkt stand dabei immer die Auseinandersetzung mit der Frage, wie eine ökologische und soziale Transformation der Gesellschaft umgesetzt und demokratisch gestaltet werden kann.

20 Jahre internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik – eine kritische Bilanz

Im Vorfeld der diesjährigen Rio+20 Konferenz hatten sich die VeranstalterInnen des McPlanet.com 2012 einiges vorgenommen. Wurde die erste Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro noch als politischer Meilenstein gefeiert, war es nach 20 Jahren internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik höchste Zeit, einmal aus der für McPlanet.com typischen Sichtweise an der Schnittstelle von Globalisierungskritik und Umweltbewegung kritisch Bilanz zu ziehen. Selbstkritisch wurden auch eigene, sicher geglaubte, Wahrheiten in Bezug auf Konsum, Energieerzeugung oder Ernährung hinterfragt. Kann beispielsweise die ökologische Landwirtschaft neun Milliarden Menschen ernähren? Zahlreiche nationale und internationale Gäste aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wie Achim Steiner (UNEP), Camila Moreno (Brasilien), Tim Jackson (GB), Mariann Bassey und Nnimmo Bassey (Nigeria), Jutta Sundermann, Harald Welzer, Tanja Busse und viele mehr leisteten diesbezüglich auf dem Kongress interessante und wichtige Beiträge. Drei Tage intensives Zuhören und Diskutieren haben deutlich gemacht, dass die Bilanz von 20 Jahren internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik nüchtern ausfällt. Auch wenn die Erwartungen an die kommende Rio+20 Konferenz ganz unterschiedliche sind, der Wunsch beziehungsweise der Ruf aller KongressTeilnehmerInnen nach einer grundsätzlichen politischen Trendumkehr war nicht zu überhören.

McPlanet.com – wichtige Plattform zum Austauschen und Vernetzen

Ein zentrales Element des McPlanet.com 2012 war – neben der Kritik an den bestehenden ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und der Diskussion über Ideen und Reformvorschläge zur Überwindung der multiplen Krisen – insbesondere das Aufzeigen von konkreten Alternativen zum gängigen Konsum- und Wirtschaftsmodell. In zahlreichen Veranstaltungen konnten die TeilnehmerInnen viel Wissenswertes, beispielsweise über ökologisch-fairen Konsum, ethische Geldanlagen, Gemeingüter und Genossenschaftsmodelle, erfahren.

Es bleibt zu resümieren, dass der McPlanet.com auch für die Zukunft eine wichtige Plattform ist, um das Thema der ökologischen Grenzen und der globalen Gerechtigkeit auf der Tagesordnung zu halten. Der Kongress bleibt ein Ort, an dem sich für junge Menschen die Gelegenheit bietet, Alternativen zu denken und sich zu vernetzen und auszutauschen. McPlanet.com macht Mut zum eigenen Handeln und Einmischen.

Organisiert wurde der internationale Bewegungskongress in diesem Jahr von Attac, Brot für die Welt, BUND, Evangelischem Entwicklungsdienst, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Heinrich-Böll-Stiftung und terre des hommes.

Ausführliche Video-Mittschnitte von der Eröffnungsveranstaltung und von ausgewählten Panels sowie zahlreiches Bildmaterial finden sich auf der Internetseite des Kongresses unter www.McPlanet.com .

Thomas Gastmann

Der Autor war im Kongressbüro des McPlanet.com 2012 verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und ist aktiv bei Attac Berlin.

© Gemeingut in BürgerInnenhand

WELTWASSERFOREN: ZEIT FÜR LÖSUNGEN ODER ZEIT FÜR PROBLEME?

Vom 13. bis 17. März 2012 fand in Marseille das 6. Weltwasserforum (WWF) statt, eine von Wasserkonzernen initiierte internationale Konferenz. Parallel dazu fand das Alternative Weltwasserform FAME statt.

DER WELTWASSERRAT wurde 1996 unter Beteiligung von Wasserkonzernen wie Veolia und Suez gegründet, um die Wasserprobleme der Welt zu lösen. Zur Zeit wird er von Loïc Fauchon geleitet, dem Chef der Groupe des Eaux Marseille, die in der Hand von Veolia und Suez ist. Dem Weltwasserrat gehören inzwischen über 300 Mitglieder aus 60 Ländern an, die von Unternehmen, Regierungen, UN- und Entwicklungs- und Nichtregierungsorganisationen, Finanzeinrichtungen, Wissenschaft und Verbraucherverbänden kommen. Das Weltwasserforum ist das wichtigste Projekt des Weltwasserrates und findet alle drei Jahre statt: in Marrakesch 1997, Den Haag 2000, Kyoto 2003, Mexiko City 2006, Istanbul 2009, und nun in Marseille.

Gegen die enge Verknüpfung von Weltwasserrat, Weltwasserforum und Konzernen formierte sich seit dem 2. Weltsozialforum 2002 in Porto Alegre Widerstand. Dort wurde von vielen Organisationen, Gewerkschaften und BürgerInneninitiativen eine »Erklärung zum Wasser« unterzeichnet. Diese forderte die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser und ein Verbot, Wasser als Ware zu behandeln und zu privatisieren. Der große Erfolg für die globale Wasserbewegung folgte vor zwei Jahren: am 28. Juni 2010 erklärten die Vereinten Nationen Wasser zum universellen Menschenrecht (Res. 64/292).

Das Weltwasserforum eine Verkaufsmesse?

So stand das diesjährige offizielle Weltwasserforum in Marseille ganz im Zeichen des UN-Beschlusses. Wieder versammelten sich dort neben den Wasserfirmen auch viele WasserexpertInnen, Regierungen und UN-Organisationen. Nach eigenen Angaben kamen dieses Jahr 140 Regierungsdelegationen und 35.000 TeilnehmerInnen – allerdings bei täglicher Neuzählung. Doch trotz starker Regierungsbeteiligung glich das Forum oft eher einer Verkaufsmesse. Konzerne aus der ganzen Welt lockten mit riesigen Ständen und Hochglanzbroschüren die BesucherInnen. Die Botschaft, die sie dabei vermitteln wollen, ist seit Jahren die gleiche: Die großen Wasserprobleme sind nur durch Privatisierung und mit Hilfe ihrer teuren Technik zu lösen.

In der offiziellen Ministererklärungbekennen sich die Regierungen zur Umsetzung der Milleniumsentwicklungsziele und des Menschenrechts auf Wasser. In der Erklärung reihen sich die Selbstverpflichtungen zur besseren Beachtung der Rechte von Armen, Indigenen, Kleinbauern und Frauen beim universalen und bezahlbaren Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung. Zur Lösung der Wasserprobleme wird oft auf die Einbindung aller Beteiligten Bezug genommen und auch die Bedeutung der lokalen Gemeinschaften wird betont. Spätestens bei der Finanzierung wird dann aber auch eine große Offenheit für Privatisierung deutlich.

Die Erklärung nimmt außerdem stark Bezug auf die Green Economy, die auch sonst viel Raum im Forum einnahm. Für die Konzerne bedeutet Green Economy vor allem den Einsatz teurer Techniken bei Wasserver- und Abwasserentsorgung, Energieerzeugung durch große Staudammprojekte, Wassertechnologien in der Agrarindustrie und ähnliches. Dass Umwelt und Menschen dabei von den Konzernen nur als eine Ressource für mehr Wachstum und Gewinn eingespannt werden, muss unter der Fassade des schön modern klingenden Begriffes erst erkannt werden.

FAME – Ein alternatives Weltwasserforum

Gleichzeitig fand auch das diesjährige alternative Weltwasserforum (forum alternativ mondial de l'eau, FAME) in Marseille statt. 5.000 Teilnehmer aus über 50 Ländern kamen zusammen, um über ihre vielseitigen Lösungsansätze der Wasserprobleme und Schritte zur Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser zu sprechen.

Im Zentrum der Diskussionen standen Möglichkeiten einer lokalen, ökologisch und ökonomisch sinnvollen Wasserversorgung und Ideen eines gemeinwohlorientierten Wassermanagements in öffentlicher Hand. Als Gegensatz zu vielfach kritisierten PPP fand das Konzept der öffentlichen Partnerschaften viel Aufmerksamkeit. Eine wichtige Rolle spielten Lösungen, die weniger kostspielig sind und daher einen geringeren Finanzbedarf haben. Die Bandbreite reichte von technischen Verbesserungen wie Trockentoiletten, die auch beim alternativen Forum selbst eingesetzt wurden, bis hin zur sozialen und politischen Dimension des Themas Wasser. Themenschwerpunkte waren auch Rekommunalisierungen, neuartige Gasförderungen (Fracking) und Minen.

Die wichtigste Forderung der WasseraktivistInnen war wieder, das nächste Weltwasserforum unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einzuberufen. Das Anliegen unterstützt auch die UN-Sonderberichterstatterin für das Menschenrecht auf Wasser, Catarina de Albuquerque. Doch dies fand kein Gehör beim offiziellen Weltwasserforum, das ankündigte, das 7. Weltwasserforum 2015 in Daegu (Südkorea) auszurichten.

Den Start und den Ausklang des alternativen Weltwasserforums bildeten die Aktionen: Am 13. April, dem Tag der Flüsse und gegen Staudämme wurde ein provisorischer Staudamm auf der Treppe im Zentrum von Marseille von der weltweiten Wasserbewegung durchbrochen. Am Ende krönte eine farbenfrohe Demonstration das alternative Weltwasserforum.

Unterschriften sammeln für Zugang zu Wasser und sanitäre Grundversorgung

Auf beiden Foren wurde die von EPSU, der europäischen Dienstleistungsgewerkschaft, initiierte Europäische Bürgerinitiative »Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!« angekündigt und debattiert. Sie fordert eine garantierte Wasserver- und Abwasserentsorgung in der EU, das Verbot der Liberalisierung des Wassermarktes und den verstärkten Einsatz der EU für den weltweiten Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung. Am 1. April 2012 reichte der Europäische Gewerkschaftsbund diese Initiative bei der EU ein. Ab 10. Mai 1012 bis 9. Mai 2013 können Unterschriften gesammelt werden. In Berlin starteten die GRÜNE LIGA, EcoMujer und der Berliner Wassertisch am 3. Juni auf dem Umweltfestival am Brandenburger Tor mit der Sammelaktion. Zu den europäischen Unterstützern gehören die Social Platform und das Europäische Umweltbüro EEB. Nach der Registrierung der Webseite sind Online-Unterzeichnungen sind auch auf der Webseite: www.right2water.eu/de möglich.

Die Übersetzung der englischen »Citizens Initiative« als Bürgerinitiative ist etwas irreführend, da es sich im Kern um ein Bürgerbegehren handelt, das sich an die Europäische Kommission richtet. Für einen erfolgreichen Abschluss sind EU-weit eine Million Unterschriften erforderlich. Die Kommission informiert auf der Webseite: http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome über die Hintergrundbestimmungen und über die laufenden Initiativen.

Laura Valentukeviciute und Dorothea Härlin

Laura Valentukeviciute arbeitet bei Gemeingut in BürgerInnenhand – GiB e.V. Dorothea Härlin beim Berliner Wassertisch.

© World Vision / Silvia Holten

© Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

GLOBALE BIODIVERSITÄTSFINANZIERUNG

Harte Verhandlungen auf dem Biodiversitätsgipfel in Indien zu erwarten.

DER MANGEL AN ausreichenden finanziellen Mitteln ist eines der Haupthindernisse, den Biodiversitätsverlust weltweit zu stoppen. Eine neue Strategie der CBD soll mehr Geld, mehr Effizienz und mehr Kapazitäten in der Umsetzung bringen. Auf dem diesjährigen Biodiversitätsgipfel in Hyderabad/Indien steht die globale Biodiversitätsfinanzierung ganz oben auf der Agenda und lässt angesichts knapper Kassen und hoher Dringlichkeit harte Verhandlungen erwarten.

Die mangelhafte Finanzierung

Auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 10) in Nagoya/ Japan wurde mit der Verabschiedung des Strategischen Plans 2011 bis 2020 mit seinen 20 Zielen eine wichtige Entscheidung getroffen, um den weltweiten Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2020 zu stoppen. Die ambitionierten Biodiversitätsziele können aber nur erreicht werden, wenn dafür neben gesetzlichen Verbesserungen und nachhaltiger Wirtschaftsweise auch ausreichende finanzielle Mittel in allen Ländern, insbesondere den Entwicklungs- und Schwellenländern mit der größten biologischen Vielfalt zur Verfügung stehen.

Ein Beschluss über den Finanzbedarf wurde auf Druck der Europäischen Union vertagt und lediglich ein Fahrplan beschlossen, bis zur 11. Konferenz die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, um dann über die notwendigen Geldmittel zu entscheiden. Auf dem Biodiversitätsgipfel in Hyderabad/Indien im Oktober diesen Jahres steht die globale Biodiversitätsfinanzierung deshalb ganz oben auf der Agenda.

Mehr Geld für Biodiversität – eine neue Strategie

Auf dem Bonner Biodiversitätsgipfel 2008 wurde sehr deutlich herausgestellt, dass der Mangel an ausreichenden finanziellen Mitteln eines der Haupthindernisse ist, die drei Ziele der CBD zu erreichen und auch den Biodiversitätsverlust zu stoppen. Alle wissenschaftlichen Ergebnisse zeigten, dass der Verlust an biologischer Vielfalt und der Niedergang an Ökosystemdienstleistungen auf einem beispiellos hohen Niveau sind und die Ursachen auch in nächster Zeit nicht abnehmen, sondern eher stärker werden. Deshalb war dringendes Handeln geboten, das zum Beschluss der Strategie zur Mobilisierung von Ressourcen führte (Entscheidung IX/11).

Die Umsetzung der Strategie wurde in Nagoya mit Indikatoren unterfüttert, die Auskunft über die bereitgestellten Geldströme geben sollen, zum Beispiel Mittel der Entwicklungshilfe (ODA), Höhe nationaler Budgets, Gelder des Privatsektors, von NGOs und Stiftungen. Alle Staaten sollten bis 30. Juni 2011 solche Informationen liefern, jedoch stellt sich die Datenbe-

	2007	2008	2009	Average 2007-2009
Austria	10	22	21	18
Belgium	47	83	92	74
Czech Republic	2	3	2	2
Denmark	71	113	84	89
Finland	35	90	82	69
France	115	154	168	145
Germany	169	197	217	194
Greece	3	3	6	4
Ireland	20	14	75	36
Italy	80	54	45	60
Netherlands	156	170	n/a	163
Portugal	1	1	3	2
Romania	0.05	0.06	0.06	0
Slovenia	1	1	1	1
Spain	67	240	207	171
Sweden	0	10	5	5
United Kingdom	7	12	11	10
European Commission[73]	207	239	517	321
Total	**991**	**1 406**	**1 533**	**1 310**

EU's biodiversity-related bilateral aid, 2007–2009, commitments, EUR million at constant 2008 prices

© OECD DAC/CRS

schaffung als großes Problem heraus. Diese Referenzgrößen werden aber benötigt, um die derzeitigen Ausgaben zu beziffern (sog. baseline). Denn in Hyderabad soll nur dann ein Finanzierungsziel beschlossen werden, wenn eine »baseline« akzeptiert und ein Berichtskonzept (sog. reporting framework) beschlossen wird. Bislang konnte man sich zwar auf ein vorläufiges Berichtskonzept einigen, jedoch ist der vorgeschlagene Zeitraum 2006 bis 2010 für die Bestimmung der baseline nach wie vor strittig; die EU ist uneinig und präferiert, nur ein Referenzjahr aus dem Zeitraum zu nehmen und blockierte damit bislang eine Einigung.

Was wir haben, was wir brauchen!

Wir wissen also nicht, wie viel Geld derzeit für Biodiversität weltweit ausgegeben wird und selbst in Deutschland gibt es keine Übersicht, was Bund, Länder, Kreise und Gemeinden für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen. Eine Analyse der globalen Ausgaben beziffert das Little Biodiversity Finance Book auf etwa 50 Milliarden US Dollar pro Jahr (2010). Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben von 2007 bis 2009 im Durchschnitt 1,3 Milliarden EURO pro Jahr an bilateraler Biodiversitätsfinanzierung bereit gestellt (European Commission SEC(2011) 500 final v. 19.4.2011).

Wir wissen auch nicht, wie viel Geld benötigt wird, um die ambitionierten Ziele des neuen Strategischen Plans bis 2020 zu erreichen. Eigentlich sollen alle CBD-Staaten nationale Bedarfsanalysen erarbeiten, was jedoch nur wenige getan haben, so dass eine globale Zusammenschau fehlt.

Großbritannien und Indien wollen jetzt bis Hyderabad eine Globale Analyse des Finanzierungsbedarfs erstellen. Parallel arbeitet eine Expertengruppe an dem Finanzierungsbedarf für die nächste Periode 2014 bis 2018 der Global Environment Facility (GEF). Auch die NGOs tragen Fallbeispiele zusammen, um ihre Forderungen zu untermauern. Es ist von zusätzlich mind. 20 bis 30 Milliarden US Dollar im Jahr auszugehen.

Wo soll mehr Geld herkommen?

Wegen der Finanzkrise wollen die EU und andere Geber keine neuen Zusagen machen, so dass harte Auseinandersetzungen mit den Entwicklungsländern und den NGOs zu erwarten sind. Geld ist zum Beispiel bei umweltschädlichen Subventionen vorhanden, und diese sollten zuerst beseitigt werden.

Darüber hinaus sollen alle Regierungen mehr Geld bereitstellen und auch private Unternehmen sind gefordert. Öffentliche Mittel werden dennoch den Löwenanteil der Finanzierung von biologischer Vielfalt als öffentlichem Gemeingut abdecken müssen. Wenn Rettungsschirme für Banken gespannt werden, sind sie auch für unsere natürlichen Existenzgrundlagen dringender denn je notwendig.

Günter Mitlacher

Der Autor ist Leiter Biologische Vielfalt bei WWF Deutschland.

Sperrung deutscher Gelder für die GEF im FY 2012 wieder aufgehoben

In den letzten 3 Monaten haben sich das GEF NGO Network und WWF erfolgreich dafür eingesetzt, dass die von Deutschland im April verhängte Sperre der Gelder für 2012 an den GEF Trust Fund wieder aufgehoben wird. Anlass war, dass die USA lediglich 70 % ihrer jährlichen Tranche an die GEF gezahlt hatten. Dies hatte nach dem Bundeshaushaltsrecht zur Folge, dass Deutschland die fällige Zahlung sperren musste. Durch Gespräche mit dem BMZ und dem Haushaltsausschuss sowie durch ein Schreiben an den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium konnte die Aufhebung der Sperre initiiert werden. Am 13. Juni 2012 beschloss der Haushaltsausschuss die Aufhebung der Sperre, so dass die von Deutschland zugesagten 86,75 Mio. EURO jetzt für Projekte in Entwicklungsländern eingesetzt werden können.

Günter Mitlacher

Leiter Biologische Vielfalt
International Biodiversity Policy
CBD Focal Point WWF Germany

POSITIONSPAPIER: VORSCHLÄGE ZUR REFORM DER EU-AGRARPOLITIK MÜSSEN DIE PROBLEME AUS DER INDUSTRIELLEN TIERHALTUNG ANGEHEN

Ein Bündnis aus Entwicklungs- Umwelt und Bauernorganisationen fordert in diesem Positionspapier sich bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU für eine Abkehr von der Exportpolitik im Fleischsektor wie eine umwelt- und entwicklungsgerechte Tierproduktion einzusetzen.

Die industrielle Tierhaltung und der nachgelagerte Bereich profitieren seit Jahren massiv von der Europäischen Agrarpolitik. Gleichzeitig tragen die Massentierhaltung und die Fleischexporte aus der Europäischen Landwirtschaft am stärksten zu Problemen bei Welternährung und Armutsbekämpfung bei. Durch die Exporte der EU geraten in Entwicklungsländern sowohl die kleinbäuerliche Landwirtschaft als auch die mittelständische lokale Fleischverarbeitung unter Druck. Die Kleinbauern laufen Gefahr, ihrer Existenzgrundlage beraubt zu werden. Das derzeitige Niveau der Fleisch- und Milchproduktion in der EU ist nur durch hohe Importe von Futtermitteln möglich, vor allem von Sojaschrot als Eiweißträger. In den Anbauländern werden so Flächen für die direkte Nahrungsmittelerzeugung blockiert, Hunger und Landvertreibung sind die Folge. Zudem wirkt sich der monokulturelle Anbau von Futtermitteln negativ auf die biologische Vielfalt und das Klima aus.

Auch in Deutschland sind die Folgen der politisch forcierten Überschussproduktion negativ. Der entstehende Preisdruck begünstigt die industrielle Tierhaltung und verdrängt bäuerliche Betriebe. Umwelt-, Tier- und Klimaschutz bleiben auf der Strecke.

Bezug: Download der Broschüre als PDF: http://www.forumue.de/publikationen/positionspapiere/

RIO+20 – POSITIONSPAPIER: AUFBRUCH IN EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?

Der Rio-Prozess ist untrennbar verbunden mit dem Schlagwort der »Green Economy«. Doch zunehmend erscheint dieser Begriff als vorgeschobene Projektionsfläche, um dahinter die eklatanten Umsetzungsdefizite der Rio-Agenda zu verbergen. Nachhaltige Entwicklung ist mehr als »Green Economy«. Eine wirklich grüne Wirtschaft wahrt die Grenzen des Wachstums, erfordert Strukturwandel und bedarf politisch gesetzter Rahmenbedingungen.

Der erste Entwurf für die politische Abschlusserklärung von Rio (Zero Draft) stellt ein Konzept von Green Economy in den Vordergrund, das im Kern auf eine verhaltene Ökologisierung des jetzigen Wirtschaftssystems setzt. Die Frage sozialer Gerechtigkeit spielt darin (bisher) keine Rolle. Ungeachtet des an der globalen Finanzkrise abzulesenden Scheiterns des Neoliberalismus soll der Welthandel weiter liberalisiert werden – trotz der Nachteile, die ärmere Länder durch eine solche Politik erleiden. Eine wirklich grüne Wirtschaft aber ist ohne Nord-Süd-Gerechtigkeit global nicht umzusetzen, und sie umfasst mehr als Innovations- und Technologieförderung. Sie muss die Grenzen eines Planeten mit begrenzten Ressourcen respektieren.

Im Positionspapier des Forums Umwelt und Entwicklung zu Rio+20 werden nicht nur die Irrwege und Gefahren des aktuellen ökonomischen Kurses benannt, sondern auch Maßnahmen aufgeführt, die für die Entwicklung hin zu einer wirklich nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar sind. Neben einer Reform der Bretton-Woods-Institutionen gehört dazu unter anderem auch eine Definition der Ziele, eine Überwachung der Umsetzung sowie eine Rechenschaftspflicht ihrer Akteure. Für den Rio-Prozess brauchen wir eine »Große Transformation«, die uns weg von der Wachstumsfixierung hin zu nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen führt.

Bezug: Download unter http://www.forumue.de/projekte/rio-20/materialienrio/

AUS DER WÜSTE IN DIE LEERE

Die politischen und ökonomischen Gründe für das Scheitern der Doha-Runde der Welthandelsorganisation

Wie kam es dazu, dass die Doha-Runde, die 2001 noch in der Hauptstadt des arabischen Emirats Katar noch mit Enthusiasmus und unerschütterlichem Optimismus von Seiten der Industrieländer gefeiert wurde, nun im vergangenen Dezember in Genf nahezu still und unbemerkt zu den Akten gelegt wurde? Und welche Rolle spielte dabei die Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse der durch den Aufstieg der Schwellenländer?

Diesen Fragen geht die Studie von Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch und EED nach, wenn sie die Geschichte der Doha-Runde von ihrem lauten Anfang bis zu ihrem leisen Ende nachzeichnet und dabei die Entwicklung der Interessen der verschiedenen Akteure analysiert.

Dabei wird auch deutlich, dass sowohl die Gegner als auch die Befürworter einer weiteren Liberalisierung des Welthandels vor der Folie einer nachholenden Entwicklung agieren. Dabei übersehen beide, dass dieser Ansatz den neuen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung nicht gerecht wird, die sowohl die planetarischen Grenzen als auch die sozialen Menschenrechte als verbindliche Limitierung wirtschaftlichen Handelns respektiert. Die Studie mündet daher in erste Überlegungen für Reformen des Welthandelssystems, die den aktuellen ökologischen und sozialen Krisen stärker Rechnung tragen.

Bezug: Download der Broschüre als PDF: http://www.forumue.de/publikationen/publikationen2/publikation/aus-der-wueste-in-die-leere/

Die Publikation kann als gedrucktes Exemplar kostenfrei bei unserem Service-Point bestellt werden. http://www.forumue.de/servicepoint/bestellungen/

»WEIL WIR ES WERT SIND!«

Jugendliche – Zukunftsgestalter von morgen

Wie schaffen wir es, Jugendliche bis hinein in soziale Brennpunkte für die Themen Klimaschutz und Umwelt zu begeistern? Wie können wir sie zu einem umweltbewussten Handeln motivieren und so die Grundgedanken der Nachhaltigen Entwicklung in sämtlichen Gesellschaftsschichten verankern?

Indem wir die Jugendlichen dort abholen, wo sie sind. Und indem wir sie über ihre Interessen erreichen und ihnen so den Zugang zum Thema Umwelt erleichtern. Warum nicht mal mit einem Graffiti-, HIP HOP- oder Comicprojekt, durch einen Sportevent oder ein Rap-Konzert in das Thema Regenwald eintauchen?

Sieben Praxisprojekte wurden im Rahmen des bundesweiten Pilotprojektes »Weil wir es wert sind!« umgesetzt. Jedes Projekt hatte einen Schwerpunkt, ein eigenes Medium, mit dem die Schüler das

Thema Regenwald umsetzten sollten: Rap, Dance, Run, Comic, Graffiti, Build und Cook.

Entstanden ist nun ein umfangreiches Materialpaket, das Lehrer, Bildungseinrichtungen und Jugendgruppen zum Nachahmen aufruft. »Unser Ziel ist es, anderen Initiativen und Schulen das Nachahmen der Projekte so leicht wie möglich zu machen, damit die Bildung für Nachhaltige Entwicklung möglichst breite Bevölkerungsschichten erreicht«, so Projektinitiatorin Birthe Hesebeck von OroVerde.
Das Materialpaket enthält neben einer DVD mit ausführlichen Unterrichtseinheiten zu 14 Themen aus dem Bereich Regenwald & Klimaschutz (inkl. Arbeitsblätter, Diashows, Flash-Animationen und Filmclips) eine professionelle Filmdokumentation zum Projekt und 7 Projekthefte, in denen die Methoden (von Rap bis Graffiti) und die Herangehensweisen zielgruppengerecht aufbereitet wurden. Ob als Projektwoche oder als regelmäßiges Unterrichtsfach – hier wird gezeigt, wie sich Fachthemen und die unterschiedlichen Zugänge und Methoden verbinden.

Bezug: www.oroverde.de/material-bestellen/unterrichts-material.html

ABSCHALTEN ALLEIN GENÜGT NICHT – WER AUSSTEIGT, MUSS AUCH RICHTIG EINSTEIGEN

Bilanzpapier

Ein Jahr nachdem der Bundestag die Energiewende-Gesetzespakete beschlossen hat, zieht die klima-allianz Bilanz. Ralf Köpke, renommierter Energie-Fachjournalist, hat im Auftrag des 118 Mitglieder umfassenden Bündnisses analysiert, wie weit die Regierung bei der Umsetzung gekommen. Er benennt die Schwachstellen nicht nur bei der Umsetzung, sondern auch des Gesetzespaketes selbst. »Abschalten allein genügt nicht – Wer aussteigt, muss auch richtig einsteigen« ist der programmatische Titel der pointierten Analyse. Er zeigt auch bereits die vielfältigen Defizite auf, die die aktuelle deutsche Energiewendepolitik kennzeichnen: gezwungenermaßen mussten die Atomkraftwerks-Laufzeitverlängerungen zurückgenommen werden, aber viel weiter reicht der Konsens nicht. Der Rest, das heißt die entscheidende Frage, wie und was für den Umbau unserer Energieversorgung angepackt werden muss, ist mehr oder weniger strittig. Vor allem ist die Energiewende bisher keine Wende zum Klimaschutz: Es fehlt ein konsistentes Konzept zum Auslaufen der klimaschädlichen Kohleverstromung. Auch die alltägliche Kostendebatte lenkt von den Ursachen steigender Strompreise ab: immer mehr industrielle Stromverbraucher werden systematisch von den Umlagen befreit, so dass die Privathaushalte immer höhere Kosten haben. In ihrer Bewertung zieht die klima-allianz den Schluss: »Die Energiewende darf nicht in den Hinterzimmern der Republik ausgekungelt werden. Sie ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt und muss als partizipativer Prozess gestaltet werden. Alle gesellschaftlichen Akteure haben ein Anrecht auf eine offene Beteiligung und eine transparente Bewertung der Fortschritte der Energiewende«. Die Publikation will genau dafür eine Handreichung sein.

Bezug: Download der Broschüre als PDF: http://www.die-klima-allianz.de/downloads/positions-und-hintergrundpapiere/bilanzenergiewende

Die Publikation kann als gedrucktes Exemplar kostenfrei bestellt werden: info@klima-allianz.de

DVD: DIE KÄMPFER DES DORFES QIUGANG

Lehrstück in Sachen chinesischer Zivilgesellschaft

Der Dokumentarfilm begleitet die Aktivitäten einer Gruppe von Dorfbewohnern in der chinesischen Provinz Anhui, das sich gegen die Umweltzerstörung durch eine Chemiefabrik wehrt. Im Mittelpunkt des Films steht Bauer Zhang Gongli, der sich nicht hat einschüchtern lassen, sondern unbeirrt für sein Recht eintritt. Unterstützt durch die NRO »Green Anhui« haben die mehrjährigen Proteste 2010 Erfolg: die Fabrik wird demontiert. 2012 beginnt die Regierung mit der Beseitigung der Umweltschäden. Der Film gibt nicht nur einen Einblick in die Zerstörung der Umwelt, sondern ebenso in eine sich formierende Zivilgesellschaft in China.
Die Regisseurin Ruby Yang hat für ihren Film über AIDS in China einen Oscar gewonnen
Chinesischer Film mit deutschen und chinesischen Untertiteln, Bonusmaterial, Booklet mit didaktischen Hinweisen.

Bezug: EZEF und Asienstiftung, Preis: für Institutionen 45 € / Einzelpersonen 18 €, Bestellung bei Asienstiftung, Bullmannaue 11, 45327 Essen, vertrieb@asienhaus.de

»ÖKO-EXPORTWELTMEISTER«: DEN TITEL NUR GEKLAUT?

Ökologische, ökonomische und soziale Schattenseiten einer exportorientierten Green Economy

Nicht nur im Fußball, auch im Export grüner Technologien strebt Deutschland nach der Weltmeisterschaft. Doch während bei Özil und Co. spielerisch momentan nur ein wenig der Wurm drin ist, läuft in der Exportwirtschaft grundsätzlich was falsch. Die vorliegende Studie setzt sich mit den Schattenseiten einer auf Export getrimmten Green Economy auseinander; mit ihren ökologischen Blindstellen, ihren ökonomisch fatalen Auswirkungen und mit ihrem handelspolitischen Rahmen, der den Süden massiv ausbremst. Eine Green Economy nach den alten Regeln der Brown Economy, also eine Green Economy ohne Gerechtigkeit ist zum Scheitern verdammt, so das Fazit der Studie.

Bezug: Download der Broschüre als PDF: http://www.forumue.de/projekte/klimaundhandel/klimahandelpublikationen/

VERANSTALTUNGEN

ZUKUNFTSFÄHIG ESSEN – WENIGER FLEISCH IN DER GEMEINSCHAFTS-VERPFLEGUNG

Seminar, 17. bis 19. August 2012 Ammersbek bei Hamburg

Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung versorgen täglich Millionen Menschen mit Essen. In den meisten Einrichtungen gibt es jeden Tag Fleisch. Und nicht immer stehen leckere vegetarische Alternativen zur Auswahl. Unser Seminar zeigt die vielen guten Gründe auf, in der Gemeinschaftsküche mit gutem Beispiel voranzugehen und weniger Fleisch, dafür mehr leckere vegetarische Gerichte anzubieten. Wir beleuchten, warum das besser ist für Welternährung, Klima, Umwelt, Tierwohl und Gesundheit. Wir bieten Anregungen, wie man sich praktisch für eine nachhaltigere, fleischärmere Gemeinschaftsverpflegung einsetzen kann und was dabei zu beachten ist – Vertreter erfolgreicher Initiativen berichten von Ihren Erfahrungen. Es gibt die Gelegenheit zu lernen, wie man am besten argumentiert, um Kantinenbetreiber, Köche, Kunden und Mitarbeiter von einer fleischärmeren Verpflegung zu überzeugen. Das Seminar wird abgerundet durch einen vegetarischen Kochworkshop, der auch erfahrene Köche überraschen und bereichern wird.
Das Seminar richtet sich an alle, die sich praktisch für eine fleischärmere Gemeinschaftsverpflegung einsetzen wollen: Kantinenbetreiber und Köche, Entscheidungsträger, Mitarbeiter und »Kunden« in Schulen, Kindergärten, Behörden, Krankenhäusern und Betrieben mit Gemeinschaftsverpflegung.

Weitere Informationen:
Agrar Koordination, Julia Sievers-Langer
Email: julia.sievers@agrarkoordination.de

GOOD FOOD MARCH 2012

Radtour und Aktionen quer durch Europa für eine faire Landwirtschaftspolitik, 25. August bis 11. September 2012

Gemeinsam mit zahlreichen europäischen Partnern organisiert die Kampagne »Meine Landwirtschaft« diesen Sommer den Good Food March quer durch Europa nach Brüssel. Hierbei gehen wir auf die Straße für faire Preise für Landwirte und Konsumenten, für umweltfreundliche Landwirtschaft, für Ernährungssouveränität, für bäuerliche Landwirtschaft und gutes Essen.

Die deutsche Südroute startet am 25. August 2012 in München mit einer »Teller statt Tonne«-Aktion. Mit Rädern, Traktoren oder anderen Fortbewegungsmitteln geht es nach Augsburg (27.08), Ulm (29.08) und weiter über die schwäbische Alb Richtung Schwarzwald. Am 1. September werden wir in Balingen auf der Fischermühle Halt machen, bevor wir am 5. September in Straßburg auf die TeilnehmerInnen der anderen europäischen Routen treffen werden. Weitere wichtige Stationen sind in Luxemburg am 11. September sowie die große Abschlussveranstaltung am 19. September vor dem EU-Parlament in Brüssel.

Alle Interessierten sind recht herzlich eingeladen mitzufahren und die Tour mitzugestalten!

Weitere Informationen:
Good Food March 2012 und Kampagne »Meine Landwirtschaft«
Web: www.goodfoodmarch.eu, speziell zur deutschen Route: www.meine-landwirtschaft.de
E-Mail: info@goodfoodmarch.eu

ECOGA – EFFECTIVE COOPERATION FOR A GREEN AFRICA

Kongress, 12. Und 13. September 2012, Klimahaus Bremerhaven

In Kooperation mit der Deutschen Klima Stiftung, der Freien Hansestadt Bremen und weiteren Partnern veranstaltet das Klimahaus Bremerhaven Ost einen internationalen Kongress zu den Perspektiven und Potentialen Afrikas auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft.

ECOGA versteht sich als Forum der deutsch-afrikanischen Entwicklungszusammenarbeit südlich der Sahara und diskutiert anhand von konkreten Projektbeispielen die Möglichkeiten und Hindernisse zukunftsfähiger Entwicklungsprozesse:

Wie kann eine verantwortliche Regierungsführung aussehen, die Wachstum zukunftsfähig gestaltet und Ressourcen nachhaltig nutzt? Wie kann die Nahrungsversorgung durch nachhaltige Landnutzung sichergestellt werden? Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf den Kontinent und welche Maßnahmen zur Klimaanpassung sind notwendig? Welche Bildungsmaßnahmen können schließlich dazu beitragen, nachhaltige Prozesse auch in der Bevölkerung zu verankern?

ECOGA lädt ein sich zu diesen und anderen Fragen mit internationalen Experten und Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und der Zivilgesellschaft auszutauschen. In diesem Rahmen besteht die Möglichkeit, Projekterfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit mit Akteuren aus Afrika und Deutschland zu teilen.

Weitere Informationen:
Web: http://klimahaus-bremerhaven.de/africa

ROHSTOFFE FÜR DIE REICHEN – LEBENSBEDINGUNGEN DER ARMEN

Hearing, 13. September 2012, Katholische Akademie, Berlin

Mehr als 50 Entwicklungs- und Schwellenländer in Afrika, Asien und Lateinamerika sind reich an Erdöl, Erdgas und mineralischen Rohstoffen. Viele Menschen in diesen Ländern haben gehofft, dass der Abbau und der Export dieser Bodenschätze ihrem Land Wohlstand bringen würde. Doch stattdessen geht die Rohstoffgewinnung dort sehr oft mit Menschenrechtsverletzungen, Umweltproblemen oder gewaltsam ausgetragenen Konflikten einher. Die Gewinne kommen nur Wenigen zugute, während die in Armut lebende Bevölkerung häufig noch ärmer wird. Deutschland und die deutsche Wirtschaft sind in hohem Maße von den Importen metallischer Rohstoffe sowie von Erdöl und Erdgas abhängig. Vor allem die metallischen Rohstoffe werden zum großen Teil aus Entwicklungs- und Schwellenländern in Asien, Afrika und Lateinamerika importiert. Die Abbaubedingungen dort gehen uns alle an.

Am konkreten Beispiel der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer wollen wir am 13.09. darüber diskutieren, welche Verantwortung Automobilunternehmen, Zulieferer, Politikerinnen und Politiker in Nord und Süd aber auch Verbraucherinnen und Verbraucher für die Abbaubedingungen im globalen Süden tragen. Wer hat an welcher Stelle der Produktions- und Wertschöpfungskette Einfluss darauf, eine sozial- und umweltverträgliche Rohstoffgewinnung zu gewährleisten? Partnerorganisationen von MISEREOR und »Brot für die Welt« aus drei Kontinenten werden über die Situation vor Ort berichten und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft darüber diskutieren, wie wir gemeinsam sicherstellen können, dass sich die Lebensbedingungen der in Armut lebenden Menschen in den Abbauregionen verbessern und unter welchen Bedingungen Rohstoffabbau und -export zur Bekämpfung der Armut statt zu ihrer Vergrößerung beitragen kann.

Weitere Informationen:
Axel Müller, MISEREOR
E-Mail: axel.mueller@misereor.de

»OHNE MOOS NICHTS LOS!?« – WEGE ZUR FINANZIERUNG DES STRATEGISCHEN PLANS DER CBD BIS 2020

Fachtagung, 14. September 2012, NABU Berlin

Vom 8. bis 19. Oktober findet in Hyderabad die 11. Vertragsstaatenkonferenz zur UN -Biodiversitätskonvention (COP11 der Convention on Biological Diversity, CBD) statt – die aus der Rio-Konferenz 1992 hervorgegangene Übereinkunft, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Dank der engagierten Konferenzleitung des japanischen Gastgebers brachte die letzte Vertragsstaatenkonferenz (COP10) in Nagoya ein Ergebnis, das von den Staaten, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gleichermaßen begrüßt wurde. Dennoch geht der Raubbau an den Naturressourcen bislang ungebremst weiter. Als eines der Grundprobleme bei der Umsetzung des Strategischen Plans der CBD gilt die bisher nicht annähernd ausreichende Finanzierung der Ziele.

Die Mobilisierung zusätzlicher Gelder ist somit entscheidend für den Erfolg der 11. Vertragsstaatenkonferenz. Im Vorfeld der COP 11 und wenige Wochen nach dem Rio-Gipfel greift das Forum Umwelt und Entwicklung dieses Thema in einer Fachtagung auf, bei der neben einer Zustandsanalyse auch eine Kursbestimmung vorgenommen werden soll.

Die COP10 verabschiedete 20 Ziele (Aichi Biodiversity Targets), erreichbar bis 2020, für deren Umsetzung die finanziellen Voraussetzungen noch in diesem Jahr geschaffen werden müssen. Die Konvention bezieht sich dabei nicht nur auf den globalen Rahmen, sondern verpflichtet die Vertragspartner auch zur Umsetzung einer Biodiversitätsstrategie auf nationaler Ebene – in Deutschland ein recht ambitionierter Maßnahmenkatalog. Im Fokus der Tagung stehen der aktuelle Stand der Biodiversitätsmaßnahmen und -ausgaben, der

Finanzierungsbedarf bis 2020 sowie die Ausweisung neuer Finanzierungsquellen.

Weitere Informationen:
Forum Umwelt und Entwicklung, Sabine Spilles
E-Mail: Spilles@forumue.de
Web: www.forumue.de/termine/

31. DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG

17. bis 21. September 2012, Erfurt

Die Veranstalter – der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e.V., das Bundesamt für Naturschutz (BfN), der Deutsche Naturschutzring (DNR) e.V. und 2012 das Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz Thüringen laden Sie herzlich zum 31. Deutschen Naturschutztag (DNT) ein, der unter dem Motto »Neue Energien – neue Herausforderungen: Naturschutz in Zeiten der Energiewende« vom 17.09.-21.09.2012 im Kaisersaal in Erfurt zum ersten Mal in Thüringen zu Gast ist. Auch dieses Mal bietet der traditionsreiche Fachkongress ein breitgefächertes und interessantes Themenspektrum.

Die Auseinandersetzung mit den Themen Wind- und Wasserkraft, Netze und Speicherfragen, sowie Biomasse in ihren vielfältigen Facetten, die Befassung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und der gesellschaftlichen Relevanz bilden entsprechend einen Programmschwerpunkt. Besondere Bedeutung hat in Thüringen das Thema »Wald«: die Relevanz von Wildnis und natürlicher Waldentwicklung für die biologische Vielfalt, Windenergie in und über Wald, Wälder und Klimawandel.

Aber auch Themen wie 20 Jahre FFH-Richtlinie eine Erfolgsgeschichte?, Ökosystemleistungen, Natur Inwertsetzen, Ehrenamt - Aktiv sein für den Naturschutz, Nachhaltigkeit stehen auf der Agenda.

Flankiert wird das Vortragsprogramm durch zahlreiche Exkursionen, Ausstellungen und Infostände sowie ein attraktives Begleitprogramm.

Weitere Informationen:
DNR, Helga Inden-Heinrich
E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de
Web: www.dnr.de

KLIMA-AKTIONSTAG »WIR SIND ENERGIEWENDE!«

22. September 2012

Der Klima-Aktionstag zeigt mit Veranstaltungen und Aktionen in ganz Deutschland, dass der Klimawandel uns weltweit vor große Herausforderungen stellt, aber die Energiewende bereits heute vor Ort, getragen von Bürgerinnen und Bürgern, schon Realität wird. »Wir sind Energiewende!«- Das Motto macht Mut, die vielen Facetten aufzuzeigen, Geschichten zum Mitmachen und Weitertragen zu erzählen und klare Forderungen zu formulieren, was wir von politischer Seite erwarten, damit der Wandel in Deutschland ambitioniert weitergeht! Seien Sie mit Ihren Aktionen und Projekten, Vorträgen oder Gottesdiensten unter www.klima-bewegen.de dabei!

Weitere Informationen:
klima-allianz deutschland, Julia Junge
Email: junge@klima-allianz.de
Web: www.klima-bewegen.de

GRÜNER HANDEL – ROSIGE ZEITEN?

Konferenz, 28. September 2012, Hotel Aquino, Berlin

Perspektiven der deutschen und europäischen Handels- und Investitionspolitik mit Blick auf Klima und Entwicklung.

Mit der Green Economy soll die gegenwärtige Klimakrise überwunden und die Weltwirtschaft grüner und gerechter werden. In ihr wird die Chance für nachhaltige Entwicklung und Umwelt gesehen. Wird die Green Economy diesem Anspruch wirklich gerecht? Welche Rolle spielt Deutschland dabei. Kann es mit seiner derzeitigen Rohstoffpolitik wirklich Vorreiter hin zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft sein?

Diesen Fragen soll auf der eintägigen Tagung nachgegangen werden. Dazu werden zentrale Klima- und Nachhaltigkeitsaspekte der deutschen und europäischen Handelspolitik und Investitionspolitik analysiert und im Hinblick auf mögliche neue ökologische Import- und Exportstrategien mit Vertretern des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments diskutiert. Im Mittelpunkt steht der deutsche Import von Rohstoffen für die hiesige Landwirtschaft (Stichwort: Futtermittel für die Fleisch- und Milchproduktion) sowie der Import industrieller Rohstoffe für die Umwelttechnologien.

Organisiert von Forum Umwelt & Entwicklung, Germanwatch, PowerShift, Misereor, EED.

Weitere Informationen:
Germanwatch e.V., Marco Klemmt
E-Mail: klemmt@germanwatch.org

LANDRAUB! PROFIT.MACHT. HUNGER.

Ausstellung

LANDRAUB! ist ein Projekt der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Mit einer Ausstellung bringt der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. (VEN) das Thema »Landgrabbing« in die Öffentlichkeit. Die Ausstellung thematisiert den aktuellen Run auf Ackerland in Entwicklungsländern mit seinen Folgen für die Ernährungssicherung und zeigt globale Zusammenhänge auf. Welche Gefahren bergen Landkäufe im großen Stil für die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländern? Was haben wir mit diesen Landkäufen zu tun? Was ist zu tun?

In Entwicklungsländern kaufen derzeit ausländische Investoren massiv Land. Kleinbauern werden vertrieben, die Ernährungssicherung armer Länder verschärft sich. Der VEN zeigt in seiner Ausstellung Ursachen und Zusammenhänge und zeigt Wege aus der Krise. Die Weltbank veröffentlichte 2010 erstmals in einer Studie, dass allein 2008 weltweit 48 Millionen Hektar Ackerland verkauft oder langfristig verpachtet wurden – 70 % davon in Afrika. Die Käufer sind private Investoren, Industrie- und Schwellenländer, die sich Flächen für den eigenen Nahrungsmittelanbau, für die Agrotreibstoffproduktion, für Futtermittel und Holzplantagen oder einfach als Geldanlage sichern.

Die Ausstellung besteht aus sieben Themenbannern und einer Filmstele mit drei Filmangeboten. Sie vermittelt Ursachen für steigende Landkäufe, veranschaulicht die Situation in Entwicklungsländern und stellt globale Zusammenhänge dar. Die Ausstellung richtet sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie an Schulklassen ab Jahrgangsstufe 8. Zu den Materialien zählen ein Begleitheft, Handzettel zum Mitnehmen und die Internetseite www.ven.nds.de. Die Materialien laden zum Weiterlesen ein und geben konkrete Anregungen zum Handeln für nachhaltige Entwicklung.

Das Aktionsprogramm begleitet die Ausstellung vor Ort. Bis zum Sommer 2012 wird das Programm vier mal in Niederachsen umgesetzt. Zu den Angeboten zählen Diskussionsveranstaltungen mit Fachreferenten, Ausstellungsführungen für Schulklassen von jungen Ausstellungs-Guides, das Landraub-Spiel – ein Kommunikationsspiel für Gruppen und Schulklassen, das ergänzend zu den Führungen angeboten wird und kreative Workshops für Schulklassen zur Erstellung von Postkarten.

Das Projekt ist von der UNESCO als offizielles UN-Weltdekade Projekt »Bildung für nachhaltige Entwicklung 2010/2011« ausgezeichnet. Für Kommunen bietet die Ausstellung eine gute Möglichkeit, eigene Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung in die Öffentlichkeit zu bringen.

Weitere Informationen:
http://www.ven-nds.de/projekte/landraub/

EU-AGRARPOLITIK GEHT ALLE AN!

GOOD FOOD MARCH 2012

VON MÜNCHEN NACH BRÜSSEL

Radtour & Aktionen für Bauernhöfe statt Agrarindustrie

25.8.–19.9.2012

www.meine-landwirtschaft.de